



# Konflikt und Konfliktlösung bei Windenergieprojekten

Die Rolle von Umweltschutzverbänden  
in Baden-Württemberg



Masterarbeit

# **Konflikt und Konfliktlösung bei Windenergieprojekten**

**Die Rolle von Umweltschutzverbänden in Baden-Württemberg**

vorgelegt an der

Universität Hohenheim

Institut für Kommunikationswissenschaft insb. Kommunikationstheorie

bei Professor Dr. Frank Brettschneider

von

Johannes Bayer

E-Mail: Johannes.Bayer@hotmail.com

Stuttgart, 06. September 2016

# Inhalt

Abbildungsverzeichnis .....	3
Tabellenverzeichnis.....	5
Abkürzungsverzeichnis .....	6
1. Einleitung.....	7
2. Konflikt und Konfliktlösung bei Windenergieprojekten .....	9
2.1 Windenergie und Gegenwind .....	11
2.1.1 Geschichte der Energiegewinnung durch Wind.....	12
2.1.2 Konflikte bei Windenergieanlagen.....	18
2.1.3 Die Rolle der Umweltschutzverbände.....	27
2.2 Kommunikation und Kooperation .....	30
2.2.1 Kriterien guter Kommunikation .....	31
2.2.2 Kooperationen bei Windenergiekonflikten .....	35
2.2.3 Die Rolle von Beratern.....	37
2.3 Umweltschutzverbände als Konfliktberater .....	40
3. Methodik.....	42
3.1 Untersuchungsgegenstand Dialogforum.....	42
3.2 Experteninterviews .....	43
3.3 Inhaltsanalyse des Informationsmaterials.....	45
3.4 Standardisierte Befragung der Akteure .....	46
4. Ergebnisse .....	50
4.1 Konfliktanalyse.....	50
4.2 Konfliktbearbeitung durch das Dialogforum.....	68
4.3 Das Dialogforum aus Sicht der Konfliktparteien .....	80
5. Fazit.....	89
5.1 Diskussion der Ergebnisse.....	90
5.2 Kritik und Ausblick .....	94
6. Anhang.....	96
6.1 Literatur .....	96
6.2 Interviewleitfäden.....	102
6.2.1 Interviewleitfaden Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz....	102
6.2.2 Interviewleitfaden für Naturschutzaktive .....	104
6.2.3 Interviewleitfaden für Projektierer .....	104
6.3 Codebuch Inhaltsanalyse .....	105
6.4 Fragebogen Onlinebefragung .....	109

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Modell der Konfliktgenerierung (Giegel, 1998, S. 17) .....	10
Abbildung 2: Strombereitstellung und Zuwachs der Windenergie seit 2000 in Baden-Württemberg in MW (UMBW, 2016, S. 5) .....	15
Abbildung 3: Durchschnittliche Nabenhöhe und durchschnittlicher Rotordurchmesser der neu installierten Anlagen in Baden-Württemberg seit 1989 in Metern (BDB, 2016) .....	16
Abbildung 4: Durchschnittliche Leistung der neu installierten Windkraftanlagen in Baden-Württemberg seit 1989 in MW (BDB, 2016) .....	16
Abbildung 5: Bestehende Windenergieanlagen in Baden-Württemberg Stand 2016 (LUBW, 2016, o. S.) .....	17
Abbildung 6: Flächeneignung für Windkraftanlagen in Baden-Württemberg (LUBW, 2016, o. S.) .....	17
Abbildung 7: Themenspinne der Konflikte bei Windenergieprojekten.....	22
Abbildung 8: Konfliktstufen (Kastenholz & Benighaus, 2003, S. 16) .....	27
Abbildung 9: Managementzyklus (ICV, 2010, S. 23) .....	39
Abbildung 10: Konzeption des Forschungsvorhabens .....	41
Abbildung 11: Verteilung der Befragungsteilnehmer auf Akteursgruppen.....	48
Abbildung 12: Verteilung der Befragungsteilnehmer auf die Regierungsbezirke .....	48
Abbildung 13: Anzahl der Planungsstarts und (voraussichtlichen) Inbetriebnahmen von Windenergieanlagen in der Onlinebefragung .....	51
Abbildung 14: Absolute Häufigkeit der Nennungen der Projektphasen in der Onlinebefragung .....	51
Abbildung 15: Durchschnittliche Nennungen der Projektphasen in den Informationsmaterialien .....	51
Abbildung 16: Anzahl der Anlagen in der Onlinebefragung.....	52
Abbildung 17: Anzahl der betroffenen Gemeinden in der Onlinebefragung .....	52
Abbildung 18: In der Onlinebefragung genannte Akteure bei Windenergieprojekten.....	53
Abbildung 19: Durchschnittliche Häufigkeit der Nennung von Akteuren in den Informationsmaterialien .....	55
Abbildung 20: Konflikthaftigkeit der Themen in der öffentlichen Diskussion in der Onlinebefragung .....	56
Abbildung 21: Wichtigkeit der Themen in der Onlinebefragung.....	58
Abbildung 22: Einschätzung der Konflikthaftigkeit und Wichtigkeit durch das Dialogforum .....	61
Abbildung 23: Durchschnittliche Nennungen der Themen in den Informationsmaterialien .....	62
Abbildung 24: Berechnete Konflikthaftigkeit der Konflikttypen in der Onlinebefragung.....	63
Abbildung 25: Berechnete Wichtigkeit der Konflikttypen in der Onlinebefragung .....	64
Abbildung 26: Berechnete Konflikthaftigkeit und Wichtigkeit der Konflikttypen aus Sicht des Dialogforums .....	65

Abbildung 27: Berechnete durchschnittliche Thematisierung der Konflikttypen in den Informationsmaterialien des Dialogforums.....	66
Abbildung 28: Nennungen der Konfliktstufen in der Onlinebefragung .....	66
Abbildung 29: Nennung der Konfliktstufen nach Projektphase in der Onlinebefragung.....	67
Abbildung 30: Akteuresgruppen der Konfliktberatung in der Onlinebefragung.....	79
Abbildung 31: Planungsbeginn der Projekte der Konfliktberatung in der Onlinebefragung.....	80
Abbildung 32: Größe der Windenergieanlagen der Konfliktberatung in der Onlinebefragung .....	81
Abbildung 33: Projektphasen der Projekte der Konfliktberatung in der Onlinebefragung.....	81
Abbildung 34: Genannte Maßnahmen während der Konfliktberatung in der Onlinebefragung .....	82
Abbildung 35: Bedeutung der Kompetenzen von Beratern in der Onlinebefragung .....	82
Abbildung 36: Bewertung der Kompetenzen des Dialogforums in der Onlinebefragung.....	83
Abbildung 37: Bewertung der Leistung des Dialogforums in der Onlinebefragung.....	86
Abbildung 38: Bewertung des Dialogforums nach Art der Zusammenarbeit in der Onlinebefragung.....	88

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Konfliktdimensionen bei Windenergiekonflikten und Ausprägungen .....	18
Tabelle 2: Reliabilitäts-Koeffizient nach Holsti (1969).....	46
Tabelle 3: Befragte Akteure nach Akteursgruppe und Kooperation mit dem Dialogforum .....	47
Tabelle 4: Mittelwertvergleich konflikthafter Themen zwischen den Akteursgruppen der Onlinebefragung.....	57
Tabelle 5: Mittelwertvergleich der Themenwichtigkeit nach Akteursgruppen der Onlinebefragung .....	60
Tabelle 6: Mittelwertvergleich der Konflikthaftigkeit und der Wichtigkeit der Konflikttypen zwischen den Akteuren der Onlinebefragung .....	64
Tabelle 7: Thematisierung der zehn Grundregeln der VDI (2014) im Informations- material des Dialogforums und in den Interviews mit den Projektleitern.....	71
Tabelle 8: Thematisierung der Kompetenzen der Prozessgestalter im Informations- material des Dialogforums und in den Interviews mit den Projektleitern.....	74

## Abkürzungsverzeichnis

BfV	Bund für Vogelschutz: 1899 in Stuttgart gegründeter Naturschutzverband und Vorgänger des NABU
BI	Bürgerinitiative
BMFT	Bundesministeriums für Bildung und Forschung
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz: 1975 gegründeter Umweltschutzverband
BWE	Bundesverband WindEnergie e.V.: Lobbyvereinigung der Windenergiebranche
DBV	Deutscher Bund für Vogelschutz: Naturschutzverband und Vorgänger des NABU
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2000; seitdem mehrfach novelliert
LUBW	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
MW	MegaWatt
NABU	Naturschutzbund Deutschland
StrEG	Stromeinspeisungsgesetz von 1991
UMBW	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
VDI	Verein Deutscher Ingenieure und Herausgeber der VDI-Richtlinie 7001 zur Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten

# 1. Einleitung

Umweltschützer warnen im August 2016 vor dem „Ausverkauf des Naturschutzes in Deutschland und des europäischen Artenschutzes zugunsten der Windindustrie.“ Grund dafür ist ein aktueller Antrag des Energiekonzerns EnBW, in einem Gebiet im Osten von Stuttgart, das von der geschützten Greifvogelart des Rotmilan besiedelt wird, Windräder aufstellen zu dürfen (Crolly & Wetzels, 2016, o. S.). Das Land Baden-Württemberg plant seit dem Regierungswechsel 2011 einen massiven Ausbau der Windenergie. Bis in das Jahr 2024 soll die erbrachte Leistung durch Windenergieanlagen auf 4.700 MegaWatt (MW) gesteigert werden (vgl. Bundesnetzagentur, 2013, S. 76); 2015 lag sie bei 697 MW (vgl. UMBW, 2016, S. 5). Um dieses Ziel zu erreichen, werden Windenergieanlagen zum Teil auch in umstrittenen Gebieten geplant, was immer wieder zu Protesten von Anwohnern und Umweltschützern führt. Bei solchen Konflikten müssen die Bedingungen für den Bau von Windenergieanlagen stets auf ein Neues verhandelt werden (vgl. Mautz, Byzio, & Rosenbaum, 2008, S. 108–109). Kommt es anstatt einer Aushandlung der Positionen zu einer Eskalation und Blockade, hat das meistens eine Verzögerung der Planungsprozesse sowie eine Belastung des gesellschaftlichen Klimas zur Folge (vgl. Falkenstein, 2006, S. 7). Das Problem stellt nicht der Konflikt an sich dar, sondern die mangelnde Konfliktlösung.

Mit dem Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz, einem Gemeinschaftsprojekt des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), möchten die beiden genannten Umweltorganisationen Vermittlungsarbeit leisten. Erklärtes Ziel ist, „die Diskussion über eine naturverträgliche Energiewende in Baden-Württemberg [zu] fördern und die Bürgerbeteiligung bei diesem Thema [zu] stärken“ (BUND, o. J., o. S.). Der Schwerpunkt der Arbeit des Dialogforums liegt auf den Konflikten im Windenergiebereich. Doch welche Rolle können Naturschutzverbände bei der Bearbeitung solcher Konflikte spielen? Diese Frage steht im Zentrum der vorliegenden Forschungsarbeit. Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz stellt ein Pionierprojekt dar und bietet die Möglichkeit, an einem klar umrissenen Untersuchungsgegenstand die Vermittlungsarbeit der Naturschutzverbände exemplarisch zu untersuchen. Das Vorgehen der Studie orientiert sich am Managementzyklus des Kommunikationsmanagements (ICV, 2010, S. 23–29) und spannt einen Bogen von der Analyse der Windenergiekonflikte über die Planung und Bearbeitung durch das Dialogforum bis zur Bewertung durch die Konfliktakteure.



Die empirische Forschung konzentriert sich im Bereich der Windenergie vor allem auf die Ausgangssituationen der Konflikte. So analysieren beispielsweise Mautz (2010) sowie Byzio und Kollegen (2005) die Konflikte bei Offshore-Windparks. Die allgemeine Windenergiesituation in Deutschland wurde u. a. von Rohrig (2015) und Tacke (2004) untersucht. Die Rolle der Naturschutzverbände wird in den genannten Publikationen nur am Rande erwähnt. Mit der Bearbeitung von Windenergiekonflikten in Baden-Württemberg hat sich das Forschungsprojekt Dezent Zivil (2015) auseinandergesetzt. In dieser Untersuchung werden vielfältige Ansätze zur Vermittlung bei Konfliktfällen vorgestellt. Die Naturschutzverbände spielen jedoch auch dort nur eine untergeordnete Rolle. Eine weitere Publikation, die sich mit der Kommunikation bei Windenergieprojekten auseinandersetzt, ist eine Informationsbroschüre der EnergieAgentur.NRW (2014), die jedoch keine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema darstellt. Zwar gibt es weitere Wissenschaftler, die sich mit der Kommunikation bei Infrastrukturprojekten beschäftigen (vgl. u. a. Bandelow & Thies, 2014; Best, 2014; Brettschneider, 2014a & b; Renn, 2013), jedoch nehmen diese Analysen keinen Bezug auf die spezielle Situation im Bereich der Windenergie.

Der Erfolg der Kommunikationsmaßnahmen und Konfliktlösungsansätze ist ebenfalls Teil wissenschaftlicher Untersuchungen. So wurde beispielsweise die Schlichtung des Konflikts um das umstrittene Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 (vgl. Brettschneider, 2010) oder das Vermittlungsverfahren beim Aufbau von Mobilfunksendemasten im Süden von Baden-Württemberg analysiert (vgl. Benighaus, Kastenholz & Renn, 2010). An einer Analyse der kommunikativen Bearbeitung bei Windenergiekonflikten mangelt es jedoch. Vor allem liegt keine systematische Untersuchung vor, welche die Rolle der Naturschutzverbände bei der Konfliktbearbeitung beleuchtet.

Die vorliegende Forschungsarbeit schließt diese Forschungslücken. Es wird eine Methodenkombination aus Experteninterviews, Inhaltsanalyse und Onlinebefragung herangezogen. Dieses Vorgehen ermöglicht es, die Arbeit des Dialogforums sowohl in seiner Breite als auch in seiner Tiefe zu analysieren.

Um die Voraussetzungen im Windenergiebereich zu beleuchten, werden nach einer Einführung in die Konflikttheorie die verschiedenen Facetten der Windenergie und der mit ihr verbundenen Konflikte vorgestellt. Auf die Rolle der Naturschutzverbände wird gesondert eingegangen. Der zweite Teil der theoretischen Annäherung an die Thematik befasst sich mit den Kooperations- und Kommunikationsmöglichkeiten bei Infrastrukturprojekten. Abschließend werden beide theoretischen Schwerpunkte in Verbindung zueinander gesetzt und

in ein einheitliches Forschungskonzept überführt. Der empirische Teil der Arbeit umfasst die Vorstellung der Methoden sowie die Präsentation der Ergebnisse und deren Diskussion. Das Anliegen ist es, aus der Forschungsarbeit sowohl Schlüsse für die weitere Forschung als auch für die praktische Konfliktberatung zu ziehen.

## **2. Konflikt und Konfliktlösung bei Windenergieprojekten**

Die Geschichte der Windenergie in Deutschland ist durch vielfältige Konfliktkonstellationen und -typen geprägt (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 207–213). Um die Rolle der Umweltorganisationen im Bereich der Windenergie analysieren zu können, ist zunächst eine Annäherung an das Konstrukt des gesellschaftlichen Konflikts von Nöten. Was ist ein Konflikt und welche Funktion erfüllt er für die Gesellschaft?

Dahrendorf (1961, S. 114) beschreibt Konflikte als „notwendiges Element allen gesellschaftlichen Lebens“. Konflikte sind omnipräsent und haben durch die Ausdehnung der massenmedialen Kommunikation an Bedeutung gewonnen (vgl. Bonacker, 2005, S. 12). So wichtig der Konflikt für das gesellschaftliche Zusammenleben ist, so komplex und vielschichtig ist die wissenschaftliche Annäherung an dieses Konstrukt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Konfliktforschung gegenüber allen Arten von Konflikten geöffnet und ist dadurch differenzierter und pluralistischer geworden (vgl. Bonacker, 2005, S. 12–14). Aufgrund dieser Komplexität des Begriffs mangelt es bisher an einer eigenständigen Konflikttheorie in der Sozialwissenschaft. Eine einheitliche und systematische Konfliktanalyse in der Umwelt- und Technologiepolitik ist dadurch ebenfalls erschwert (vgl. Saretzki, 2010, S. 50).

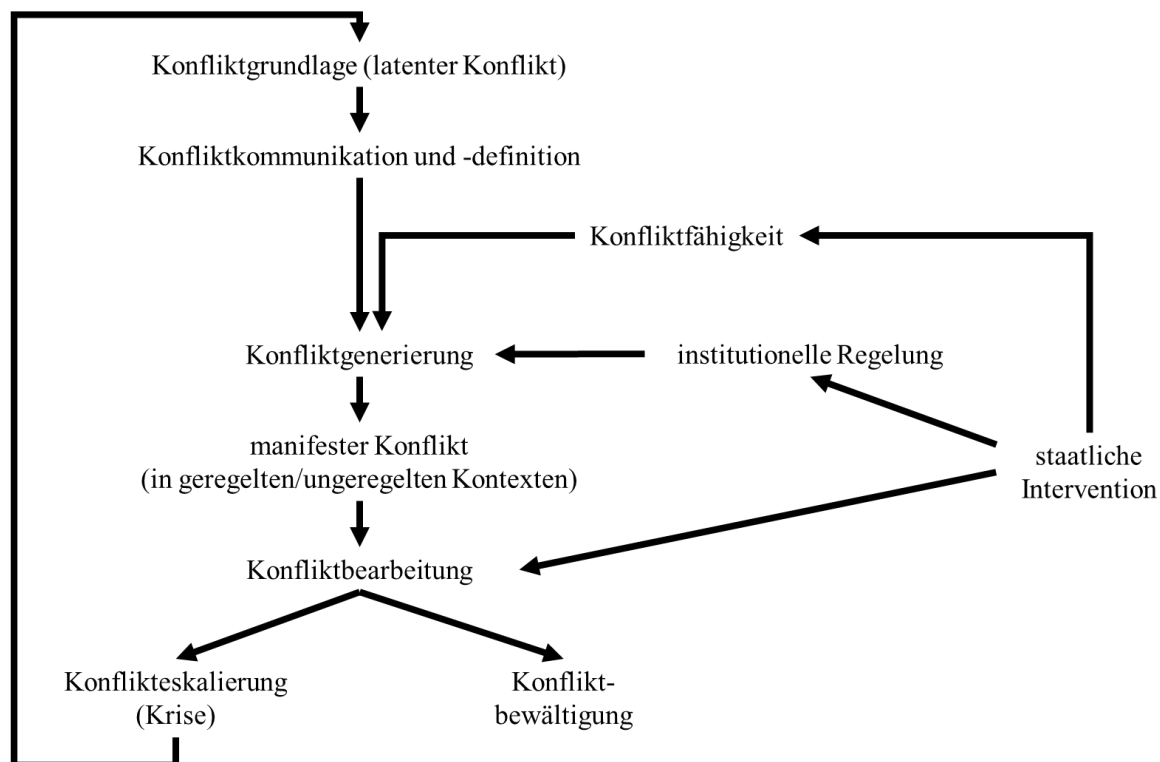
Was ist folglich im Bereich der Windenergie unter einem „Konflikt“ zu verstehen? Die vorliegende Arbeit beruft sich auf eine Begriffsdefinition von Dahrendorf (1961). Für ihn umfasst der Begriff des Konflikts „alle strukturell erzeugten Gegensatzbeziehungen von Normen und Erwartungen, Institutionen und Gruppen [...]. Sie können latent oder manifest, friedlich oder heftig, milde oder intensiv auftreten“ (Dahrendorf, 1961, S. 125). Konfliktszenarien sind nicht als fixe Tatbestände zu verstehen. Vielmehr gestalten sie sich als Prozesse, deren Intensität sich aus der Relevanz des Widerspruchs und der Gegnerkonstellation speist (vgl. Giegel, 1998, S. 16).

Giegel (1998) entwickelt ein Modell, das den prozesshaften Charakter von Konflikten beschreibt (Abb. 1). Er skizziert dabei die dynamische Entwicklung von einem latenten Konflikt zu einem manifesten Konflikt, der durch die Konfliktbearbeitung entweder gelöst

werden kann oder eskaliert. Die Eskalation eines Konflikts beschreibt „eine Intensivierung (überwiegend als negative Verschärfung verstanden, *Anm. im Original*) der Austragung von Konflikten, die mit der Wahl zunehmend drastischer Mittel, bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, einhergehen kann“ (Bandelow & Thies, 2014, S. 25).

Konflikte dürfen jedoch nicht nur als destruktive, die Gesellschaft lähmende Prozesse verstanden werden. Kommt es zu einer Konfliktbewältigung, entfalten Konflikte auch eine produktive Entwicklungschance (vgl. Giegel, 1998, S. 25). Dahrendorf (1961, S. 124) sieht den Sinn sozialer Konflikte in dem Potential, den Wandel globaler Gesellschaften aufrechtzuerhalten und voranzutreiben. Auch Konflikte im Bereich der Windenergie haben das Potential, die Energiewende im Sinne der Gesellschaft zu unterstützen.

Abbildung 1: *Modell der Konfliktgenerierung* (Giegel, 1998, S. 17)



Ob es zur Eskalation eines Konflikts oder zur Konfliktbewältigung kommt, hängt maßgeblich von der Konfliktbearbeitung ab. Diese ist durch staatliche Interventionen beeinflusst. Eine Abmilderung und Lösung eines Konflikts kann jedoch auch durch Interventionen und institutionelle Regelungen an anderer Stelle geschehen, sodass kein manifester Konflikt oder eine Konflikteskalation zustande kommen (Abb. 1). Staatliche Interventionen bei öffentlichen Konflikten stellen beispielsweise Anhörungs-, Mediations- oder Bürgerentscheidungsverfahren dar (vgl. Giegel, 1998, S. 16–18).

Die Konfliktlösung ist nicht nur von den Interventionen und Regelungen abhängig, sondern benötigt auch ein umfassendes Verständnis des Konflikts und seiner Rahmenbedingungen. Hierfür bietet die empirische Konfliktforschung drei Arten von Konfliktanalysen: die gegenstandsbezogene, die akteursbezogene und die regelungsorientierte Art (vgl. Saretzki, 2010, 39–43). Im Falle des gegenstandsbezogenen Zugangs steht der Konfliktgegenstand im Fokus. Ein wichtiger Bestandteil dieser Analyse ist die Bestimmung des Konflikttyps. Im Rahmen einer akteursbezogenen Analyse von Konflikten wäre „differenzierter auf Akteure und Akteurkonstellationen, Akteurstrategien und Aktionen, Interaktionsformen und Konfliktaustragungsebenen zwischen den Akteuren einzugehen“ (Saretzki, 2010, S. 42). Der regelungsorientierte Ansatz hingegen stellt die möglichen Verfahren der Konfliktbearbeitung, -vermittlung und -regelung in den Mittelpunkt der Analyse. Dieser dritte Ansatz ist „in der Regel von einem normativen Erkenntnisinteresse geprägt, das sich zunächst einmal an der Vermeidung von bestimmten unerwünschten Austragungsformen von Konflikten orientiert“ (Saretzki, 2010, S. 43).

Bei einer Beschränkung innerhalb der Konfliktanalyse auf eine der drei Herangehensweisen entsteht unweigerlich ein verzerrtes und unterkomplexes Bild. Wird ein Konflikt nicht in seiner Gänze analysiert, erschwert das im Weiteren eine umfassende Bearbeitung und Regelung des Konflikts (vgl. Saretzki, 2010, S. 44). Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Arbeit die Konfliktszenarien bei Windenergieprojekten in Baden-Württemberg einer umfassenden Analyse unterzogen, die alle drei Arten der Konfliktanalyse heranzieht.

## **2.1 Windenergie und Gegenwind**

Der Ausbau der Windenergie in Deutschland ist Teil einer Energie- und Umweltpolitik, die durch diverse Entwicklungen und Ziele bestimmt wird. Um die Voraussetzungen für die Windenergiekonflikte einordnen zu können, werden im Folgenden die Rahmenbedingungen beleuchtet.

Der durch den Menschen verursachte Klimawandel führt seit den 1990er-Jahren in vielen Staaten zu einer Neuorientierung in der Umweltpolitik. Zum Schutz des Weltklimas werden sowohl national als auch international ambitionierte Umweltschutzziele beschlossen. Deutschland beabsichtigt bis 2020 den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlenstoffdioxid um 40 Prozent im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990 zu verringern (vgl. Mautz et al., 2008, S. 14). Dieses Ziel soll laut Angaben der Bundesregierung u. a. durch die sogenannte Energiewende erreicht werden, unter der die Abkehr von fossilen Wegen der Energieerzeugung und der Ausbau der Erneuerbaren Energien zu verstehen ist (vgl. Bundesregierung, 2002,

S. 155). Darüber hinaus soll durch den Austausch risikoreicher fossiler und atomarer Energieträger durch „sanfte Energien“ eine Risikominderung im Energiesektor erreicht werden (vgl. Mautz, 2010, S. 185).

Ein wichtiger Schritt zur Erreichung der erklärten Ziele stellt das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahr 2000 dar (vgl. Mautz, 2010, S. 186). Das Gesetz soll Anreize für die Energieproduktion durch Erneuerbare Energien schaffen und laut Aussage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie die regenerativen Energien zu einer „tragenden Säule der zukünftigen Energieversorgung in Deutschland [...] machen“ (BMW, 2015, S. 6). Bis 2025 soll der Anteil an Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf 40 bis 45 Prozent gesteigert werden (vgl. BMW, 2015, S. 6); bislang liegt er bei 29 Prozent (vgl. AG Energiebilanzen, 2016, S. 1).

Auch wenn die erneuerbare Energieproduktion als sanfte Art der Energiegewinnung gilt, birgt sie Risiko- und Gefährdungspotentiale für Mensch und Umwelt (vgl. Mautz, 2010, S. 185). Die Bundesregierung hat mit der Novellierung des EEG im Jahre 2004 diesen Risiken verstärkt Rechnung getragen und festgeschrieben, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien nur dann vonstatten gehen kann, wenn die ökologische Situation stabil bleibt oder verbessert wird (vgl. Kohl, 2005, S. 35). Welche Folgen die Energiewende konkret in den betroffenen Regionen hat, lässt sich jedoch nicht immer problemlos beurteilen und ist daher häufig Gegenstand von neuen Konfliktkonstellationen in der Umweltpolitik (vgl. Mautz, 2010, S. 185).

### **2.1.1 Geschichte der Energiegewinnung durch Wind**

Die Windenergie ist von allen Technologien zur Erzeugung regenerativer Energie am stärksten von Konflikten betroffen (vgl. Mautz et al., 2008, S. 110). Ein Grund dafür liegt im enormen Wachstum des Windenergiesektors. Durch die dezentrale Ausbreitung von Windenergieanlagen ist eine Vielzahl an Menschen direkt betroffen, was wiederum das Konfliktpotential steigert. Vor allem die Vergrößerung der Anlagen und die Entstehen von großen Windparks, welche durch das gesetzliche Förderkonzept vorangetrieben werden, schaffen Akzeptanzprobleme (vgl. Mautz et al., 2008, S. 104–105).

#### Phase 1: Die Wiederentdeckung der Windenergie

Die moderne Windenergie war nicht immer ein professioneller und profitabler Wirtschaftszweig, sondern findet ihren Ursprung in den Protestbewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre. Obwohl die Idee großer Windenergieanlagen bereits in der zweiten Hälfte des 19.

Jahrhunderts aufkam (vgl. Heymann, 1995, S. 54), führte erst die Öl-, Atom- und Umweltkrise zu einer Renaissance alternativer Wege der Energieerzeugung (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 207). Die Wiederentdeckung der Windenergie und eine erste internationale Popularität dieser Technologie stellen für Mautz und Kollegen (2008) die erste von insgesamt drei Phasen des Windenergieausbaus dar.

Während es ab 1980 in Kalifornien (USA) und Dänemark einen regelrechten Windenergieboom gab, ließen sich zur selben Zeit in Deutschland kaum Anzeichen für einen Aufschwung der Windenergienutzung beobachten. Ein Grund hierfür lag in der einseitigen staatlichen Förderung innovationsorientierter und komplexer Großanlagen (z. B. Growian) (vgl. Mautz et al., 2008, S. 50–51). Ein Hindernis für die Ausbreitung kleiner Anlagen stellten die Genehmigungsbehörden wie auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMFT) dar. Die Verantwortlichen bezweifelten, dass mit der geringen Leistung der Windenergieanlagen ein entscheidender Beitrag zur Energieversorgung in Deutschland geleistet werden konnte (vgl. Tacke, 2004, S. 140–141). Zusätzlich blockierten auch die großen, landesweit agierenden Energieerzeuger die dezentrale Stromproduktion durch Windenergie, da sie sich um ihr Erzeugungs- und Verteilungsmonopol von Elektrizität sorgten (vgl. Heymann, 1998, S. 201).

### Phase 2: Die dezentrale Etablierung

Zwei Ereignisse brachten den Wandel und läuteten die zweite Phase des Windenergieausbaus in Deutschland ein. Zum einen scheiterten die meisten Großanlagen an technischen Fehlern und einer großen Unzuverlässigkeit (Mautz et al., 2008, S. 50–51). Das BMFT verminderte daher die Förderung von neuen, anspruchsvollen Konzepten und setzte verstärkt auf einfache und robuste Anlagen, deren Betrieb bereits in der Praxis erprobt worden war (vgl. Tacke, 2004, S. 173). Angefacht durch den GAU des Atomkraftwerks Tschernobyl im Jahr 1986 und den daraus resultierenden Aktivitäten der Anti-Atomkraftbewegung, entbrannte zum anderen ein Diskurs über die zukünftige Energieversorgungsstrategie der Bundesrepublik (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 207–208).

In dieser Zeit, den späten 1980er-Jahren, entstand das Konzept der Bürgerwindanlagen, das den Grundstein für eine explosionsartige Ausbreitung von Windenergieanlagen in den folgenden Jahren legte (vgl. Byzio, Heine, Mautz & Rosenbaum, 2002, S. 272–274). Das Engagement der lokalen Aktivistengruppen folgte zumeist drei Grundprinzipien: der Dezentralisierung, der basisorientierten Verbreiterung des Akteursfeldes und dem Leitprinzip der Ökologie (vgl. Mautz et al., 2008, S. 34–39). Der ökonomische Betrieb der Anlagen

wurde oftmals als zweitrangig beurteilt, weswegen die öffentliche Debatte dieser Zeit durch einen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie geprägt war. Die Befürworter der umweltschonenden Energieerzeugung sahen sich den Vorwürfen ausgesetzt, die neue Technologie sei letztendlich nicht bezahlbar (vgl. Mautz et al., 2008, S. 13).

Mit dem Stromeinspeisungsgesetz (StrEG) wurde 1991 eine rechtliche Grundlage für den weiteren Ausbau der Windenergie geschaffen, welche die Abnahmepflicht, die Vergütung und den Netzzugang sicherstellten. Die dadurch gestiegene wirtschaftliche Attraktivität der Technologie führte zur Entstehung erster Windparks und zur umfangreichen Beteiligung der großen Energiekonzerne (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 208–210). Das StrEG sicherte durch die Förderung der Betreiber die Rentabilität der Anlagen und wurde dadurch „zum eigentlichen Motor der weiteren Entwicklung der Windenergie“ (Byzio et al., 2002, S. 312). Waren 1990 nur etwa 250 Windkraftanlagen in Deutschland in Betrieb, stieg die Anzahl bis 1996 auf 4.500 Anlagen (vgl. Heymann, 1998, S. 205). Mit dem Anstieg an Windkraftanlagen nahm jedoch auch der Protest der Bürger und verschiedener Verbände zu (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 208–210).

### Phase 3: Der Erfolgskurs

Seit Mitte der 1990er-Jahre institutionalisierte und professionalisierte sich der Windenergiesektor zunehmend. Diese Entwicklung stellt die dritte Phase des Windenergieausbaus dar, die bis in die Gegenwart anhält. Zu dieser Entwicklung hat u. a. die Liberalisierung des deutschen Strommarkts im Jahr 1998 beigetragen, durch die das Versorgungsmonopol lokaler Energiekonzerne aufgebrochen und damit der Energiemarkt radikal verändert wurde (vgl. Byzio et al., 2002, S. 268). Kleinen Akteuren wurde der Einstieg in die Branche erleichtert, während große Energieerzeuger die Chance erhielten, in einen freien Markt zu expandieren (vgl. Byzio et al., 2002, S. 146).

Durch die Liberalisierung des Strommarktes und das Vorhaben der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Kernenergie verstärkte sich ab dem Jahr 2000 der Boom Erneuerbarer Energien (vgl. Mautz et al., 2008, S. 83–84). Dieser zweite Entwicklungsboom war im Gegensatz zu den frühen 1990er-Jahren durch klare Planungsvorgaben der Bundesregierung geprägt. Besonders das EEG gab ab 2000 klare Regelungen zur Förderung der Windenergie vor (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 211). In dem Gesetz wurden Naturschutzaspekte festgeschrieben, die sicherstellen sollen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht auf Kosten der lokalen Natur verläuft (vgl. Musiol, 2004a, S. 15). Von wirtschaftlicher Bedeutung war

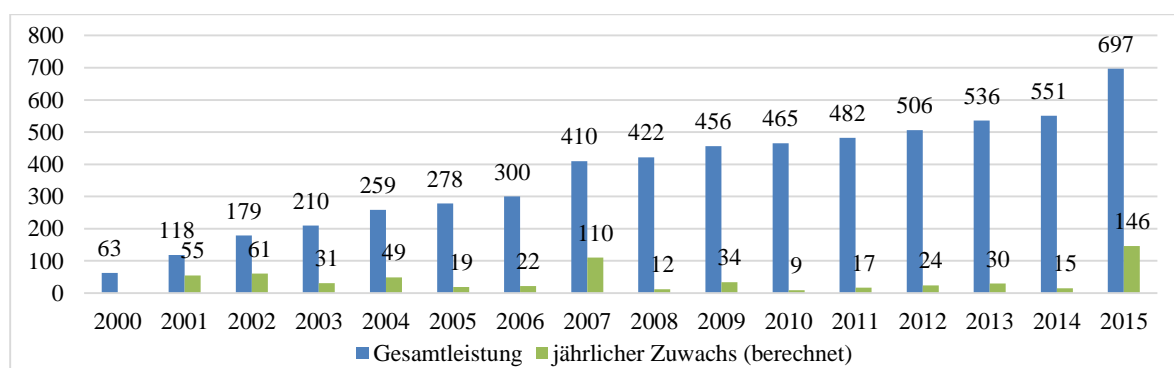
die Regelung der Vergütung. Windenergieanlagen wurden durch das EEG zu finanziell lohnenden Anlageobjekten, weshalb immer mehr professionelle Akteure in die Windenergiebranche einstiegen (vgl. Byzio et al., 2002, S. 355).

Mit einer gesteigerten Wirtschaftlichkeit wurde auch die technische Entwicklung der Windenergieanlagen vorangetrieben (vgl. Tacke, 2004, S. 182). Der Windmarkt verlagerte sich durch neue, leistungsstarke Anlagen in den letzten Jahren von kleinen dezentralen Projekten, die oft von Bürgerinitiativen gebaut und betreut wurden, zu großen Windparks im Megawatt-Bereich (vgl. Byzio et al., 2002, S. 351). Während der Anteil kleinerer Anlagen mit einer Nennleistung unterhalb von 2 MW seit 2004 relativ konstant bleibt, werden vor allem in den südlichen, windarmen Bundesländern bevorzugt Anlagen mit großer Nabenhöhe, großem Rotordurchmesser und größerer Nennleistung aufgestellt (vgl. Rohrig, 2015, S. 37–38) (Abb. 3 und 4). Größere Anlagen bedeuten jedoch auch ein gesteigertes Investitionsvolumen. Bereits die Kosten einer 2 MW-Anlage können von Bürgerinitiativen alleine kaum getragen werden (vgl. Byzio et al., 2002, S. 277). Bürgergruppen und andere kleine Betreiberkonsortien werden dadurch zunehmend zu „Zaungästen“ der Entwicklung degradiert (vgl. Mautz et al., 2008, S. 93).

#### Aktueller Stand in Deutschland und Baden-Württemberg

Aufgrund der hohen und sicheren Renditeerwartungen durch das EEG ist die Windenergieproduktion in Deutschland weiterhin ein Wachstumsmarkt. Mit einem Anteil von 27,9 Terawattstunden im ersten Quartal 2016 stellt die Windenergie die wichtigste erneuerbare Stromquelle der Bundesrepublik dar (vgl. AGEE-Stat, 2016, S. 5). 2015 werden 1.368 neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von 3.730 MW errichtet (Deutsche WindGuard, 2015, S. 4). Ein weiterer Ausbau ist geplant. Bis zum Jahr 2020 soll Offshore-Windenergie auf 6.500 MW ausgeweitet werden. Bei der Windenergieerzeugung an Land ist ein jährlicher Nettozuwachs von 2.500 MW angestrebt (vgl. BMWi, 2015, S. 6).

Abbildung 2: Strombereitstellung und Zuwachs der Windenergie seit 2000 in Baden-Württemberg in MW (UMBW, 2016, S. 5)





In Baden-Württemberg wird der Ausbau der Windenergie ebenfalls forciert. Bis 2024 soll die durch Windenergieanlagen erbrachte Leistung auf 4.700 MW ansteigen (vgl. Bundesnetzagentur, 2013, S. 76). 2015 ist in Baden-Württemberg ein Rekordzubau von 146 MW zu verzeichnen (Abb. 2), der die Gesamtleistung der installierten Windenergieanlagen auf 697 MW steigert (vgl. UMBW, 2016, S. 5). Trotz des starken Zubaus liegt Baden-Württemberg beim Windenergieausbau im deutschlandweiten Vergleich auf einem der hinteren Plätze (vgl. Deutsche WindGuard, 2015, S. 4–5). Dr. Christoph Ewen, Mediator und Kommunikationsberater im Konflikt- und Prozessmanagements, nennt in einem Interview im April 2016 drei Faktoren für den schlechten Stand der Windenergie in Baden-Württemberg. Zum einen sei dieser der Tatsache geschuldet, dass das Land nicht die windreichsten Gebiete in Deutschland aufweisen könne. Als zweiten Faktor nennt Ewen, dass viele Gemeinden in Baden-Württemberg aufgrund ihrer guten finanziellen Lage nicht auf die Windenergie als Treiber für lokale Infrastrukturprojekte angewiesen seien. Der dritte Aspekt liege darin, „dass die Landesregierung bis 2012 negativ eingestellt war.“ Manche Kommunalpolitiker der CDU und der Freien Wähler würden daher den Ausbau der Windenergie als grünes Projekt wahrnehmen und „zum Teil noch die alte Haltung tragen“ (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016).

Abbildung 3: Durchschnittliche Nabenhöhe und durchschnittlicher Rotordurchmesser der neu installierten Anlagen in Baden-Württemberg seit 1989 in Metern (BDB, 2016)

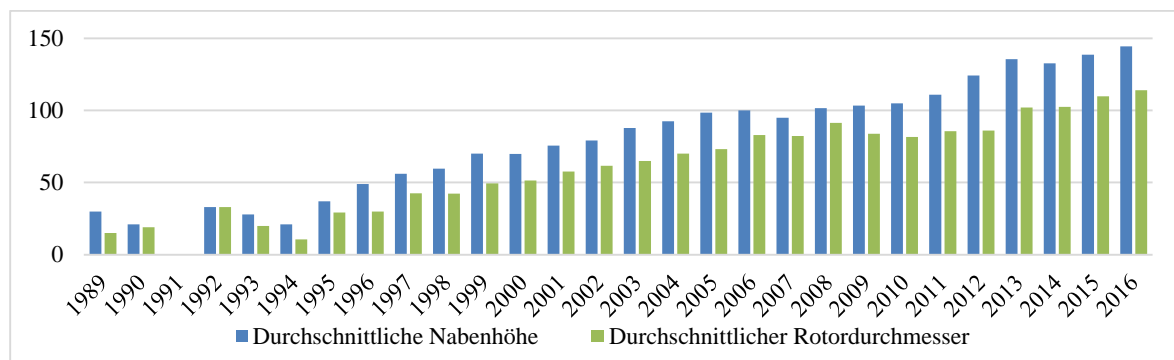
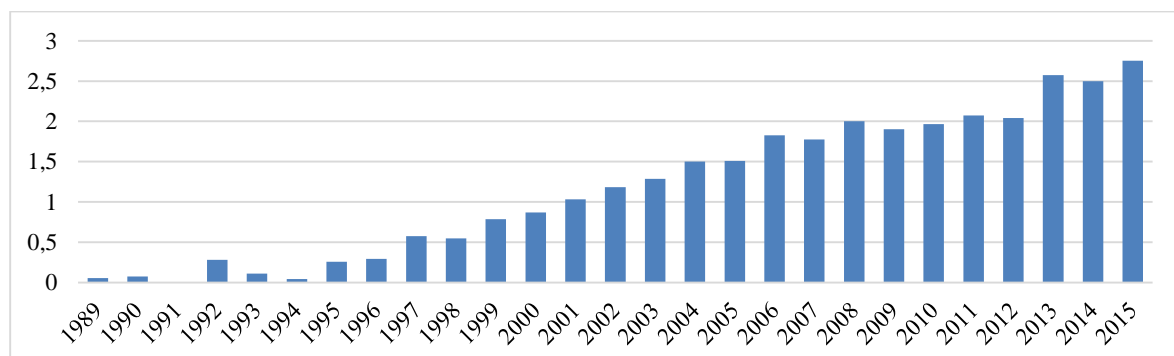


Abbildung 4: Durchschnittliche Leistung der neu installierten Windkraftanlagen in Baden-Württemberg seit 1989 in MW (BDB, 2016)



In den vergangenen Jahren zeichnet sich auch in Baden-Württemberg ein Trend zu immer größeren und leistungsstärkeren Anlagen ab, wie bisher unveröffentlichte Daten der Betreiber-Datenbasis (2016) zeigen (Abb. 3 und 4). Diese Entwicklung ist den ausgeprägten Topographieunterschieden und den großen Waldflächen geschuldet. An vielen der möglichen Standorte sind für einen wirtschaftlichen Betrieb Windenergieanlagen von Nöten, deren Nabenhöhe 100 Meter übersteigt (UMBW, 2014, S. 19–21). Auch sind nur bestimmte Regionen des Landes für die wirtschaftliche Erzeugung von Windenergie geeignet. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (UMBW) stellt in seinem Windatlas fest, dass auf ca. 15 Prozent der Gesamtfläche des Landes auf einer Höhe von 80 Metern eine Windgeschwindigkeit von über 5,25 m/s vorzufinden sei, was die Mindesttragsschwelle für den Betrieb einer Windenergieanlage darstellt (vgl. UMBW, 2014, S. 26).

Abbildung 5: *Bestehende Windenergieanlagen in Baden-Württemberg Stand 2016 (LUBW, 2016, o. S.)*

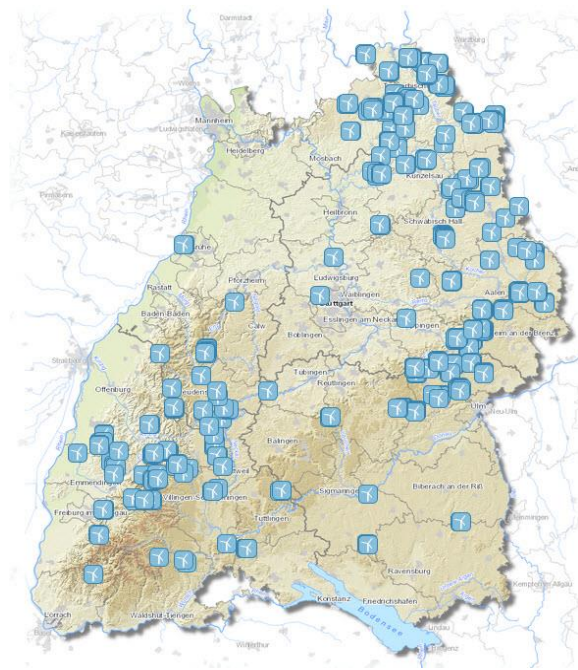
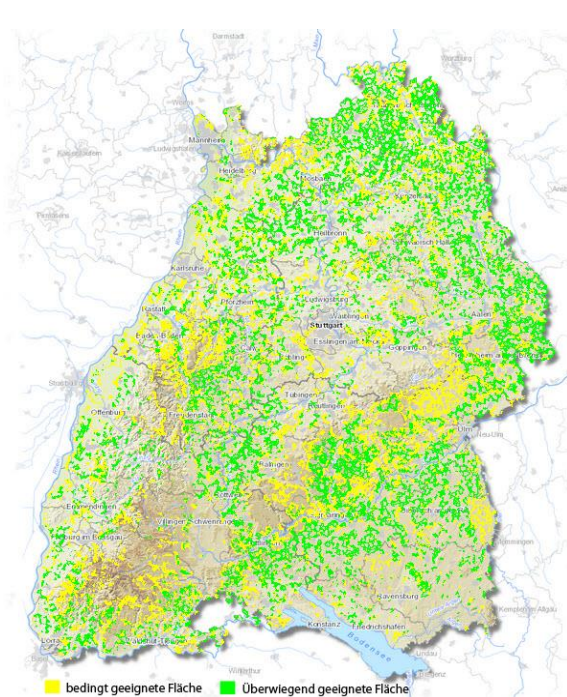


Abbildung 6: *Flächeneignung für Windkraftanlagen in Baden-Württemberg (LUBW, 2016, o. S.)*



Derzeit befindet sich der größte Teil der Windenergieanlagen in Baden-Württemberg im Norden und Osten des Landes (Abb. 5) (vgl. UMBW, 2015, S. 25). Diese Gebiete gelten auch weiterhin als besonders geeignet für den großflächigen Ausbau der Windenergie. Jedoch finden sich laut Umweltministerium (2014) auch im Odenwald, im Schwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb mögliche Standorte, die aufgrund des Windaufkommens einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen ermöglichen (Abb. 6) (vgl. UMBW, 2014, S. 38–40).

### 2.1.2 Konflikte bei Windenergieanlagen

Wie Studien zeigen, ist die Akzeptanz für Erneuerbare Energien und für die Nutzung der Windenergie in der deutschen Bevölkerung hoch (vgl. FA Wind, 2015, S. 5; IfD Allensbach, 2015, S. 3). Auch in Baden-Württemberg stehen die Bürger hinter dem Ausbau der Windenergie. Auf lokaler Ebene kommt es dennoch immer wieder zu Protesten (vgl. Schmid & Zimmer, 2012, S. 63). Dabei bestimmen stets neue und unterschiedliche Akteure, Akteurskonstellationen, Rahmenbedingungen und Machtverhältnisse die Konflikte um Windenergieprojekte (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 199–200).

Um trotz der komplexen Gemengelage die Situation in Baden-Württemberg und die Arbeit des Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz bewerten zu können, ist ein Kriterienkatalog zur Konfliktbeschreibung notwendig. Aufbauend auf der wissenschaftlichen Analyse von Konfliktkonstellationen bei Infrastrukturprojekten, insbesondere bei Windenergieanlagen, werden in der vorliegenden Arbeit sechs Konfliktdimensionen vorgestellt (Tab. 1).

Tabelle 1: *Konfliktdimensionen bei Windenergiekonflikten und Ausprägungen*

Konfliktdimension	Ausprägung
Zeit	Dauer vier Projektphasen
Räumliche Dimension	lokal vs. regional Anzahl der WEA
Konfliktakteure	verfasste und dauerhaft organisierte Akteure Öffentlichkeit Medien
Konfliktthemen	sieben Themenfelder und 25 Themendimensionen
Konflikttypen	vier Konflikttypen
Konfliktstatus	sechs Konfliktstufen

#### Zeitliche Dimension

Konflikte weisen stets eine zeitliche und eine räumliche Dimension auf. Erstere umfasst sowohl die Einordnung in eine historische Epoche als auch die spezifische Dauer und Ausdehnung eines Konflikts (vgl. Saretzki, 2010, S. 38). Da die untersuchten Windenergiekonflikte in der Gegenwart angesiedelt sind, beschränkt sich die vorliegende Arbeit mit ihrer Beschreibung auf den zeitlichen Verlauf der Konflikte. Für diesen spielen rechtliche Regelungen, institutionelle Strukturen des politischen Vermittlungssystems und das Verhalten von Kontrollinstanzen eine Rolle (vgl. Saretzki, 2010, S. 45).

Der Verlauf von Bauprojekten wie Windenergieanlagen unterliegt in Deutschland gesetzlichen Regelungen. Die Projekte lassen sich in Einzelphasen untergliedern, die jeweils eigene Ziele und Probleme aufweisen. Im Rahmen des Forschungsprojekts Dezent Zivil (2015), das sich mit der Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg auseinandersetzt, haben die Autoren drei Phasen des Planungs- und Genehmigungsprozesses identifiziert: (1.) die Regionalplanung und Voruntersuchung, während der in Baden-Württemberg von den zwölf Regionalverbänden geeignete Flächen für den Bau von Anlagen gesucht werden; (2.) die Flächennutzungsplanung, in der von den Kommunen sogenannte Konzentrationszonen ausgewiesen werden; (3.) das Genehmigungsverfahren (vgl. Dezent Zivil, 2015). Im Genehmigungsverfahren werden die örtlichen Bedingungen überprüft und sichergestellt, dass alle Richtlinien zum Schutz der Umwelt und der Anwohner eingehalten werden (vgl. BWE, 2015, S. 21). Bei großen Anlagen ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung und damit auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 34). Die EnergieAgentur.NRW (2014) identifiziert mit dem Bau und Betrieb eine vierte Phase, die den Planungs- und Genehmigungsprozess bei Windenergieanlagen abschließt (vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 8).

### Räumliche Dimension

Die räumliche Dimension eines Konflikts beschreibt dessen Standortbezogenheit (vgl. Saretzki, 2010, S. 38). Windenergieanlagen sind zum Teil lokale Projekte, bei denen die Proteste auf einen potentiellen Standort oder eine Ortschaft bzw. Gemeinde fokussiert sind. Zum anderen Teil handelt es sich um regionale Projekte, bei denen mehrere Gemeindegebiete involviert sind (vgl. Falkenstein, 2006, S. 14). Neben der Anzahl der betroffenen Gemeinden und Ortschaften ist auch die Anzahl der geplanten Anlagen von Bedeutung. So werden Projekte ab drei Anlagen bereits als Windparks verstanden und müssen damit andere Auflagen erfüllen als Einzelanlagen (vgl. Falkenstein, 2006, S. 25).

### Konfliktakteure

Das Wachstum und die Professionalisierung des regenerativen Energiesektors hat zur Folge, dass sich auch die Akteursstrukturen erweitert haben (vgl. Mautz et al., 2008, S. 100). Brettschneider (2014b, S. 23–24) identifiziert insgesamt drei Stakeholdergruppen, die bei öffentlichen Konflikten eine entscheidende Rolle spielen: (1.) verfasste und dauerhaft organisierte Akteure; (2.) die Öffentlichkeit; (3.) die Medien.

*Verfasste Hauptbeteiligte* lokaler Konflikte sind die Behörden, die Politik sowie die Investoren und Betreiber (vgl. Kastenholz & Benighaus, 2003, S. 13). Die Projektierer und Betreiber von Windkraftanlagen reichen von Zusammenschlüssen von Privatpersonen, welche die Anlagen vor allem aus einem Idealismus heraus betreiben, bis hin zu börsennotierten Unternehmen, denen es ausschließlich um das Erwirtschaften von Gewinnen geht (vgl. Byzio et al., 2002, S. 178–179). Bei den etablierten Energieerzeugern hat sich ein dreigliedriges Verbundsystem aus kommunalen Energieversorgern, Regionalversorgern und Großkonzernen entwickelt (vgl. Leuphana Universität Lüneburg & trend:research GmbH, 2013, S. 18). Neben den Projektierern und Betreibern sind es vor allem Politik und Behörden, die einen großen Einfluss auf den Verlauf von Planungs- und Genehmigungsprozessen bei Windenergieprojekten nehmen. Dabei handelt es sich um einen Mehrebenen-Konflikt, bei dem Akteure „sowohl auf lokaler, regionaler, nationaler als auch europäischer Ebene eine maßgebliche Rolle [spielen]“ (Ohlhorst & Schön, 2010, S. 215). Bei der Umsetzung vor Ort sind jedoch vor allem lokale und regionale Entscheidungsträger wie Kommunen, Genehmigungsbehörden und lokale Politiker von Bedeutung (vgl. BWE, 2015, S. 21).

Die Interessensverbände stellen eine weitere wichtige verfasste Akteursgruppe bei öffentlichen Konflikten dar. Besonders häufig treten dabei Umweltschutzverbände in Erscheinung (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 23–24). Auf ihre Rolle wird im nachfolgenden Kapitel eingegangen (Kap. 2.1.3). Hinzu kommen Interessensverbände wie beispielsweise der Bundesverband Windenergie (BWE), eine Lobbyorganisation, die sich für die Stärkung der Windenergie in Politik und Öffentlichkeit einsetzt (vgl. Byzio et al., 2002, S. 313).

Mit *Öffentlichkeit* sind im Rahmen von Infrastrukturprojekten die durch ein Projekt betroffenen Bürger gemeint (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 24). Diese teilen sich laut Eisenkopf und Kollegen (2014) in drei Gruppen auf: die NIMBYS (von NIMBY – Not in my Backyard), die FUNDIS und die NEUTRALOS. Die NIMBYS bezeichnen diejenigen Bürger, die unmittelbar von einem Planungsprojekt betroffen sind und sich gegen dieses aussprechen. Die FUNDIS haben keinen unmittelbaren Projektbezug. Sie nutzen das Vorhaben als Anknüpfungspunkt für generelle Kritik am politischen System. Die größte Gruppe stellen die NEUTRALOS dar. Sie sind zunächst weitgehend unbeteiligt und stehen dem Projekt neutral gegenüber (vgl. Eisenkopf, Burgdorf & Rhomberg, 2014, S. 37–38). Aufgrund ihrer Betroffenheit ist die Gruppe der NIMBYS schneller informiert und aktiv als die allgemeine Öffentlichkeit, die meist erst im Verlauf des Projektes von den Planungen erfährt (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 24). Die NIMBYS sind auch diejenigen Bürger, die sich als erstes

in Bürgerinitiativen organisieren. Diese Initiativen können unterschiedliche Gestalt annehmen. Sie reichen von kleinen Gruppen, die von Einzelpersonen getragen werden, bis zu professionell auftretenden Gruppierungen mit stark formalisierter (Vereins-)Struktur (vgl. Falkenstein, 2006, S. 81).

Die *Medien* als letzte wichtige Akteursgruppe können bei öffentlichen Missständen die Rolle des neutralen Vermittlers der Geschehnisse einnehmen oder aber selbst in das Geschehen eingreifen (vgl. Kepplinger, Ehming, & Hartung, 2002, S. 169). Besteht bereits ein Konfliktpotential bei einem Projekt, können die Medien als „Katalysator“ fungieren und zu einer Eskalation des Konflikts beitragen. Durch Internet und soziale Netzwerke findet diese Entwicklung zusätzlich eine Beschleunigung (vgl. Kiefer, 2014, S. 67).

Alle Akteursgruppen weisen eigene Strukturen und Funktionsweisen auf. So sind für Akteure, die sich dem Bereich Wirtschaft zuordnen lassen, Kosten-Nutzen-Kalküle besonders interessant. In der Politik kommen Entscheidungen dagegen auf Basis prozeduraler Verfahren zustande, während es in der Zivilgesellschaft zu einem kommunikativen Austausch von Interessen und Argumenten kommt. Bei Planungsprojekten treffen diese unterschiedlichen Merkmale und Systemlogiken aufeinander und bilden lose, sich immer wieder verändernde Netzwerke. Gleichzeitig bestehen auch innerhalb der Gruppierungen unterschiedliche Interessenlagen (vgl. Renn, 2013, S. 73–74).

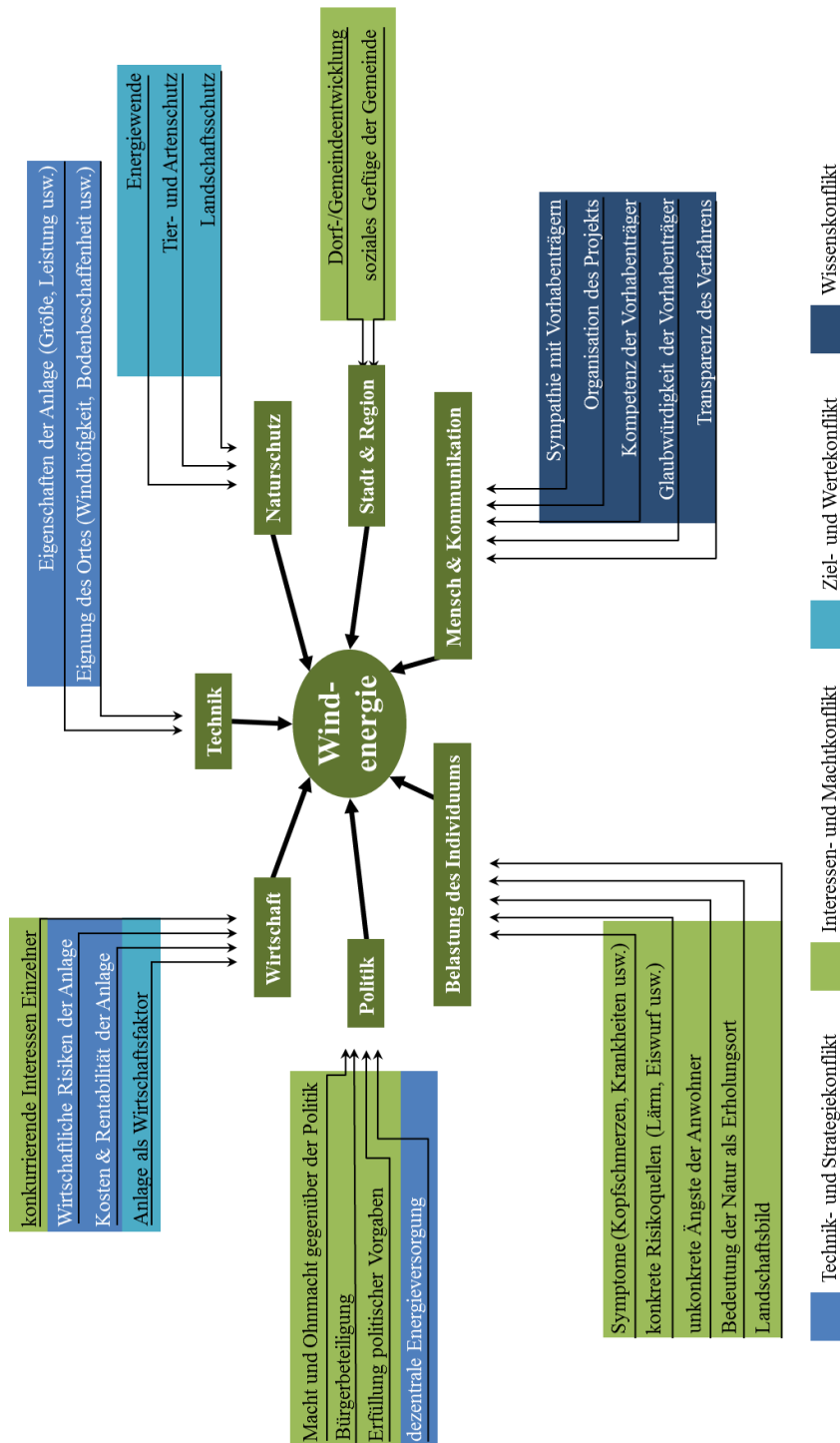
### Konfliktthemen

Die Themen, die von den unterschiedlichen Akteuren im Rahmen von Windenergieprojekten angeführt werden, sind vielfältig. Die Gegner der Anlagen argumentieren häufig mit der Verteilung von Kosten und Nutzen, dem Erhalt ökologisch und landschaftlich sensibler Räume sowie unterschiedlichen Grundüberzeugungen (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 200). Befürworter wie der BWE betonen, dass Windenergie eine zukunftsfähige und naturverträgliche Form der Energieerzeugung sei, die zudem Arbeitsplätze schaffe (vgl. BWE, 2015, S. 6).

Eine umfangreiche Aufschlüsselung aller Themen, die bei Konflikten um geplante Windenergieanlagen vorgebracht werden, liegt bisher nicht vor. Lediglich für einzelne Akteursgruppen und spezifische Fälle wurden Themenlisten angefertigt. Falkenstein (2006) hat in ihrer Analyse von Bürgerprotesten gegen Windenergieanlagen die Argumente der Bürgerinitiativen erhoben und kategorisiert (vgl. Falkenstein, 2006, S. 48–51). Bauer und Kollegen (2013) haben im Rahmen einer Analyse des Naturstromspeicherprojekts in Geildorf ebenfalls eine umfangreiche Liste an geäußerten Themen erstellt (vgl. Bauer et al., 2013, S. 131–

134). Beide Listen zusammengefasst und durch weitere wissenschaftliche Analysen ergänzt (vgl. Schmid & Zimmer, 2012, Ohlhorst & Schön, 2010 und Byzio et al., 2002), ergibt sich eine umfassende Kategorisierung der Themen, die bei Windenergiekonflikten vorgebracht werden (Abb. 7). Diese Themenliste untergliedert sich in sieben Themendimensionen, denen insgesamt 25 Themenfelder zugeordnet sind.

Abbildung 7: Themenspinne der Konflikte bei Windenergieprojekten



Unter das Themenfeld *Technik* fallen sowohl die Eigenschaften der Anlage als auch die Eignung des Ortes. Die Energieausbeute einer Anlage ist neben der Größe des Mastes und der Rotoren vor allem von den lokalen Windbedingungen abhängig (vgl. Rohrig, 2015, S. 42). Ob an einem geplanten Ort genügend und auch kontinuierlich Wind weht, ist häufig Teil der Konflikte vor Ort (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 202).

Die öffentlichen Diskussionen über die Vor- und Nachteile von Windenergieanlagen sind des Weiteren stark durch die Zielkonkurrenz zwischen Klima-, Tier- und Landschaftsschutz geprägt (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 205). Diese Argumente finden sich im Themenfeld *Naturschutz*. Bestimmte Flächen wie Naturschutzgebiete dürfen generell nicht bebaut werden (vgl. BWE, 2015, S. 21). Aber auch bei weiteren potentiellen Flächen gibt es aufgrund des Artenschutzes Diskussionen in der Öffentlichkeit. Vor allem innerhalb der Umweltschutz- und Naturschutzverbände entbrennt im Rahmen der Windenergieprojekte ein intensiver Diskurs über die Bedeutung von Klima- und Landschaftsschutz (vgl. Byzio et al., 2002, S. 368–369). Auch Bürgerinitiativen greifen häufig die Beeinträchtigung des Artenschutzes durch den Bau von Windenergieanlagen auf (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 203–204).

Im Themenfeld *Stadt & Region* finden sich Argumente, welche die von der Planung berührte Gemeinde betreffen. Hierunter fallen Themen wie die Gemeindeentwicklung oder das soziale Gefüge, das durch ein umstrittenes Projekt gestört, durch gemeinsames Engagement aber auch gestärkt werden kann.

Das Themenfeld *Mensch & Kommunikation* greift alle Themen auf, die mit kommunikativen Aspekten der Projektplanung und -umsetzung in Verbindung stehen. Häufig existiert bei Infrastrukturprojekten ein Mangel an systematischer interner und externer Kommunikation auf Seiten der Vorhabenträger. Dieser kann zu einer Verschärfung der Proteste führen (vgl. Brettschneider, 2013, S. 322).

Unter dem Themenfeld *Belastung des Individuums* finden sich vermutete oder reale negative Einflüsse auf das Lebensumfeld der Anwohner (vgl. Falkenstein, 2006, S. 48). Durch ihre Größe und die sich bewegenden Rotorblätter prägen Windenergieanlagen in erheblichem Maß eine Kulturlandschaft (vgl. Mautz et al., 2008, S. 106–107). Zudem bergen die Anlagen gesundheitliche Risiken für die Anwohner. Die Geräusche der Anlage sowie der periodisch auftretende Schattenwurf durch die Rotoren können eine unerwünschte Beeinträchtigung für den Menschen darstellen. Konkrete Gefahr geht auch von Eiswurf oder Eisfall durch vereiste Anlagen aus (vgl. UMBW, 2014, S. 49–51). Vor allem Bürgerinitiativen greifen diese The-



men auf und bringen sie auf die öffentliche Agenda (vgl. Falkenstein, 2006, S. 55). In formalen Beteiligungsverfahren finden Befürchtungen der Anwohner, welche die eigene Lebensqualität betreffen, wenig Gehör. Um die Vorbehalte gegenüber einem Projekt trotzdem vorbringen zu können, werden die persönlichen Gründe maskiert. Oder es wird versucht, mit Hilfe der Medien diese Verfahren zu umgehen (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 47).

Oft gründet der Konflikt um den Bau von Windenergieanlagen auch in der unterschiedlichen Vorstellung von *Politikgestaltung*. Vor allem bei höher Gebildeten besteht ein Wunsch nach Teilhabe an der Entscheidungsfindung, insbesondere dann, wenn die eigene Lebenswelt betroffen ist (vgl. Renn, 2013, S. 72). Häufig ist auch die Kommunikation und das Verhalten der Politik Ursache von Kritik durch die Bürger. Diese fühlen sich „von oben herab“ behandelt, was auch der Konstruktion formaler Verfahren geschuldet ist (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 17). Die Komplexität der Verfahren und die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten hinterlassen bei vielen Bürgern ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den politischen Entscheidern (vgl. Eisenkopf et al., 2014, S. 46).

Das Themenfeld *Wirtschaft* dreht sich um die Frage, ob Windenergieanlagen aus Kosten-Nutzen-Gründen sinnvoll sind. Vor allem die Unsicherheit der Subventionen und der Einspeisungsvergütung sind die von Gegnern häufig angeführten Risikofaktoren (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 202–203). Die Befürworter betonen dagegen, dass Windenergieanlagen durch die Gewerbesteuer, die zu mindestens 70 Prozent der Standortgemeinde zugutekommt, auch aus wirtschaftlicher Perspektive für die Kommunen interessant sind (vgl. BWE, 2015, S. 22). In dieser Themendimension zeigt sich die Bedeutung der Betreiber. Denn ob lokale Unternehmen oder große Investoren die Anlage betreiben und wem die Gewinne zukommen, spielt für die öffentliche Diskussion eine enorme Rolle, wie Ewen anmerkt (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016). Besteht bei den Anwohnern der Verdacht, dass die Betreiber aus ihrem Gewinnstreben heraus Einschränkungen der Lebensqualität der Betroffenen in Kauf nehmen, entstehen häufig scharfe Konflikte (vgl. Mautz et al., 2008, S. 110).

### Konflikttypen

Die unterschiedlichen Themenfelder lassen sich einzelnen Konflikttypen zuordnen (Abb. 7). Ohlhorst und Schön (2010) identifizieren im Rahmen von Windenergiekonflikten drei Konflikttypen: (1.) Technik- und Strategiekonflikte, (2.) Interessen- und Machtkonflikte, (3.) Werte- und Zielkonflikte.

Bei *Technik- und Strategiekonflikten* geht es um das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Windenergie (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 201). Ist Windenergie die richtige Technik für die künftige, nachhaltige Energieversorgung? Aufgrund dichter Besiedlung sind bei vielen Planungsvorhaben die Risiken und Nutzen nicht äquivalent verteilt. Während die Vorteile einer anonymen Gruppe von Konsumenten oder Produzenten zufallen, müssen die Nachteile überwiegend von der Standortbevölkerung getragen werden (vgl. Renn, 2013, S. 71). Technik- und Strategiekonflikte verlieren im Rahmen der Windenergienutzung jedoch zunehmend an Bedeutung. Heute geht es bei der räumlichen Planung vermehrt um einen Werte- und Interessenausgleich (vgl. Oppermann, 2001, S. 163).

*Interessen- und Machtkonflikte* treten dann auf, wenn unterschiedliche Nutzungsinteressen an dem Standort vorliegen. Die Beweggründe können dabei von NIMBY-Faktoren bis zu konkurrierenden wirtschaftlichen Nutzungskonzepten reichen (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 201). Auch regionale Strukturwandelkonflikte gehören zu diesem Konflikttypus. Lokal betroffene Interessensgruppen befürchten durch den Bau der Anlagen Nachteile für ihre bisherige Erwerbstätigkeit (vgl. Mautz, 2010, S. 187–188).

Bei *Werte- und Zielkonflikten* treten grundlegende Absichten oder Überzeugungen in Konkurrenz zueinander. Dabei kann es sich z. B. um die Abwägung zwischen Arten- und Klimaschutz oder zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen handeln (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 201). Vor allem Umweltkonflikte resultieren nicht nur aus Interessensdivergenzen oder unterschiedlicher Risikobewertung, sondern vor allem aus unterschiedlichen Weltbildern (vgl. Gill, 2003, S. 16). Drehen sich Konflikte um solche ideologische Fragen, erregen sie besonders intensiv die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit (vgl. Brettschneider, 2011, S. 40).

Mit dem *Wissenskonflikt* identifizieren Benighaus und Kollegen (2010) im Rahmen einer Studie zum Konfliktmanagement beim Bau von Mobilfunksendeanlagen einen weiteren Konflikttypen, der auch bei Windenergieanlagen eine Rolle spielt. Diese vierte Art von Konflikt ist dann gegeben, wenn es aufgrund verschiedener Wissensgrundlagen zu einer unterschiedlichen Risikobewertung eines Projekts kommt. Das Nicht-Wissen gründet dabei meist in der Uneinheitlichkeit des kommunizierten Wissens (vgl. Benighaus et al., 2010, S. 280–282). Böschen (2010) definiert die (Nicht-)Wissenskonflikte daher als „Auseinandersetzungen, in denen Wissensakteure um Richtigkeitsansprüche in Bezug auf Wissen und Aufmerksamkeitshorizonte für Nichtwissen ringen mit dem Ziel, das für gesellschaftliche Problemlösungsprozesse relevante und legitime Wissen bereitzustellen“ (Böschen, 2010,

S. 108). Konflikte bei Planungsprozessen sind oft durch eine Vielzahl gegensätzlicher Expertisen geprägt. Gutachten und Gegengutachten erschweren es den Bürgern, die Sachlagen nachzuvollziehen. Sie fühlen sich durch professionelle Expertenurteile und institutionelle Eingriffe eingeengt und übergangen. Dieses Gefühl der Bedrängnis ruft Abwehrreaktionen hervor (vgl. Renn, 2013, S. 71–72). Zur Lösung von Wissenskonflikten müssen daher Strategien und Verfahren zur Inklusion aller relevanten Wissensakteure erarbeitet werden (vgl. Bösch, 2010, S. 119).

Die genannten Konflikttypen stehen bei Konflikten um geplante Windenergieanlagen jedoch selten für sich allein. In der Praxis zeigt sich, dass die Konflikttypen vielmehr zusammen auftreten und sich gegenseitig beeinflussen können (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 201). Zudem sind die verschiedenen Konflikttypen für die Teilsysteme der Gesellschaft von unterschiedlicher Bedeutung. Eine Konfliktlösung ist von der individuellen Systemlogik abhängig (vgl. Benighaus et al., 2010, S. 283). Die umfassende Analyse der Konfliktthemen ermöglicht folglich auch eine differenzierte Betrachtung der Konflikttypen und damit die Ausarbeitung von Lösungsansätzen.

#### Konfliktstatus

Konflikte sind dynamische Prozesse, die an Intensität und Relevanz variieren können. Die Eskalation eines Konflikts kann jedoch nur durch gezielte Maßnahmen gestoppt werden (vgl. Bandelow & Thies, 2014, S. 33). Um die geeigneten Instrumente zu wählen, ist eine genaue Kenntnis über den Konfliktstatus unabdingbar. Hierzu helfen Eskalationsmodelle. Kastenholz und Benighaus (2003) legen im Rahmen ihrer Studie zum Konfliktmanagement bei Mobilfunksendeanlagen ein Stufenmodell vor, das eine differenzierte und umfangreiche Bewertung des Status öffentlicher Konflikte ermöglicht (Abb. 8). Das Modell hat sich bereits in der Praxis bewährt und kann daher auch für die Analyse von Konflikten bei Windenergieprojekten genutzt werden.

Während der ersten Stufe (*Wahrnehmung* und *Meinungsbildung*) befindet sich der öffentliche Meinungsbildungsprozess noch im Anfangsstadium. Die Information und Konsultation der Betroffenen ist zu diesem Zeitpunkt noch problemlos möglich und wichtig. In der zweiten Konfliktstufe (*Polarisierung*, *Koalitionsbildung* und *Frontenverhärtung*) bestehen bei allen Beteiligten bereits gefestigte Ansichten. Der offene Austausch kann dadurch erschwert werden. Eine Vermittlung ist jedoch immer noch möglich, denn erst im dritten und letzten Schritt kommt es zur *totalen Blockade* (vgl. Kastenholz & Benighaus, 2003, S. 16). Ist die

Eskalation eines Konfliktes so weit fortgeschritten, „lassen sich die verfestigten Meinungen nur sehr schwer durch neue Argumente verändern“ (Brettschneider, 2011, S. 44).

Abbildung 8: *Konfliktstufen* (Kastenholz & Benighaus, 2003, S. 16)



Die Konfliktbearbeitung ist jedoch nicht nur durch den fortgeschrittenen Konfliktstatus erschwert, auch die unklaren und sich wandelnden Positionen und Konfliktlinien bei Windenergieprojekten stellen eine Herausforderung für eine Lösung dar. Der klassische Ökonomie-Ökologiekonflikt mit seinen klar abgrenzbaren Akteursgruppen und -positionen, der in der Frühphase des Windenergieausbaus vorherrschte, spielt heute kaum noch eine Rolle (vgl. Mautz, 2010, S. 195). Bei jedem Planungsprozess für eine neue Windenergieanlage gestalten sich die einzelnen Konfliktdimensionen neu und beeinflussen sich gegenseitig.

### 2.1.3 Die Rolle der Umweltschutzverbände

Der Bau einer neuen Windenergieanlage ist in jedem Fall ein Eingriff in die Natur und birgt daher Bewertungskonflikte zwischen dem Schutz der lokalen Pflanzen- und Tierwelt und dem Bestreben, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern (vgl. Musiol, 2004a, S. 15). Um die Interessen der Natur zu wahren, sind Umwelt- und Naturschutzverbände wichtige Akteure bei Windenergieprojekten. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich im Weiteren auf die Rolle der beiden Verbände NABU und BUND. Beide Naturschutzverbände befassen sich in Baden-Württemberg im Rahmen des Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz intensiv mit dem Thema Windenergie und den dabei auftretenden Konflikten.

Die Wurzeln des NABU liegen in der Vogelschutzbewegung des späten 19. Jahrhunderts und dem 1899 in Stuttgart gegründeten Bund für Vogelschutz (BfV). Zum Ziel setzte sich der Verband laut Satzung, „in umfassendster Weise zum Wohle unserer nützlichen Vögel zu wirken“ (vgl. NABU, o. J.b, o. S.) Nach der Neugründung 1948 und der Umbenennung in den Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV) im Jahr 1966, schloss sich der DBV 1990 mit dem Naturschutzbund der DDR zusammen und nannte sich fortan Naturschutzbund Deutschland (vgl. NABU, o. J.a, o. S.). Der BUND wurde 1975 gegründet und ist ideologisch zwischen den traditionellen Naturschutzverbänden und den Umweltbewegungen der 1970er-Jahre verortet (vgl. Brand, 1999, S. 248). Wie die übrigen Akteure der Ökologiebewegung der 1970er/80er-Jahre haben sich beide Naturschutzverbände zunehmend etabliert und professionalisiert. So nehmen BUND und NABU bereits seit den 1990er-Jahren kontinuierlich Einfluss auf die Gesetzgebung in Deutschland und setzen durch Kooperationen ihre Anliegen national und international durch. Gleichzeitig sind sie durch Ortsgruppen auch auf lokaler Ebene im Natur- und Artenschutz tätig (vgl. Brand, 1999, S. 250–251).

#### Umweltschutzverbände und Windenergie

Die Energiewende stellt für die Umweltschutzverbände ein identitätsstiftendes Thema dar, das auf große Zustimmung bei den Mitgliedern stößt. Vor allem bei den frühen Windenergieanlagen waren vielfach Umweltschützer an der Planung und Umsetzung beteiligt (vgl. Mautz et al., 2008, S. 111–112). Der BUND hat sich bereits in den frühen 1990er-Jahren als kritischer Befürworter der Windenergie positioniert und sich klar gegen eine generelle Ablehnung des Windenergieausbaus ausgesprochen, obwohl einzelne Mitglieder dies anstrebten (vgl. Franken, 1998, S. 28–29). Auch auf Bundesebene haben die Naturschutzverbände die Energiewende vorangetrieben. So hat sich der NABU nach eigenen Angaben 2004 umfangreich an den Diskussionen im Vorfeld der Novellierung des EEG beteiligt (vgl. Musiol, 2004b, S. 35).

Obwohl die Naturschutzverbände dem Ausbau der Erneuerbaren Energien positiv gegenüberstehen, kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Projektierern und den Naturschutzaktiven. Das liegt laut Frank Musiol, Referent für Klima und Energie beim NABU, an der thematischen Breite des Umweltschutzes. Die Aktivitäten der Mitglieder reichen von lokalen Naturschutzaktionen bis zu globalen Umweltproblemen (vgl. Musiol, 2004a, S. 15). Bei Windkraftanlagen treffen zwei Kerninteressen der Umweltbewegung aufeinander: die ökologische Modernisierung des Energiesektors und die Förderung des Naturschutzes zur Sicherung der Biodiversität. Diesen Konflikt bezeichnet Mautz (2010) als innerökologische Divergenzen (vgl. Mautz, 2010, S. 188). Vor allem beim BUND und

NABU gibt es eine breite Basis ehrenamtlich engagierter Mitglieder, deren Engagement sich meist vorrangig am lokalen Natur- und Landschaftsschutz orientiert, während die öffentliche Verpflichtung der Verbände verstärkt den globalen Umwelt- und Klimaschutz in den Blick nimmt (vgl. Mautz et al., 2008, S. 115).

Bei den Konflikten vor Ort stehen sich damit oftmals Klima- und Naturschützer gegenüber (vgl. Hirschl, Hoffmann, & Wetzig, 2004, S. 10). Dass die Naturschutzverbände sich auf Seiten der Gegner eines Windenergieprojekts positionieren, stellt laut Ewen in Baden-Württemberg jedoch eher die Ausnahme dar. „Wenn man sich die Konflikte in der Breite anschaut, dann sind die Naturschutzverbände kaum destruktiv unterwegs“ (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016).

### Umweltpolitische Kooperationen

Die konstruktive Zusammenarbeit der Umweltschutzverbände mit den übrigen Akteuren bei Windenergiekonflikten begründet sich in den vielen Mitgestaltungs- und Kooperationsmöglichkeiten. Bereits seit den 1990er-Jahren ist die systematische Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Umweltorganisationen Teil der Umweltpolitik (vgl. Weidner, 1996, S. 197–199). Diese zeigt sich in Beratungsleistungen von Fachbehörden, gemeinsamer Aufklärungsarbeit oder in der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Umweltprojekte (vgl. Weidner, 1996, S. 203–204).

Auch rechtlich ist vorgesehen, dass Naturschutzverbände durch ihre Expertise Behörden bei Sachfragen und Entscheidungen unterstützen. Die Naturschutzorganisationen und die staatlichen Behörden stehen in einer kooperativen Verantwortung gegenüber dem Naturschutz, wobei die Verbände die Belange des Naturschutzes notfalls auch gegen die Behörden wahrnehmen sollen (vgl. Ziekow & Siegel, 2000, S. 35). Vor allem während laufender Verfahren werden den Naturschutzverbänden umfassende Mitwirkungsrechte eingeräumt (vgl. Ziekow & Siegel, 2000, S. 118). Die geregelte Beteiligung der Naturschutzverbände in Rechtssetzungs-, Planungs- und Verwaltungsverfahren ist Ausdruck des Kooperationsprinzips im Umweltrecht. Ziel der Zusammenarbeit ist die Repräsentation von Naturschutzinteressen, die Versachlichung der Diskussion sowie die Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen. Die Verbände besitzen durch diese gesetzlichen Regelungen das Recht, alle nötigen Informationen eines Projekts einzusehen und Stellungnahmen abzugeben, mit denen sich die zuständigen Behörden befassen müssen (vgl. Wilrich, 2002, S. 374–375).

Ein Fall aus Bonn zeigt, dass die konstruktive Zusammenarbeit von Projektierern, Behörden und Umweltverbänden zu einer Verbesserung der Standortwahl und zum Schutz von artenreichen Gegenden führen kann. In Bonn konnten sich alle Beteiligten bei der Planung einer Windanlage nach dem Einspruch der Naturschutzverbände auf Untersuchungen des Standortes einigen, welche schließlich zur Planänderung und zum Schutz verschiedener Biotope führten (vgl. Klodt, 2004, S. 22). Vor allem bei der frühen Analyse der Standortfaktoren und der Konfliktpunkte können Umwelt- und Naturschutzverbände ihr Wissen einbringen und so bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Fahrplans helfen (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 17).

## **2.2 Kommunikation und Kooperation**

Bei Umweltschutzthemen wie dem Ausbau der Windenergie herrschen in Deutschland gute Voraussetzungen für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Aufgrund des breiten gesellschaftlichen Engagements seit den 1970er-Jahren konnte sich der Umweltschutz als fester Bestandteil des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Handelns etablieren (vgl. Byzio et al., 2002, S. 17). Die deutsche Bundesregierung hat sich bereits früh mit dieser Thematik auseinandergesetzt und eine ausdifferenzierte Umweltpolitik ermöglicht (vgl. Weidner, 1996, S. 195). Der Schutz der Umwelt ist jedoch nicht nur Aufgabe staatlicher Institutionen, sondern fällt auch in den Zuständigkeitsbereich von Gesellschaft und Wirtschaft (vgl. Wilrich, 2002, S. 49).

Das Kooperationsbestreben trifft beim Windenergieausbau auf einen breiten Konsens über die Ziele. Eine repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung durch das Meinungsforschungsinstitut forsa aus dem Jahr 2015 zeigt, dass 81 Prozent der Befragten die Nutzung und den Ausbau von Windenergie an Land für wichtig oder sogar sehr wichtig halten (vgl. FA Wind, 2015, S. 5). Die Konflikte bei den Planungen von Windparks sind daher häufig partielle Konflikte, die sich dadurch auszeichnen, dass die Konfliktparteien untereinander sowohl Interessensdivergenzen als auch Interessenskonvergenzen aufweisen. Diese Konstellation erleichtert die Konfliktlösung, da es für beide Seiten Gewinnmöglichkeiten gibt (vgl. Mautz, 2010, S. 190).

In Baden-Württemberg zeigt sich dieser Korporatismus beispielsweise im Bestreben der Landesregierung, die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten weiter auszubauen. Ziel dieses Bestrebens sei es, „den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen anzustreben und die Umsetzung, Ausgestaltung und Akzeptanz der Projekte positiv zu beeinflussen“ (Staatsministerium Baden-Württemberg, 2014, S. 8). Zudem ist das Umweltministerium

durch umfangreiche Informations- und Beratungsangebote, die den Kommunen und Gemeinden im Bereich der Erneuerbaren Energien zur Verfügung gestellt werden, bestrebt, eine Versachlichung des Diskurses zu erreichen (vgl. UMBW, 2015, S. 33). Auch die neu eingerichteten Kompetenzzentren bei den Regierungspräsidien dienen zur Kooperationsförderung und zum Konfliktabbau (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 7).

Auf Seiten der Projektierer existiert ebenfalls ein Interesse an Zusammenarbeit. So betont ein Sprecher des Windenergieunternehmens Prokon, dass das Unternehmen bei der Planung neuer Windparks stets bestrebt sei „sofort in einen sehr, sehr intensiven Kommunikationsprozess mit allen Beteiligten einzutreten, insbesondere auch mit dem Gemeinderat“ (Byzio et al., 2002, S. 368).

Trotz dieser guten Voraussetzungen und der Bemühungen von Seiten der Politik und der Projektierer alle Betroffenen in die Planungsprozesse einzubinden, kommt es vor Ort immer wieder zu Konflikten. Dieses große Konfliktpotential bei Windenergieprojekten hängt nicht nur von den allgemeinen Beteiligungsmöglichkeiten, sondern häufig von der konkreten Prozessgestaltung der Projektierer ab. Die Akzeptanz einer Windenergieanlage ist stark an die Kommunikation während der Planungsphasen gebunden (vgl. Schmid & Zimmer, 2012, S. 63).

### **2.2.1 Kriterien guter Kommunikation**

Für den Ausbau der Windenergie spielt die Akzeptanzsicherung eine immer wichtigere Rolle (vgl. Byzio et al., 2002, S. 363). Als Vorbild für diese bieten sich die Bürgerwindinitiativen der 1990er-Jahre an. Die Initiativen waren bestrebt, die lokalen Stakeholder durch ein kommunikativ-dialogisches Vorgehen und Beteiligungsmöglichkeiten für sich und ihr Projekt zu gewinnen (vgl. Mautz et al., 2008, S. 110–111). Neben den Behörden und den Projektierern können auch Naturschutzverbände dabei unterstützen, den Weg für die Zusammenarbeit und für einen offenen Dialog zwischen allen relevanten Akteuren zu ebnen. Der Begriff des Dialogs oder Diskurses meint die Bildung eines kommunikativen und kooperativen Beziehungsnetzwerkes, in das diejenigen eingebunden sind, die Risiken vorbringen, wie auch die Akteure, die politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen haben. Ziel des Diskurses ist die „institutionelle Behandlung jedweder Art von Problemen in der modernen Gesellschaft“ (Eder, 1999, S. 28).

Für die Gestaltung einer solchen diskursiven Kommunikation bei der Projektentwicklung gibt es eine Vielzahl an Kriterien und Richtlinien (vgl. Selle & Rösener, 2003, S. 29–32). Die vorliegende Arbeit stützt sich in ihrer Bewertung der kommunikativen Maßnahmen der



Umweltschutzverbände im Rahmen von Windenergiekonflikten auf die zehn Grundregeln des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) für gute Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus der Praxis und sollen dazu beitragen, den Aufbau von Vertrauen im Verfahren zu sichern (vgl. VDI, 2014, S. 24). Zwar ist die VDI-Richtlinie 7001, welche die zehn Regeln beinhaltet, vor allem für die Öffentlichkeitsbeteiligung bei großen Bauvorhaben gedacht: Jedoch sind gerade die Grundregeln so offen formuliert, dass sie sich auch für andere dialogische Verfahren zur Konfliktbearbeitung eignen. Denn das übergreifende Ziel der Richtlinie ist es, alle relevanten Akteure für den Dialog zu gewinnen, „um gemeinsam gesellschaftlich tragfähige und gleichermaßen breit akzeptierte Lösungen zu finden“ (VDI, 2014, S. 16).

#### Grundregel 1 – Aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung

Der Dialog ist eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung von Bauprojekten. Zustandekommen kann ein Dialog jedoch nur, wenn alle Beteiligten als legitime Mitgestalter angesehen werden und eine wertschätzende Grundhaltung vorherrscht (vgl. VDI, 2014, S. 25). Um eine Legitimation durch Kommunikation zu gewährleisten, ist ein Dialog auf Augenhöhe wichtig (vgl. Brettschneider, 2011, S. 42). Aufgrund ungleicher Ressourcenverteilung zeigt sich bei Konflikten jedoch die Tendenz, dass die überlegenen Akteure ihre Macht ausnützen und eine gleichberechtigte Kommunikation verhindern. Daher muss die Fairness des Verfahrens sichergestellt werden (vgl. Selle & Rösener, 2003, S. 33). Ist ein Verfahren dagegen durch Intransparenz oder eine Top-Down-Kommunikation geprägt, kann dies zu Vertrauensbrüchen zwischen den Beteiligten führen, die wiederum eine Eskalation des Vermittlungsprozesses zur Folge haben können (vgl. Bandelow & Thies, 2014, S. 28).

#### Grundregel 2 – Klare Rahmenbedingungen

Dialogverfahren sind offene Prozesse, bei denen Möglichkeiten ausgewählt und Optionen generiert werden (vgl. Renn, 2013, S. 90). Trotz der notwendigen Offenheit der Verfahren müssen alle Beteiligten ein klares und deckungsgleiches Bild von den Zielen und Rahmenbedingungen des Verfahrens besitzen (vgl. VDI, 2014, S. 25). Allen Beteiligten sollten von Beginn an Zweck und Ablauf der Maßnahmen bewusst sein (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 20). Doch nicht nur zu Beginn, auch im Verlauf des Verfahrens sollten die zuvor festgelegten Ziele nicht aufgegeben werden, selbst wenn verschiedene Akteure dies fordern (vgl. Renn, 2013, S. 89–91).

### Grundregel 3 – Frühzeitige Einbeziehung der Bürger

Die dritte Regel bezieht sich auf die frühe Beteiligung der Bürger, lässt sich aber auch auf andere Akteursgruppen erweitern. In der Frühphase eines Projekts sind die Gestaltungsmöglichkeiten für alle Beteiligten am größten und damit steigt auch die Chance, durch Vermittlung eine von allen Seiten akzeptierte Lösung zu erarbeiten (vgl. VDI, 2014, S. 26). Der frühzeitige Einsatz von Kommunikationsmaßnahmen ist auch deswegen so bedeutsam, da der Aufbau von Vertrauen ein langwieriger Prozess ist. Versuche, vertrauensbildende Maßnahmen zu einem Zeitpunkt aufzubauen, zu dem bereits ein verhärteter Konflikt zwischen den Interessengruppen besteht, gestalten sich deutlich schwieriger (vgl. Bandelow & Thies, 2014, S. 34).

### Grundregel 4 – Umfassende Faktenklärung

Kenntnis und Verständnis projektbezogener Fakten stellen die Basis eines erfolgreichen Kommunikationsprozesses dar. Nur wenn alle Beteiligten über die gleichen Wissensressourcen verfügen, kann ein Austausch auf Augenhöhe stattfinden (vgl. VDI, 2014, S. 26). Um den gleichen Wissenstand zu garantieren, ist eine systematische und gemeinsame Faktenklärung zu Beginn eines Verfahrens notwendig (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 20). Expertenanhörungen, bei denen entweder allparteiliche Experten oder Pro- und Contra-Experten eingeladen werden, tragen dazu bei, kritische Themen anzusprechen und durch fachkundige Expertise zu bewerten (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 40).

### Grundregel 5 – Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen

Eine umfassende kommunikative Bearbeitung eines Projekts ist nur dann möglich, wenn alle relevanten Interessensgruppen an einem Dialogverfahren beteiligt sind. Dabei ist nicht notwendigerweise auf die Repräsentativität der Gruppe, sondern vor allem auf die Meinungsvielfalt zu achten (VDI, 2014, S. 27). Die Zusammensetzung der Teilnehmer eines Verfahrens sollte sicherstellen, dass „alle für ein spezifisches Thema relevanten gesellschaftlichen Gruppen [beteiligt sind]“ (vgl. Nanz & Fritsche, 2012, S. 26). Der Nutzen und die Relevanz des Dialogverfahrens muss den Beteiligten klar sein, da sich nur so alle relevanten Akteure engagieren (vgl. Selle & Rösener, 2003, S. 33).

### Grundregel 6 – Professionelle Prozessgestaltung für Fairness und Transparenz

Ein erfolgreiches Dialogverfahren benötigt eine professionelle Prozessgestaltung. Die Aufgabe der Prozessgestalter liegt darin, eine verständliche und transparente Struktur zu schaffen, eine Auswahl an zielgerichteten und effektiven Methoden und Formaten zu treffen und die Ergebnisse zu dokumentieren (vgl. VDI, 2014, S. 27–28). Zu einer professionellen und

proaktiven Projektplanung gehört ebenfalls die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für die gesamte Planung und Umsetzung eines Projekts. In der Kommunikationsstrategie sollen die Anspruchsgruppen, Botschaften und Kommunikationsinstrumente festgehalten und aufeinander abgestimmt werden (vgl. Brettschneider, 2014a, S. 62).

#### Grundregel 7 – Anschlussfähigkeit der Ergebnisse

Ein Dialogverfahren dient nicht nur dem Austausch von Meinungen; vielmehr ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Lösung das Ziel. Dies setzt voraus, dass im Zentrum des Beteiligungsverfahrens eine Problematik steht, die von den Akteuren gelöst werden kann. Ohne eine Rückkopplung der Beteiligungsergebnisse an den Planungs- und Bauprozess verliert auch das Beteiligungsverfahren an Relevanz und Glaubwürdigkeit (vgl. VDI, 2014, S. 28). „Die Ergebnisse des Dialog-Verfahrens müssen also tatsächlichen Einfluss auf die Gestaltung des Projekts haben können und nachvollziehbar in die Entscheidungsprozesse der Vorhabenträger einfließen“ (Brettschneider, 2014b, S. 21). Scheinbeteiligung, also Maßnahmen, die Entscheidungsoptionen nur vortäuschen, werden von den Beteiligten meist schnell als solche enttarnt und führen zu einer Verhärtung der Fronten (vgl. Eisenkopf et al., 2014, S. 49).

#### Grundregel 8 – Transparenz der Finanzierung

Zur Transparenz des Verfahrens zählt die Transparenz über die Finanzierung. Für die Teilnehmer und die Öffentlichkeit muss nachvollziehbar sein, wer für die Kosten eines Beteiligungsverfahrens aufkommt und wie hoch diese ausfallen (vgl. VDI, 2014, S. 28–29). Die Finanztransparenz ist laut Ewen auch deshalb so wichtig, da die Bürger hinter der Finanzierung oft eine Parteilichkeit und Abhängigkeit vermuten (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016).

#### Grundregel 9 – Verständlich kommunizieren

Bauprojekte sind komplexe Vorhaben, deren Planung von Experten bewerkstelligt wird. Der Gebrauch von Fachsprache ist dabei üblich. Für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit müssen die Inhalte von den Experten jedoch verständlich ausgedrückt werden, sodass alle Beteiligten die technischen Aspekte des Bauprojekts nachvollziehen können (vgl. VDI, 2014, S. 29–30). Das gilt auch für fachliche Expertisen. Nur wenn diese für alle verständlich sind, können die Expertisen Eingang in den Dialogprozess finden (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 21–22). Verständlichkeit bedeutet jedoch nicht nur die Verwendung einer für alle Beteiligten verständlichen Sprache. Auch eine Bebilderung kann für die Erklärung von Bauprojekten hilfreich sein (vgl. Brettschneider, 2014a, S. 61).

## Grundregel 10 – Vielfalt der genutzten Kommunikationsinstrumente

Für die Vermittlung der Projektpläne sowie der Inhalte der Dialogverfahren sollte das gesamte Spektrum an möglichen Kommunikationsinstrumenten genutzt werden (vgl. VDI, 2014, S. 30). Die Wahl des geeigneten Verfahrens hängt von vielfältigen Faktoren wie dem jeweiligen Ziel, dem Konfliktpotential oder der Historie ab (vgl. Brettschneider, Remer-Bollow, & Thoms 2015, S. 184). Bei Dialogprozessen um Windenergieprojekte geht es Ewen zufolge um eine Verfahrenswahl, die „an den Problemen und Themen der Zielgruppen orientiert [ist]“ (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016). Die verwendeten Maßnahmen und Instrumente müssen aufeinander abgestimmt werden. Ohne diese so genannte Orchestrierung ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und -beteiligung nicht möglich (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 22).

### **2.2.2 Kooperationen bei Windenergiekonflikten**

Das Kommunikationsmanagement muss über den gesamten Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozess Teil des Projektmanagements sein (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 17). Auch bei Windenergieprojekten sind der strategische Einsatz von Kommunikation und die Förderung des offenen Diskurses zwischen allen relevanten Akteuren sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit in jeder Phase des Planungsprozesses möglich und nötig. Das zeigen die Ergebnisse des Forschungsprojekts Dezent Zivil (2015), das sich mit Entscheidungsprozessen über dezentrale Energieanlagen befasst. Öffentlichkeitsbeteiligung schließt dabei sowohl die Inklusion der Bürger und Betroffenen als auch die Kooperation mit verfassten zivilgesellschaftlichen Interessengruppen ein. Die Beteiligungsmöglichkeiten lassen sich nach ihren Wirkungen in drei Ebenen aufteilen: die Information, die Konsultation und die Mitgestaltung (vgl. VDI, 2014, S. 18–21).

### Voruntersuchung und Raumplanung

In der ersten Phase der Planung, der Voruntersuchung und Raumplanung, steht die Suche geeigneter Flächen im Mittelpunkt. Auch wenn das öffentliche Interesse zu diesem Zeitpunkt noch gering ausfällt, ist es wichtig, die Entscheidungskriterien und die Pläne für die Öffentlichkeit verständlich darzustellen. Vor allem überregionale Bürgerinitiativen, aber auch lokale Umweltschutzverbände sind bei der Raumplanung bereits aktiv und haben so die Möglichkeit, sich umfassend einzubringen (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 21–23). Eine informelle Beteiligung während dieser frühen Phase kann Konflikten vorbeugen, die häufig erst während der Flächennutzungsplanung aufkommen und zu Blockaden führen (vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 14). Durch die frühe Einbeziehung bietet sich den Betroffenen

bereits vor der Erstellung eines Planentwurfs die Möglichkeit, Einwände bezüglich der möglichen Standorte vorzubringen. Ein geeignetes Instrument zur Erhebung der Meinung der Akteure stellen Gruppendiskussionen dar (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 25).

### Flächennutzungsplanung

Im Rahmen der Flächennutzungsplanung für Windenergieanlagen sollten die Kriterien offen gelegt werden, sodass für die gesamte Gemeinde nachvollziehbar wird, wie die Auswahl zustande kommt (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 28). Dafür bieten sich öffentliche Informationsveranstaltungen an, in deren Rahmen die Ziele des Projekts, der Mehrwert für die Bürger sowie die Beteiligungsmöglichkeiten kommuniziert werden. Um Vorurteile gegenüber der Technologie abzumildern und gesichertes Wissen zu verbreiten, empfehlen sich zudem öffentliche Expertengespräche (vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 13).

Das Informieren der Öffentlichkeit ist ein wichtiger Bestandteil des Planungsprozesses – informieren alleine reicht jedoch nicht aus. Vielmehr muss es zum Austausch mit den Betroffenen kommen (vgl. Brettschneider et al., 2015, S. 184). Bei der Flächennutzungsplanung kann laut Ewen frühzeitig mit den Bürgern darüber diskutiert werden, welche Flächen in der Gemeinde geeignet sind (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016). Die geläufigste und in vielen Verfahren vorgeschriebene Variante der Konsultation ist die Anhörung. Mit ihr soll den Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt werden, Einwände und Kritik an einem Vorhaben vorzubringen (vgl. Renn, 2013, S. 81–82). Ziel der Konsultationsebene ist es, das Wissen, die Erfahrung und die Interessen der Betroffenen zu erheben und in die Planung einzubinden (vgl. VDI, 2014, S. 19–20). Neben der Information und der Konsultation ist bei Infrastrukturprojekten auch die Mitgestaltung durch die Betroffenen erforderlich. Doch nur, wenn es für die Beteiligten reale Entscheidungsmöglichkeiten gibt, bietet die Mitgestaltung einen Mehrwert (vgl. VDI, 2014, S. 22–23).

### Genehmigungsverfahren

Die Genehmigung bei Windenergieanlagen besteht je nach Größe der Anlage aus maximal zwei Schritten. Im ersten Schritt muss der Landkreis bei großen Anlagen ein immissionschutzrechtliches Genehmigungsverfahren durchführen, bei dem die Belastung der Umwelt geklärt wird. Hierbei ist die Expertise der Umweltschutzverbände gefragt. Im zweiten Schritt steht ein bauordnungsrechtliches Genehmigungsverfahren von den Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften an, bei dem die Anwohner informiert werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen vorzubringen. Meistens verhärten sich spätestens zu diesem Zeitpunkt die Fronten (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 36–44).

Konnte die Entstehung eines manifesten Konflikts nicht frühzeitig durch Kommunikation und Vermittlung gelöst werden, sollten nun Mechanismen der Konfliktbearbeitung einsetzen (vgl. Giegel, 1998, S. 18). Das Ziel dieser Verfahren ist es, in einem offenen Kommunikationsprozess die Differenzen zwischen den beteiligten Akteuren zu erkunden, Informationsunterschiede auszugleichen und eine von allen Beteiligten getragene Lösung zu erarbeiten (vgl. Weidner, 1996, S. 211). Sind ein Konsens und der Ausgleich zwischen den Interessengruppen nicht möglich, sollte zumindest eine Versachlichung der Debatte erreicht werden. Maßnahmen können dabei Verhandlungen, Runde Tische oder Mediationen sein, bei denen alle relevanten Akteure gemeinsam Handlungsspielräume und Kompromissmöglichkeiten erarbeiten (vgl. VDI, 2014, S. 20). Bei Mediationsverfahren wird ein neutraler Mediator ausgewählt, der nach strikten Vorgaben die Vermittlung leitet. Für Runde Tische gelten geringere Ansprüche. Bei diesem Verfahren ist es das Ziel, unter Einbeziehung aller relevanten Akteure Sachfragen gemeinsam zu klären (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 14).

### Bau und Betrieb

Während der letzten Phase der Projektierung von Windenergieanlagen, dem Bau der Anlage, sind die Gestaltungsmöglichkeiten nur noch gering. Die öffentliche Aufmerksamkeit für das Projekt fällt jedoch gleichzeitig am größten aus. Daher ist es in dieser Phase besonders substantziell, das Projekt transparent zu gestalten, damit die Betroffenen sich über den Baufortschritt informieren können. Wichtige Instrumente dafür stellen Webseiten, Informationsveranstaltungen, Hauswurfsendungen, Baustellenbegehungen oder Besucherzentren dar (vgl. EnergieAgentur.NRW, 2014, S. 16–17).

Bei der Auswahl geeigneter Instrumente ist zu beachten, dass sich Planungsprozesse meist über mehrere Jahre hinziehen. In dieser Zeit ändern sich die Rahmenbedingungen eines Projekts. Beteiligungs- und Dialogverfahren sollten daher nicht für den gesamten Zeitraum angelegt, sondern individuell an die bestehende Situation angepasst sein (vgl. Renn, 2013, S. 92). Um die richtigen Kommunikationsinstrumente für die vorliegende Situation auszuwählen, sollten die Verantwortlichen die Stimmung, die Konfliktlinien und die Hintergründe analysieren. Aufbauend auf einer solchen Analyse können Ziele und Strategien formuliert werden (vgl. VDI, 2014, S. 30).

### **2.2.3 Die Rolle von Beratern**

Ein diskursiver Austausch mit einer Vielzahl an Stakeholdern und die Umsetzung von Dialogverfahren bringen viele Vorhabenträger an ihre personellen und fachkundigen Grenzen (vgl. Best, 2014, S. 24–25). Zudem wird von den Gegnern hinter der Professionalisierung

der Projektierer im Bereich der Kommunikation die Absicht vermutet, die Beteiligten durch geschickte Argumentation beeinflussen zu wollen. Das zeigt ein Artikel, der 2012 im Focus publiziert wurde. Er behandelt ein Seminar des BWE, in dem laut Berichterstattung Investoren erklärt wird „was zu beachten ist und welche Argumente ziehen, wenn der Wald einer Investition im Weg steht.“ Vor allem lernten die anwesenden Mitarbeiter von Windkraftunternehmen, wie sie „mit Naturschützern fertig werden“ (Hein, 2012, S. 96). Ein offener Dialogprozess auf Augenhöhe sieht anders aus.

Institutionen, die als neutrale Dritte auftreten, können das Vertrauen der Beteiligten in die Transparenz und Fairness eines Verfahrens stärken (vgl. Best, 2014, S. 27). Besonders bei emotional aufgeladenen Konflikten benötigt es einen Vermittler, der von allen Seiten als professionell und allparteilich eingestuft wird (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 6). Die Aufgabe professioneller Prozessgestalter ist es folglich, als neutrale und aktivierende Organisatoren und Moderatoren sicherzustellen, dass ein verständliches und transparentes Dialogverfahren möglich ist. Zudem dokumentieren die Moderatoren die erarbeiteten Ergebnisse und machen diese öffentlich zugänglich (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 21). Gestalten sich die Beratungseinrichtungen als diskursive Institutionen, tragen sie nicht nur zur Lösung von Problemkonstellationen bei, sondern auch zur Bindung und Verantwortungszuschreibung der Beteiligten an diese Lösung (vgl. Eder, 1999, S. 42). Bei Windenergieprojekten können Beratungseinrichtungen laut Ewen vor allem „die Eskalation dämpfen, die Handlungsfähigkeit der lokalen Politik sichern und den Menschen vor Ort durch objektive Informationen erklären, worum es wirklich geht“ (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016).

Soll die Kommunikationsarbeit der Beratungseinrichtungen strategisch und nachhaltig sein, hilft die Orientierung am Managementzyklus des Kommunikations-Controllings (Abb. 9) (vgl. ICV, 2010, S. 23–29). Eine Analysephase ist zu Beginn eines jeden Projekts unabdingbar. Wichtiger Bestandteil der Analyse ist die Erhebung der Stakeholder sowie der Themen, die während eines Projekts eine Rolle spielen. Erst wenn Klarheit bei diesen Aspekten besteht, ist die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie möglich (vgl. VDI, 2014, S. 33–36). Im Rahmen der Planungsphase sollen, ausgehend von einer Situationsanalyse und den übergreifenden Strategien wie auch der Zielsetzung des Projekts oder des Unternehmens, spezifische Ziele und Maßnahmen abgeleitet werden (vgl. ICV, 2010, S. 25–26). Parallel zur Umsetzung der Kommunikationsmaßnahmen ist ein begleitendes Monitoring erforderlich. Dieses ermöglicht, die Auswahl der Instrumente kritisch zu hinterfragen und die Verfahren durch direktes Feedback zu verbessern. Nach Vollendung des Projekts sollte zudem eine

Gesamtevaluation der Kommunikation durchgeführt werden, um für künftige Projekte zu eruieren, welches Vorgehen die gewünschten Resultate erbracht hat (vgl. VDI, 2014, S. 44).

Abbildung 9: Managementzyklus (ICV, 2010, S. 23)



Beratungseinrichtungen benötigen bestimmte Kompetenzen zur erfolgreichen Umsetzung von Kommunikationsmaßnahmen. Die Kompetenzen reichen von instrumentellem Wissen über die unterschiedlichen Methoden der Dialogverfahren bis zu Managementwissen. Auch Softskills wie kommunikative Fähigkeiten oder Empathie werden von den Prozessbegleitern abverlangt. Brettschneider und Kollegen (2015) identifizieren in einer Studie zu nachhaltiger Kommunalentwicklung vier Profilerkmale, die Beratungseinrichtungen bei öffentlichen Projekten aufweisen sollen: (1.) kommunikative Fähigkeiten wie Moderation und Öffentlichkeitsarbeit, (2.) persönliche Eigenschaften wie Offenheit und vernetztes Denken, (3.) inhaltliche Fachkenntnisse sowie Fachkenntnisse im Bereich der Dialogverfahren und (4.) Erfahrung bei der Konfliktbearbeitung. Da Berater nicht in allen Gebieten über die notwendige Expertise verfügen, ist zudem eine umfangreiche Vernetzung mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik ratsam (vgl. Brettschneider et al., 2015, S. 108–126). Aus den vier genannten Profilerkmalen lassen sich folgende trennscharfe Konstrukte ableiten: (1.) kommunikative Fähigkeiten, (2.) persönliche Eigenschaften, (3.) inhaltliche Fachkenntnisse, (4.) methodische Fachkenntnisse, (5.) Erfahrung bei der Konfliktbearbeitung und (6.) Vernetzung mit Experten und Akteuren der Umweltpolitik.



### **2.3 Umweltschutzverbände als Konfliktberater**

Der Ausbau der Windenergie ist ein vielschichtiges Vorhaben, das von unterschiedlichsten Rahmenbedingungen und Konfliktkonstellationen bestimmt wird (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 199–200). Trotz großer Akzeptanz in der Bevölkerung kommt es auch in Baden-Württemberg immer wieder zu verhärteten Fronten (vgl. Schmid & Zimmer, 2012, S. 63). Kooperationen, Konfliktberatungen und strategisches Kommunikationsmanagement können behilflich sein, die Konflikte in Dialogprozesse und Lösungen zu überführen (vgl. Brettschneider, 2014b, S. 17).

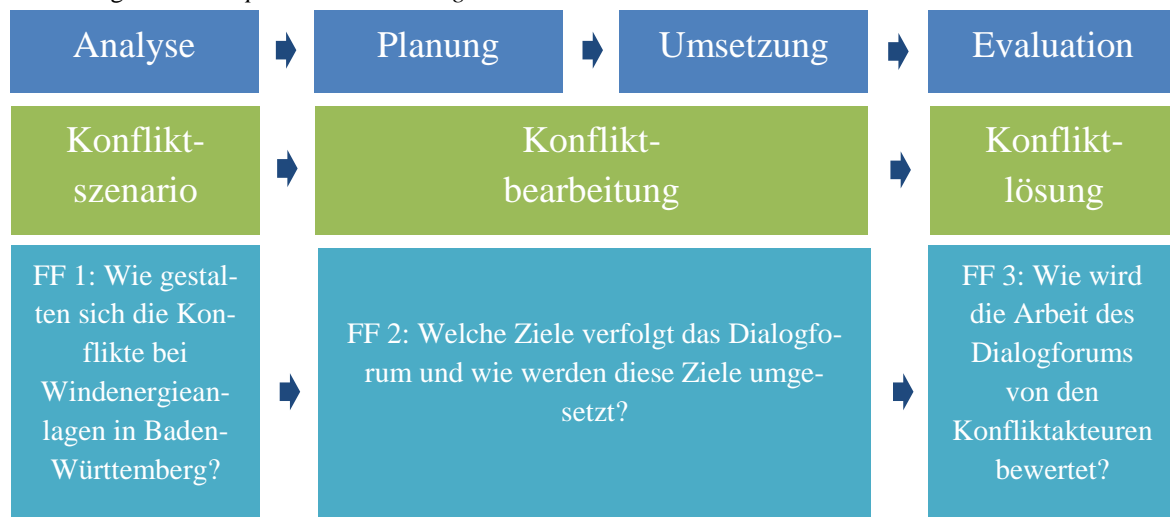
Ein wichtiger Aspekt öffentlicher Diskussionen über die Vor- und Nachteile von Windenergieanlagen stellt die Zielkonkurrenz zwischen Klima-, Tier- und Landschaftsschutz dar (vgl. Ohlhorst & Schön, 2010, S. 205). Damit kommt auch den Umweltschutzverbänden wie BUND und NABU eine entscheidende Rolle beim Ausbau der Windenergie zu. Sie sind nicht nur mitwirkende Akteure, welche die innerökologischen Divergenzen zwischen Energiewende und Artenschutz aushandeln. Musiol (2004a) sieht die Rolle der Verbände vielmehr in der eines Vermittlers. Seiner Vorstellung nach ist es Aufgabe der Verbände, zur Versachlichung der Diskussionen beizutragen. Durch fachkundige aber auch kritische Beteiligung zeigen sie die Probleme von Standorten auf, können den Ausbau aber auch unterstützen. Dafür sei zusätzlich interne Vermittlungsarbeit zwischen den Ortsgruppen und den globalen Umweltschutzstrategien notwendig (vgl. Musiol, 2004a, S. 16). Bereits 2013 forderte der NABU die Einrichtung einer unabhängigen Transfer- und Clearingstelle auf Bundesebene, die im Spannungsfeld zwischen Erneuerbaren Energien und Natur- und Artenschutz fachliche Unterstützung liefert und bei Konfliktfällen vermittelt (vgl. NABU, 2013, S. 2).

Das in dieser Arbeit analysierte Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU Baden-Württemberg greift die genannten Ideen auf. Es stellt ein Dialog- und Vermittlungsangebot dar, das von Fachleuten als positives Beispiel für die Arbeit der Umweltverbände genannt wird. So betont Ewen (2016) die verantwortungsvolle Rolle, die das Dialogforum bei der Verständigung zwischen Klima- und Naturschutz einnimmt (Dr. Christoph Ewen, persönliches Interview, 28. April 2016). Doch was können Umweltschutzverbände als Berater bei Windenergiekonflikten tatsächlich leisten?

Anhand des Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz wird in der vorliegenden Arbeit die Rolle der Umweltverbände bei der Konfliktberatung untersucht. Die zentrale Forschungsfrage lautet:

*FF: Welche Rolle nimmt das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU bei Windenergiekonflikten und deren Bearbeitung in Baden-Württemberg ein?*

Abbildung 10: Konzeption des Forschungsvorhabens



Das Vorgehen orientiert sich dabei am Managementzyklus des Kommunikationsmanagements (Abb. 10). Dadurch wird eine umfassende Untersuchung der Arbeit des Dialogforums von der Analyse der Ausgangssituation bis zur Evaluation des Erfolgs ermöglicht. Aus den verschiedenen Phasen leiten sich weitere untergeordnete Forschungsfragen ab.

Ausgangspunkt für die Bewertung der Arbeit des Dialogforums stellt eine systematische Analyse der Konfliktkonstellationen dar. Nur wenn bekannt ist, wie sich die Windenergiekonflikte in Baden-Württemberg gestalten, lässt sich die Herangehensweise des Dialogforums bewerten. Ein Teilaspekt der Forschungsfrage lautet daher:

*FF1: Wie gestalten sich die Konflikte bei Windenergieanlagen in Baden-Württemberg?*

Eine systematische Untersuchung der Konflikte bei Windenergieanlagen in Baden-Württemberg wurde bisher in der Forschung noch nicht durchgeführt. In welcher Form das Dialogforum auf diese Konfliktszenarien einwirkt, stellt den zweiten Forschungsschwerpunkt dar.

*FF2: Welche Ziele verfolgt das Dialogforum und wie werden diese Ziele umgesetzt?*

Neben den Motivationen und Strategien des Dialogforums stehen die Kompetenzen, Arbeitsweisen und Gütekriterien im Fokus der Untersuchung. Dabei werden sowohl die theoretischen Absichten als auch die konkrete Umsetzung in Kommunikationsmaßnahmen fokussiert.

Den Abschluss des Forschungsvorhabens stellt die Bewertung der Arbeit des Dialogforums durch die Zielgruppen dar. Dabei wird ein Abgleich zwischen den Zielen des Forums und den Einschätzungen der Zielgruppen vorgenommen.

*FF3: Wie wird die Arbeit des Dialogforums von den Konfliktakteuren bewertet?*

### **3. Methodik**

Die Auswertung des Kommunikations- und Beratungsprozesses von der Analyse der Windenergiesituation in Baden-Württemberg bis hin zur Bewertung der Arbeit des Dialogforums durch die Kooperationspartner stellt ein umfangreiches Forschungsvorhaben dar. Da im Rahmen der einzelnen Forschungsschwerpunkte unterschiedliche Untersuchungsgegenstände, Akteure und Fragestellungen im Fokus stehen, ist eine Kombination verschiedener Methoden der empirischen Sozialforschung erforderlich.

#### **3.1 Untersuchungsgegenstand Dialogforum**

Die Idee zur Gründung des Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU entstand 2011 im Zuge des Regierungswechsels in Baden-Württemberg. Die grün-rote Landesregierung gab das Ziel aus, den Anteil des im Land erzeugten Stroms aus Windenergie von damals ein Prozent auf zehn Prozent im Jahr 2020 zu steigern. Da im Rahmen des enormen Windenergieausbaus Konflikte mit dem Arten- und Naturschutz erwartet wurden, entstand auf Seiten des NABU die Idee zur Schaffung eines Vermittlungsangebotes. Das Angebot sollte zwischen den beiden Zielen des Umweltschutzverbandes – Schutz der Umwelt sowie der heimischen Arten und globaler Klimaschutz – vermitteln (Dr. Martin Köppel, persönliches Interview, 27. April 2016).

Von Beginn an wurde eine Zusammenarbeit mit dem BUND angestrebt, um dem Vermittlungsangebot eine breite Basis zu sichern. Das Dialogforum als Resultat dieser Überlegungen stellt damit das erste gemeinsame Projekt der beiden Umwelt- und Naturschutzverbände in Baden-Württemberg dar. Im September 2012 wurde der Antrag zur Förderung des Projekts vom Umweltministerium Baden-Württemberg bewilligt und 2016 zum zweiten Mal verlängert. Die Kosten des Projekts werden zu 90 Prozent vom Umweltministerium und zu

zehn Prozent von den Umwelt- und Naturschutzverbänden getragen (Dr. Martin Köppel, persönliches Interview, 27. April 2016).

Die zentralen Bereiche des Dialogforums sind (1.) die Erstellung von Broschüren, (2.) die Organisation und Umsetzung von Vorträgen, Veranstaltungen und Schulungen und (3.) die Beratung bei Konfliktfällen. Aktuell liegt nach eigenen Aussagen der Fokus der Arbeit des Dialogforums auf der Konfliktberatung (Dr. Martin Köppel, persönliches Interview, 27. April 2016). Die Konfliktberatung ist daher zentraler Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit.

Das Angebot des Dialogforums wird von zwei Mitarbeitern betreut. Die beiden vollen Projektstellen werden mit jeweils einem Mitarbeiter des NABU und des BUND besetzt. Im Untersuchungszeitraum waren diese Mitarbeiter Dr. Martin Köppel von Seiten des BUND sowie Anna Sesterhenn von Seiten des NABU, die diese Stelle jedoch nur vorübergehend innehatte (Dr. Martin Köppel, persönliches Interview, 27. April 2016).

### **3.2 Experteninterviews**

Im Rahmen der Analyse des Dialogforums werden qualitative Leitfrageninterviews mit den Mitarbeitern des Dialogforums sowie mit Projektierern und Mitgliedern von NABU und BUND, welche mit dem Dialogforum zusammengearbeitet haben, geführt. Die Experteninterviews ergänzen die quantitativen Erhebungsmethoden, da sie einen tiefergehenden Einblick in die Arbeitsprozesse, Überzeugungen und Einstellungen der Befragten ermöglichen (vgl. Bogner, Littig, & Menz, 2014, S. 17–19).

Den Einstieg in die Untersuchung im April und Mai 2016 stellen Experteninterviews mit den beiden Projektleitern des Dialogforums dar. Befragt werden Dr. Martin Köppel, der als Mitglied des BUND seit Beginn des Projekts im Jahr 2012 Projektleiter des Dialogforums ist, und Dana Marquardt, die bis Ende April 2016 die gleiche Position auf Seiten des NABU bekleidete. Marquardt war erst seit Mai 2015 für das Dialogforum tätig.

Im Rahmen der Befragung der Mitarbeiter des Dialogforums werden vier Themenbereiche behandelt: der persönliche Hintergrund der Befragten, das Ziel des Dialogforums, die Konflikteinschätzung und die Arbeit des Dialogforums. Die Befragung stellt damit eine Kombination aus explorativen und systematisierenden Experteninterviews dar (vgl. Bogner et al., 2014, S. 23–25). Besonders bei der Beschreibung der Konfliktsituation im Windenergiesektor steht mit den sechs Konfliktdimensionen ein umfangreiches und wissenschaftlich fundiertes Modell zur Verfügung. Die Wichtigkeit, die die Befragten den Konfliktthemen zuschrieben, sowie die Konflikthaftigkeit der Themen werden während des Interviews über

einen standardisierten Fragebogen erhoben. Dieser kann aus forschungspragmatischen Gründen lediglich Herrn Dr. Köppel vorgelegt werden. Aus der Bewertung der Themen werden die Konflikttypen abgeleitet. Auch bei der Erhebung der Arbeitsprozesse im Bereich des Kommunikationsmanagements und bei den benötigten Kompetenzen kann auf empirisch erprobte Modelle zurückgegriffen werden. Die Ziele des Dialogforums sowie die persönlichen Hintergründe werden dagegen durch eine explorative Fragestellung abgefragt.

Zum Abschluss der Studie wird im August 2016 eine zweite Interviewrunde durchgeführt. Ihr Ziel ist ein vertiefender Einblick in die Thematik und die Erklärung der Ergebnisse der Onlinebefragung. Das Forschungsinteresse liegt dabei auf den Meinungen und Einschätzungen der BUND- und NABU-Mitglieder sowie der Projektierer. Die Beschränkung auf diese beiden Akteursgruppen resultiert zum einen aus den theoretischen Überlegungen, zum anderen aus den Ergebnissen der Interviews mit den Projektleitern des Dialogforums. So sind laut Dr. Martin Köppel die wichtigsten Akteure im Bereich des Naturschutzes die Projektierer, die Naturschutzverbände und die Behörden, wobei Letztere zur Konfliktbearbeitung vorrangig auf die eigenen Verwaltungsapparate zurückgreifen.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgt anhand der Teilnehmer der Onlinebefragung und durch Vermittlungsarbeit des Dialogforums. Interviewt werden jeweils zwei Mitglieder von NABU und BUND sowie zwei Projektierer. Alle sechs Interviewpartner können auf langjährige Erfahrung im Windenergiebereich zurückgreifen und haben bereits mit dem Dialogforum in Konfliktfällen zusammengearbeitet. Schwerpunkte des Interviewleitfadens stellen die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum sowie die Bewertung der Leistung und Kompetenzen des Angebots dar. Die verschiedenen Forschungsinteressen werden aus den Ergebnissen der Onlinebefragung extrahiert.

Zur Sicherung der Auswertungsobjektivität der leitfadengestützten Experteninterviews wird auf das Auswertungsverfahren der qualitativen Inhaltsanalyse zurückgegriffen. Dieses Vorgehen bietet sich an, da die explorative und systematisierende Informationsgenerierung Ziel der Untersuchung ist (vgl. Bogner et al., 2014, S. 72–75). Das benötigte Kategoriensystem wird aus den Forschungsfragen abgeleitet und orientiert sich an den Phasen des Managementzyklus des Kommunikationsmanagements (Abb. 10). Die drei Oberkategorien stellen folglich das Konfliktszenario, die Konfliktbearbeitung und die Konfliktlösung dar, die sich basierend auf den unterschiedlichen wissenschaftlichen Modellen nochmals in Unterkategorien aufteilen.

### **3.3 Inhaltsanalyse des Informationsmaterials**

Die Erstellung von Informationsbroschüren ist neben der Konfliktberatung ein separater Aufgabenbereich des Dialogforums und stellt derzeit eine nachrangige Tätigkeit des Dialogforums dar. Dennoch sind die Broschüren Teil der Konfliktpräventionsstrategie des Dialogforums (Dr. Martin Köppel, persönliches Interview, 27. April 2016) und daher relevant für die vorliegende Untersuchung. Zudem lassen sich mittels der Broschüren die öffentliche Kommunikation der Ziele, Schwerpunkte und Leistungen des Dialogforums analysieren.

Untersuchungsmaterial sind alle Publikationen des Dialogforums, die im Untersuchungszeitraum im Juni 2016 öffentlich zugänglich sind. Insgesamt handelt es sich dabei um acht Kommunikationsmaßnahmen: fünf Broschüren, ein Flyer und zwei Webseiten. Die Printpublikationen wurden zwischen November 2013 und November 2015 veröffentlicht und befassen sich mit jeweils spezifischen Bereichen des Windenergieausbaus.

Zur Datenerfassung der inhaltlichen und formalen Merkmale des vom Dialogforum zusammengestellten Informationsmaterials wird die wissenschaftliche Methode der quantitativen Inhaltsanalyse herangezogen. Dieses Vorgehen ermöglicht eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Textarten sowie eine Reduktion ihrer Komplexität (vgl. Früh, 2007, S. 42). Die Analyseeinheit stellt jeweils eine gesamte Kommunikationsmaßnahme dar. Analysiert werden alle Textpassagen abzüglich des Inhaltsverzeichnisses, des Impressums sowie angehängter Daten und Formulare. Ebenfalls keine Beachtung bei der Codierung finden Passagen, die nicht das Thema Energiewende, Windenergie oder verwandte Themen behandeln. Wiederkehrende Elemente auf Webseiten wie Teaser werden nur einmal codiert.

Insgesamt umfasst das Codebuch 15 Kategorien mit verschiedenen Unterkategorien (siehe Anhang). Neben formalen Kategorien wie dem Texttyp, dem Titel und dem Veröffentlichungsdatum, stellen vier der sechs Konfliktdimensionen, die aus der Theorie abgeleitet wurden, den ersten Schwerpunkt des Kategoriensystems dar. Die räumliche Dimension kann aufgrund der Allgemeingültigkeit der Broschüren für ganz Baden-Württemberg nicht erhoben werden. Die Konflikttypen werden dagegen direkt aus der Themenbewertung abgeleitet. Den zweiten Schwerpunkt bildet die Thematisierung des Dialogforums. Dabei liegt das Interesse der Untersuchung vor allem darin, ob Faktoren wie die Ziele, die Mitarbeiter, die Finanzierung, die Leistungen oder die Konfliktlösungsansätze des Dialogforums in dem Material thematisiert werden. Die Ziele und Konfliktlösungsansätze des Dialogforums werden zudem offen codiert, da hierbei nicht auf bestehende Modelle zurückgegriffen werden kann.

Wie bei den Experteninterviews mit den Projektleitern werden auch im Rahmen der Inhaltsanalyse die Kompetenzen des Dialogforums sowie die Grundregeln guter Kommunikation erhoben.

Um die Güte der Inhaltsanalyse sicher zu stellen, dienen sowohl die wissenschaftliche Literatur als auch die Ergebnisse der Experteninterviews mit den Mitarbeitern des Dialogforums als Basis für die Kategorien und Ausprägungen des Codebuchs. Die Interviews ermöglichen zudem, die Verständlichkeit und Relevanz der aus der Theorie entnommenen Kategorien sicherzustellen. Zur Überprüfung der Vollständigkeit und der Güte des Kategoriensystems wird das Messinstrument einem Pretest unterzogen. Dafür findet eine der fünf Informationsbroschüren Verwendung, die thematisch am umfassendsten ausgestaltet ist und daher die Überprüfung aller Kategorien erlaubt.

Tabelle 2: *Reliabilitäts-Koeffizient nach Holsti (1969)*

Variable	ICR nach Holsti
Variablen mit fester Ausprägung	1
Projektphase	1
Akteure	0,92
Themen	0,80
Kompetenzen	0,83
Kriterien	0,90
ICR der Häufigkeitsvariablen	0,86
ICR gesamt	0,88

Der Pretest dient ferner zur Messung der Intracoder-Reliabilität (ICR). Dafür wird das Material in gebührendem zeitlichem Abstand einer erneuten Codierung unterzogen und die Koeffizienten nach Holsti (1969) berechnet. Um die Zuverlässigkeit der Kategorien zu testen, die keine festen Ausprägungen aufweisen, sondern deren Häufigkeit erfasst wird, wird ein separater Reliabilitätswert berechnet. Alle Werte erreichen mindestens den in der Literatur geforderten Wert von 0,80 (vgl. Rössler, 2005, S. 192). Das Kategoriensystem für die Inhaltsanalyse des Informationsmaterials des Dialogforums hat folglich als reliabel zu gelten (Tab. 2).

### **3.4 Standardisierte Befragung der Akteure**

Neben der Erhebung der Ziele und der Arbeitsweisen des Dialogforums stellen die Analyse der Windenergiesituation in Baden-Württemberg und die Bewertung des Dialogforums durch die beratenen Akteure zwei weitere Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit dar. Beide Aspekte werden gemeinsam im Rahmen einer standardisierten Onlinebefragung erhoben.

Diese Methode bietet sich aufgrund der Größe und der regionalen Verteilung der Grundgesamtheit an (vgl. Brosius, Haas, & Koschel, 2016, S. 121). Die Befragung befindet sich vom 13. Juni bis zum 3. Juli 2016 im Feld. Ereignisse, die einen Einfluss auf die Güte der Befragungsergebnisse haben, können in diesem Zeitraum nicht festgestellt werden.

Für beide Forschungsaspekte wird jeweils eine eigene Grundgesamtheit definiert. Für die Analyse der Windenergiesituation in Baden-Württemberg bilden alle Mitglieder von BUND und NABU sowie die Projektierer die Grundgesamtheit, die seit 2014 in die Planung und Umsetzung von Windenergieprojekten in Baden-Württemberg involviert waren. Diese Beschränkung beruht wie im Falle der abschließenden Experteninterviews auf theoretischen Überlegungen und den Ergebnissen der Interviews mit den Projektleitern des Dialogforums. Die Grundgesamtheit des zweiten Forschungsinteresses stellen alle Akteure dar, welche die Beratungsleistung des Dialogforums seit 2014 in Anspruch nahmen. Beide Grundgesamtheiten haben eine große Schnittmenge, weswegen eine gemeinsame Befragung möglich ist.

Tabelle 3: Befragte Akteure nach Akteursgruppe und Kooperation mit dem Dialogforum

	Kontakte aus Projekten mit Dialogforum		Kontakte aus Projekten ohne Dialogforum	Gesamt
	Datensatz Dialogforum	Eigene Recherche	Eigene Recherche	
Projektierer	14	38	57	109
Lokale Umweltschützer	104	5	32	141
Sonstige	12	–	–	12
Gesamt	173 (aus 67 Projekten)		89 (aus 44 Projekten)	262 (aus 111 Projekten)

Bei den Akteuren, die mit dem Dialogforum zusammengearbeitet haben oder immer noch zusammenarbeiten, kann aufgrund der Kooperation mit NABU und BUND eine Vollerhebung durchgeführt werden. Der Datensatz des Dialogforums umfasst 130 Kontaktpersonen von 67 unterschiedlichen Windenergieprojekten. Den Großteil (104) stellen lokale Umweltschutzaktive. Lediglich 14 Projektierer sind Teil des Datensatzes. Zusätzlich werden fünf Mitglieder von Bürgerinitiativen, fünf Mitarbeiter von Behörden und zwei Bürger ohne Organisationszugehörigkeit angeschrieben (Tab. 3).

Der Datensatz von BUND und NABU wird, um die Gesamtsituation bezüglich des Windenergieausbaus in Baden-Württemberg zu erheben, durch eigene Recherchen ergänzt. Zunächst werden die Projekte, bei denen lediglich eine der beiden Akteursgruppen in Kontakt mit dem Dialogforum steht, durch den entsprechenden Gegenpart ergänzt. Die Recherche der übrigen Projekte, bei denen es nicht zu einer Zusammenarbeit mit dem Dialogforum



kam, erfolgt anhand öffentlich zugänglicher Listen von bestehenden Windenergieanlagen, anhand des Regionalplan-Windenergie des Verbands Region Stuttgart, anhand von Informationen der beiden Interessenverbände BWE und FA Wind sowie anhand von Informationen von Seiten der Betreiber und Projektierer. Diese Art der Recherche ist notwendig, da die Planungen von Windenergieprojekten nicht zentral erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Die lokalen Umweltschutzaktiven werden über die Webseiten von NABU und BUND recherchiert. Auf diese Weise können 132 weitere Kontaktpersonen identifiziert werden (Tab. 3). Aufgrund der Rechercheweise kann in diesem Bereich nicht von einer Vollerhebung ausgegangen werden.

Insgesamt werden 262 Akteure von 111 Projekten für die Befragung angeschrieben, darunter 109 Projektierer und 141 Naturschutzaktive. Ein Vergleich zwischen der Anzahl der Projekte und den Angaben des Umweltministeriums (vgl. UMBW, 2015, S. 22–25) lässt den Schluss zu, dass sich die vorliegende Studie zu einem großen Teil mit den derzeit in der Planung befindlichen Windenergieprojekten in Baden-Württemberg deckt.

Abbildung 11: Verteilung der Befragungsteilnehmer auf Akteursgruppen (n=105)

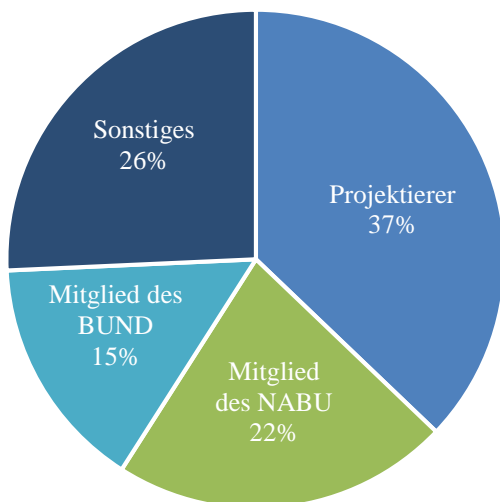
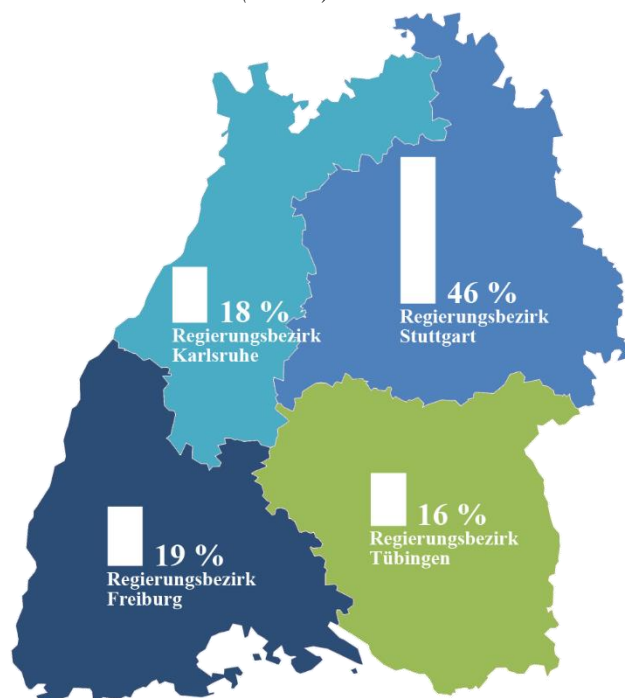


Abbildung 12: Verteilung der Befragungsteilnehmer auf die Regierungsbezirke (n=104)



An der Befragung teilgenommen haben 105 Personen, die sich zu gleichen Teilen aus Projektierern (37 %) und Verbandsmitgliedern<sup>1</sup> (37 %) zusammensetzen (Abb. 11). Unter Letzteren finden sich 22 Prozent NABU-Mitglieder und 15 Prozent BUND-Mitglieder.

<sup>1</sup> Die zusammengefügte Gruppe aus BUND- und NABU-Mitgliedern wird im Folgenden als die Gruppe der Verbandsmitglieder bezeichnet.

26 Prozent der Teilnehmer rechnen sich sonstigen Gruppen zu. Darunter sind Mitglieder von Bürgerinitiativen sowie Akteure des Energiesektors und Naturschutzaktive, die nicht Mitglieder von BUND oder NABU sind. Der hohe Anteil an Teilnehmern, die den sonstigen Akteursgruppen zuzuordnen sind, ist auf die Weiterverteilung des Fragebogens durch die angeschriebenen Personen zurückzuführen.

Fast die Hälfte der Teilnehmer (46 %) ist oder war mit einem Windenergieprojekt betraut, das im Regierungsbezirk Stuttgart verortet ist (Abb. 12). Damit deckt sich die Verteilung der Projekte mit den Angaben des Umweltministeriums Baden-Württemberg, wonach sich der Großteil der Anlagen im Nord-Osten des Bundeslandes befindet (vgl. UMBW, 2015, S. 25). Auch wenn die Befragung nicht als repräsentativ gelten kann, zeichnet sie aufgrund der Zusammensetzung der Teilnehmer ein umfangreiches Bild der Windenergiesituation in Baden-Württemberg. Knapp die Hälfte der Befragten hat in der Vergangenheit bereits mit dem Dialogforum zusammengearbeitet oder steht aktuell im Kontakt mit dem Forum (47 %). Davon nahmen 18 Befragte die Konfliktberatung in Anspruch, 15 Personen haben Vorträge oder Informationsveranstaltungen des Dialogforums besucht und sieben Personen wurden einmalige Anfragen durch das Dialogforum beantwortet.

Der Fragebogen besteht den beiden Forschungsinteressen folgend aus zwei Abschnitten. Im ersten Teil werden neben der Position der Befragten und ihrer Beteiligung bei Windenergieprojekten fünf der sechs Konfliktdimensionen abgefragt. Wie auch bei den Experteninterviews mit den Projektleitern des Dialogforums werden die Konfliktthemen nach ihrer Wichtigkeit und Konflikthaftigkeit bewertet und im Anschluss den vier Konflikttypen zugeordnet. Über Filter, welche die Bekanntheit und die Zusammenarbeit der Befragten mit dem Dialogforum abfragen, gelangen die Teilnehmer je nach Kooperationsart entweder zum zweiten Abschnitt oder zum Ende des Fragebogens. Neben der Art der Zusammenarbeit mit dem Dialogforum thematisiert der zweite Teil des Fragebogens die zehn Grundregeln guter Kommunikation der VDI (2014). Dafür werden die Regeln auf die Arbeit des Dialogforums übertragen und durch die Zielvorgaben des Dialogforums, die in den Interviews genannt werden, ergänzt. Darüber hinaus werden sechs Kompetenzen des Dialogforums abgefragt, die ebenfalls aus der Literatur und den Experteninterviews abgeleitet werden. Der Fragebogen schließt mit einer allgemeinen Bewertung des Dialogforums, die sowohl standardisiert als auch offen erfolgt.

Um die Güte des Fragebogens gewährleisten zu können, wird auf einen hohen Standardisierungsgrad der Fragen geachtet. Der Großteil der Fragen basiert auf Forschungen zur Windenergie und der Konfliktbearbeitung. Zudem werden die einzelnen Konstrukte im Rahmen der Interviews mit den Projektleitern des Dialogforums auf ihre Konsistenz und Verständlichkeit hin überprüft. Ein Pretest des Fragebogens ist nicht möglich, da alle potentiellen Akteure für die eigentliche Befragung relevant sind. Um trotzdem Befragungseffekten vorzubeugen, werden wenn möglich die Antwortoptionen randomisiert.

Zur Bereinigung des Datensatzes werden alle Teilnehmer entfernt, die weniger als fünf Minuten für die Beantwortung des Fragebogens benötigt haben oder bei denen es während des ersten Abschnittes zu einem Abbruch der Teilnahme kam. Bei diesen Teilnehmern besteht theoretisch die Möglichkeit, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt den vollständigen Fragebogen beantwortet haben. Zudem werden alle Personen ausgeschlossen, bei denen die Inbetriebnahme des Windenergieprojekts vor 2014 erfolgte. Die Güte von Aussagen zu solchen Windenergieprojekten ist aufgrund der großen Zeitspanne nicht gewährleistet. Als letztes werden diejenigen Daten bearbeitet und entfernt, die nicht plausibel erscheinen oder fehlerhaft sind.

## **4. Ergebnisse**

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU stellt laut Aussage der Projektleiter ein etabliertes Projekt dar, das in vielen Fällen zur Versachlichung von Konfliktfällen im Bereich der Windenergie beitragen konnte. Wie die Konfliktbearbeitung funktioniert und wie ihr Erfolg einzuschätzen ist, steht im Zentrum der vorliegenden Forschungsarbeit.

### **4.1 Konfliktanalyse**

Die Bearbeitung von Konfliktfällen im Windenergiebereich ist entscheidend von der Ausgangssituation abhängig, die wiederum von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst wird. Anhand von sechs Konfliktdimensionen (Tab. 1) ist es möglich, die Windenergiesituation in Baden-Württemberg aus Sicht der Projektierer und der Naturschutzaktiven systematisch zu erheben.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Alle folgenden Aussagen zur Windenergiesituation in Baden-Württemberg beziehen sich auf die Ergebnisse der Onlinebefragung.

## Zeitliche Dimension

Baden-Württemberg ist ein Bundesland, das erst vergleichsweise spät den Windenergieausbau forciert hat. Der Kurswechsel im Rahmen des Regierungswechsels 2011 schlägt sich in den Planungszeiträumen nieder. Deutlich lässt sich ein Anstieg der Planungsprozesse in den Folgejahren verzeichnen (Abb. 13). 22 Windenergieprojekte und damit fast ein Drittel aller untersuchten Projekte haben im Jahr 2012 ihren Ursprung gefunden. An das Netz angeschlossen werden soll der Großteil der Anlagen in den Jahren 2016 und 2017. Den Befragten zufolge dauert der Planungsprozess durchschnittlich 5,06 Jahre ( $n=53$ ,  $SD=3,15$ ). Die hohe Standardabweichung lässt sich auf zwei Projekte zurückführen, deren Planung seit mehr als zehn Jahren andauert. Zwischen den Angaben der Projektierer und den Angaben der Verbandsmitglieder finden sich hinsichtlich dieses Aspektes keine signifikanten Unterschiede.

Abbildung 13: Anzahl der Planungsstarts und (voraussichtlichen) Inbetriebnahmen von Windenergieanlagen in der Onlinebefragung

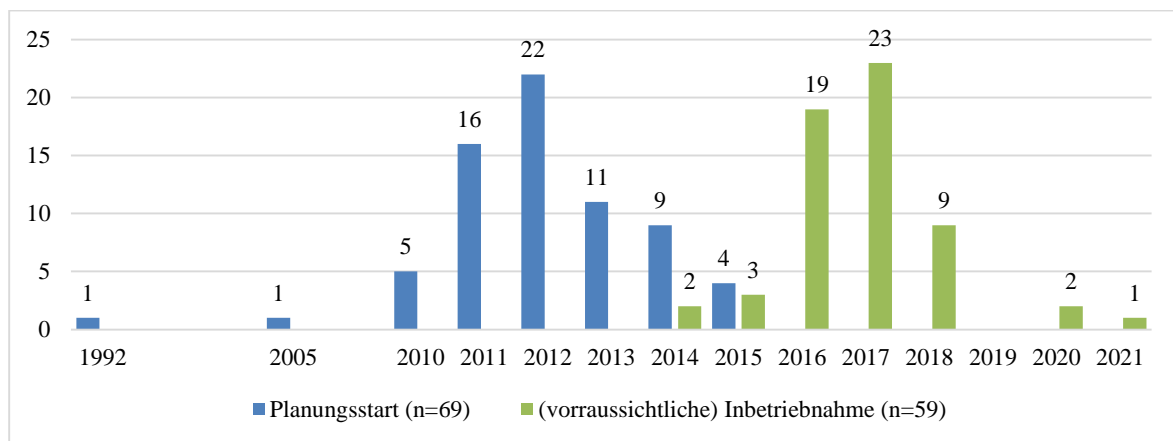


Abbildung 14: Absolute Häufigkeit der Nennungen der Projektphasen in der Onlinebefragung (n=76)

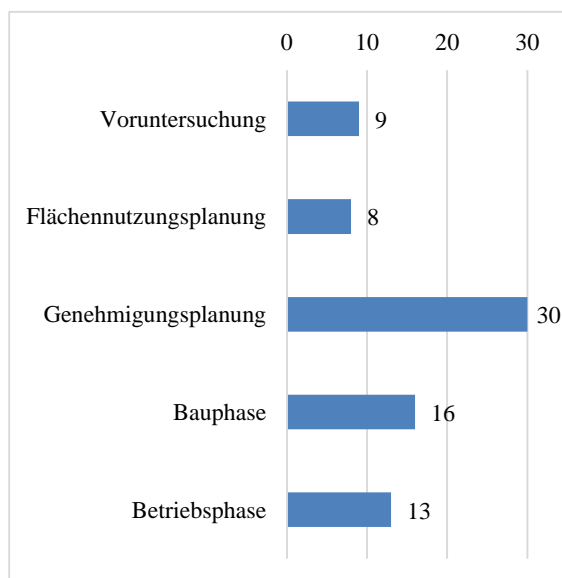
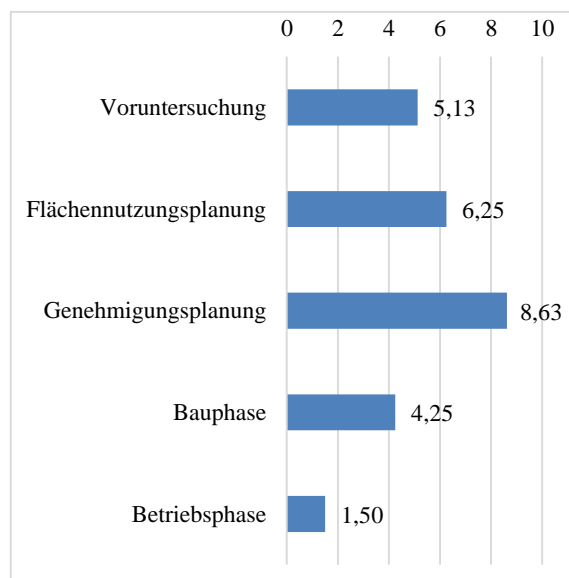


Abbildung 15: Durchschnittliche Nennungen der Projektphasen in den Informationsmaterialien (n=8)



Mit 30 Befragten gibt der Großteil an, dass ihr Projekt derzeit die Genehmigungsplanung durchläuft (Abb. 14). Die Vorhaben von 29 Befragten befinden sich aktuell im Bau oder sind bereits fertiggestellt. Damit bestätigt sich die Einschätzung des Umweltministeriums Baden-Württemberg, dass derzeit eine Vielzahl an Windenergieanlagen geplant und gebaut wird (vgl. UMBW, 2015, S. 22–25). Dass die Mehrzahl der Windenergieprojekte sich derzeit in der Genehmigungsplanung befindet, deckt sich auch mit den Aussagen der Projektleiter des Dialogforums. Bis vor eineinhalb Jahren lag der Schwerpunkt noch auf der Flächennutzungsplanung. Das erklärt die häufige Thematisierung dieser beiden Projektphasen in den Informationsmaterialien (Abb. 15), die zu großen Teilen bereits zu Beginn des Projekts angefertigt wurden.

### Räumliche Dimension

Räumlich sind 46 Prozent der Anlagen in Baden-Württemberg im Regierungsbezirk Stuttgart verortet (Abb. 12). Die Studie bestätigt die Einschätzung von Byzio und Kollegen (2002, S. 351), dass heute nur noch selten einzelne Windenergieanlagen aufgestellt werden (Abb. 16). In mehr als der Hälfte der Fälle handelt es sich um Projekte mit vier bis zehn Anlagen. Windparks mit mehr als zehn Anlagen werden in Baden-Württemberg selten geplant und umgesetzt. Trotz der Größe der Projekte ist in den meisten Fällen nur eine Gemeinde betroffen (Abb. 17). Dass mehr als drei Gemeinden in ein Windenergieprojekt involviert sind, tritt in weniger als einem Viertel der Fälle auf. Auch in der räumlichen Dimension gleichen sich Projektierer und Verbandsmitglieder stark. Daraus lässt sich schließen, dass die Befragungsteilnehmer homogen über die Windenergieprojekte in Baden-Württemberg verteilt sind, was die Aussagekraft der Ergebnisse stärkt.

Abbildung 16: Anzahl der Anlagen in der Onlinebefragung (n=78)

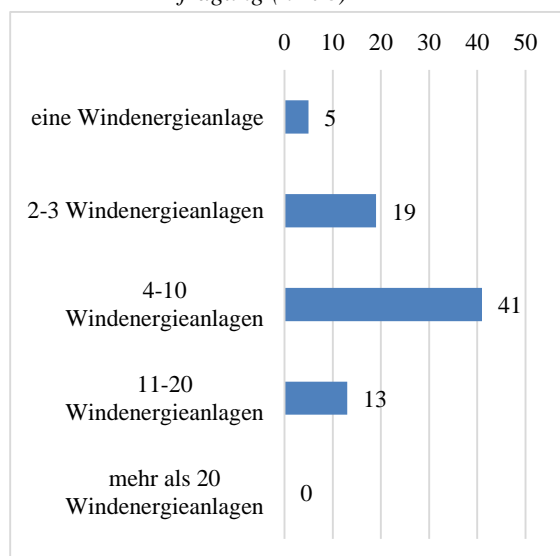
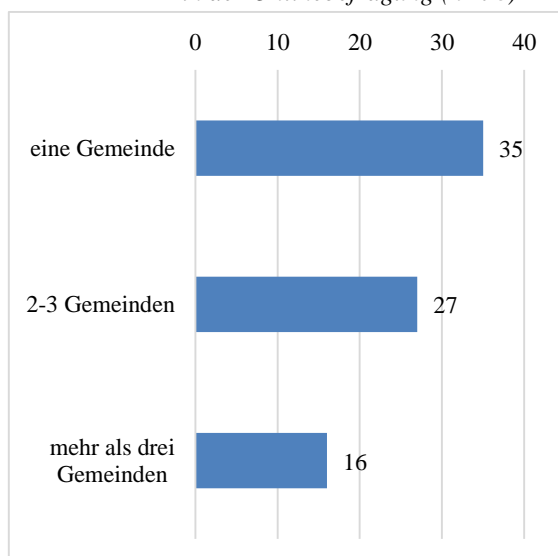


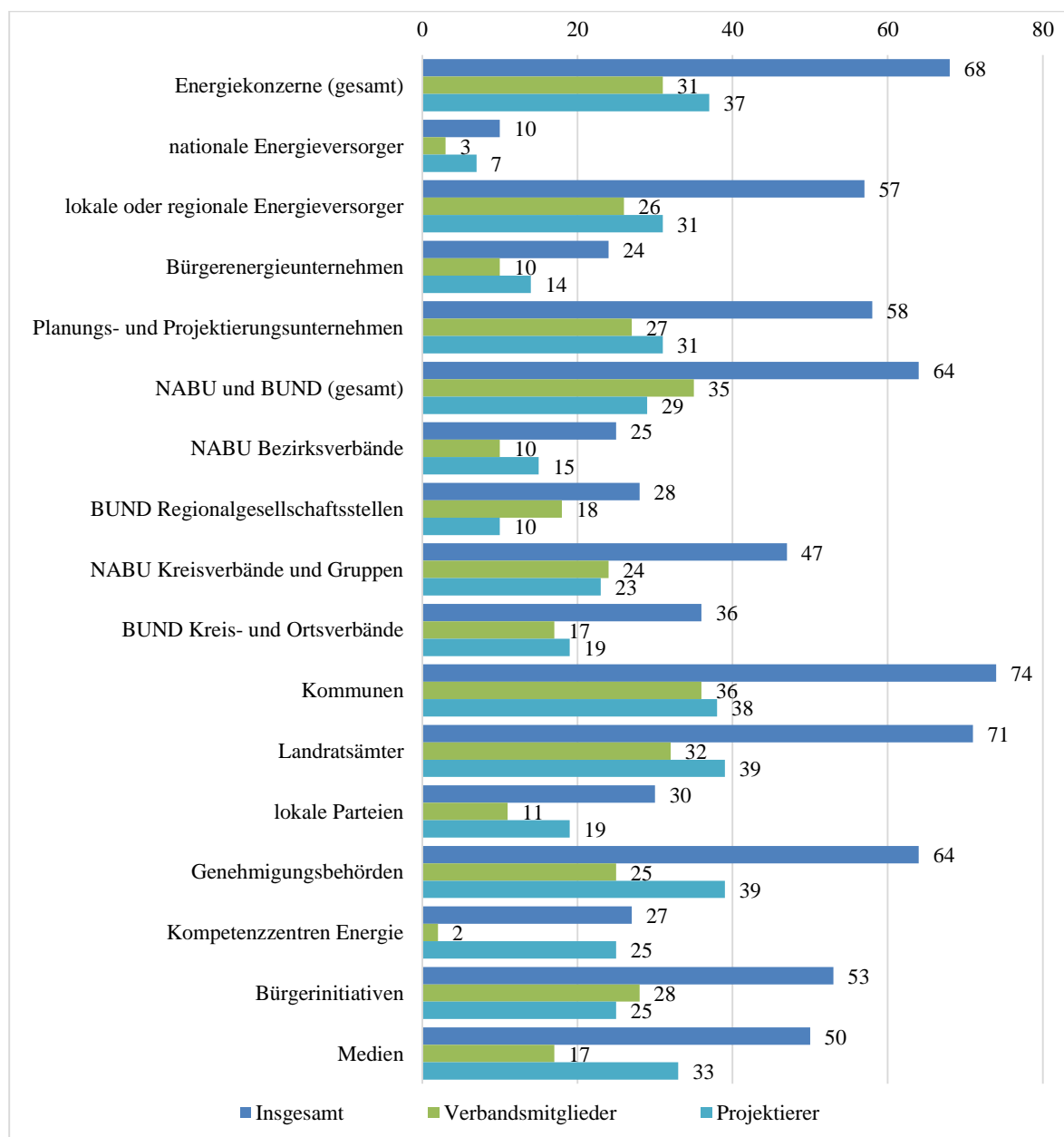
Abbildung 17: Anzahl der betroffenen Gemeinden in der Onlinebefragung (n=78)



Die Vielfalt der Größe und räumlichen Ausdehnung der Projekte spiegelt sich laut der Projektleiter des Dialogforums auch in den bearbeiteten Fällen wider. Die Anzahl der Windenergieanlagen variiert stark und liegt laut Marquardt „zwischen eins und 16 [Anlagen]“. Momentan gehe es aber nach Einschätzung von Köppel „vor allem um größere Windparks.“ Auch bei der Anzahl der betroffenen Gemeinden zeigt sich ein heterogenes Bild. Marquardt erklärt, dass auch Beratungsfälle bearbeitet werden, „wo dann drei bis vier Gemeinden mit in der Abstimmung waren.“ Dieser Fall stellt aber nicht die Regel dar. Folglich deckt sich auch in diesem Punkt das Bild des Dialogforums mit der Gesamtsituation in Baden-Württemberg.

### Akteure

Abbildung 18: In der Onlinebefragung genannte Akteure bei Windenergieprojekten (n=78)



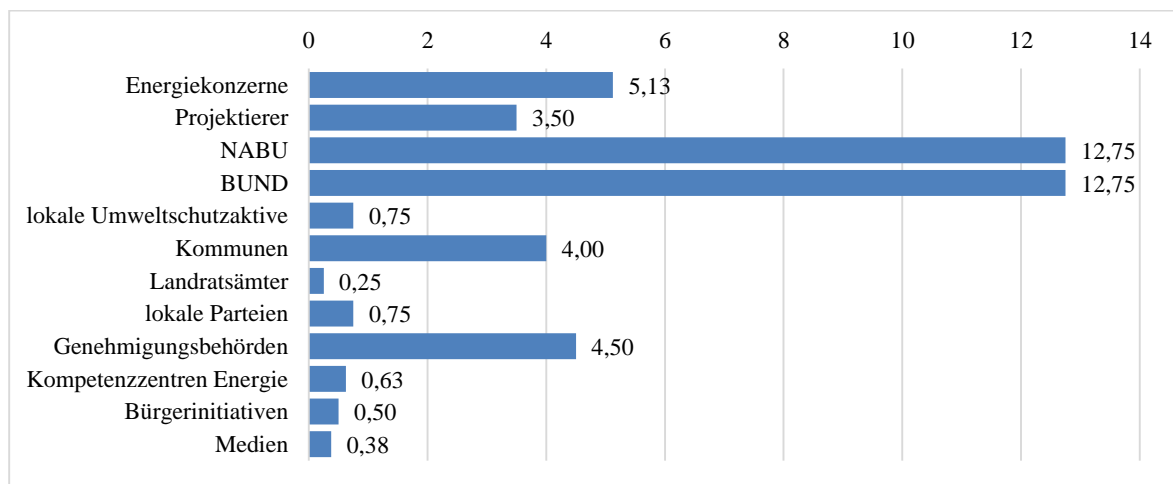
Die Planung von Windenergieprojekten in Baden-Württemberg verläuft häufig als Prozess zwischen Verwaltungsbehörden und Energieunternehmen (Abb. 18). Bei 74 Befragten sind kommunale Behörden involviert, bei 71 Befragten Landratsämter und bei 64 Befragten Genehmigungsbehörden. Im Falle der Energiekonzerne spielen vor allem lokale oder regionale Unternehmen eine entscheidende Rolle (57 Nennungen), während Bürgerenergieunternehmen (24 Nennungen) und nationale Energieversorger (10 Nennungen) deutlich seltener bei den in der Studie vertretenen Windenergieprojekten in Baden-Württemberg beteiligt sind. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Erkenntnis von Mautz und Kollegen (2008), dass bürgerschaftliches Engagement im Windenergiesektor nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Planungs- und Projektierungsunternehmen werden 58 Mal von Befragten genannt, wobei bedacht werden muss, dass in vielen Fällen die Projektplanung von den Energiekonzernen übernommen wird. Die Naturschutzverbände NABU und BUND werden ebenfalls von drei Viertel der Befragten angeführt (64 Nennungen). Dabei sind bzw. waren in 47 Fällen die Kreisverbände und Gruppen vom NABU und in 36 Fällen die Kreis- und Ortsverbände vom BUND beteiligt. Die Regionalgesellschaftsstellen des BUND (28 Nennungen) sowie die Bezirksverbände des NABU (25 Nennungen) werden deutlich seltener angeführt. Zu den wichtigen Akteuren zählen ferner Bürgerinitiativen (53 Nennungen) und die Medien (50 Nennungen). Von geringer Bedeutung sind die lokalen Parteien (30 Nennungen) und die Kompetenzzentren Energie bei den Regierungspräsidien (27 Nennungen). Als sonstige Akteure werden von den Befragten weitere Naturschutzverbände und -gruppierungen, die unorganisierte Öffentlichkeit, die Deutsche Flugsicherung und weitere Flugvereinigungen sowie Berater und Gutachter erwähnt. Keine dieser Gruppen findet jedoch häufiger als drei Mal Erwähnung.

Der Vergleich zwischen den Angaben der Projektierer und denen der Verbandsmitglieder zeigt ein beinahe identisches Bild. Signifikante Zusammenhänge zwischen den befragten Gruppen lassen sich lediglich bei den Kompetenzzentren Energie ( $\chi^2(1, N=78)=0,78, p<.001$ ) und bei den Medien ( $\chi^2(1, N=78)=0,78, p<.001$ ) nachweisen. Beide Akteure werden von den Verbandsmitgliedern deutlich seltener genannt als von den Projektierern. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder von BUND und NABU aufgrund ihrer monothematischen Ausrichtung weniger in Kontakt zu diesen verfassten Akteuren stehen als die Projektierer, die in stärkerem Maße gezwungen sind mit allen Akteuren des Windenergieausbaus zu kooperieren.

Aus Sicht der Projektleiter des Dialogforums liegt bei Windenergiekonflikten eine Vielzahl an wichtigen Akteuren vor. Die Liste der Akteure reicht von Verwaltungsbehörden und Regierungspräsidien über Kommunen und lokale Politiker bis zu den Bürgern in einer Gemeinde. „Wenn es um Konflikte im Genehmigungsverfahren bezüglich des Artenschutzes geht, dann sind vor allem Projektierer, Behörden und Naturschutzverbände [zentrale Akteure],“ so Köppel.

Abbildung 19: Durchschnittliche Häufigkeit der Nennung von Akteuren in den Informationsmaterialien (n=8)



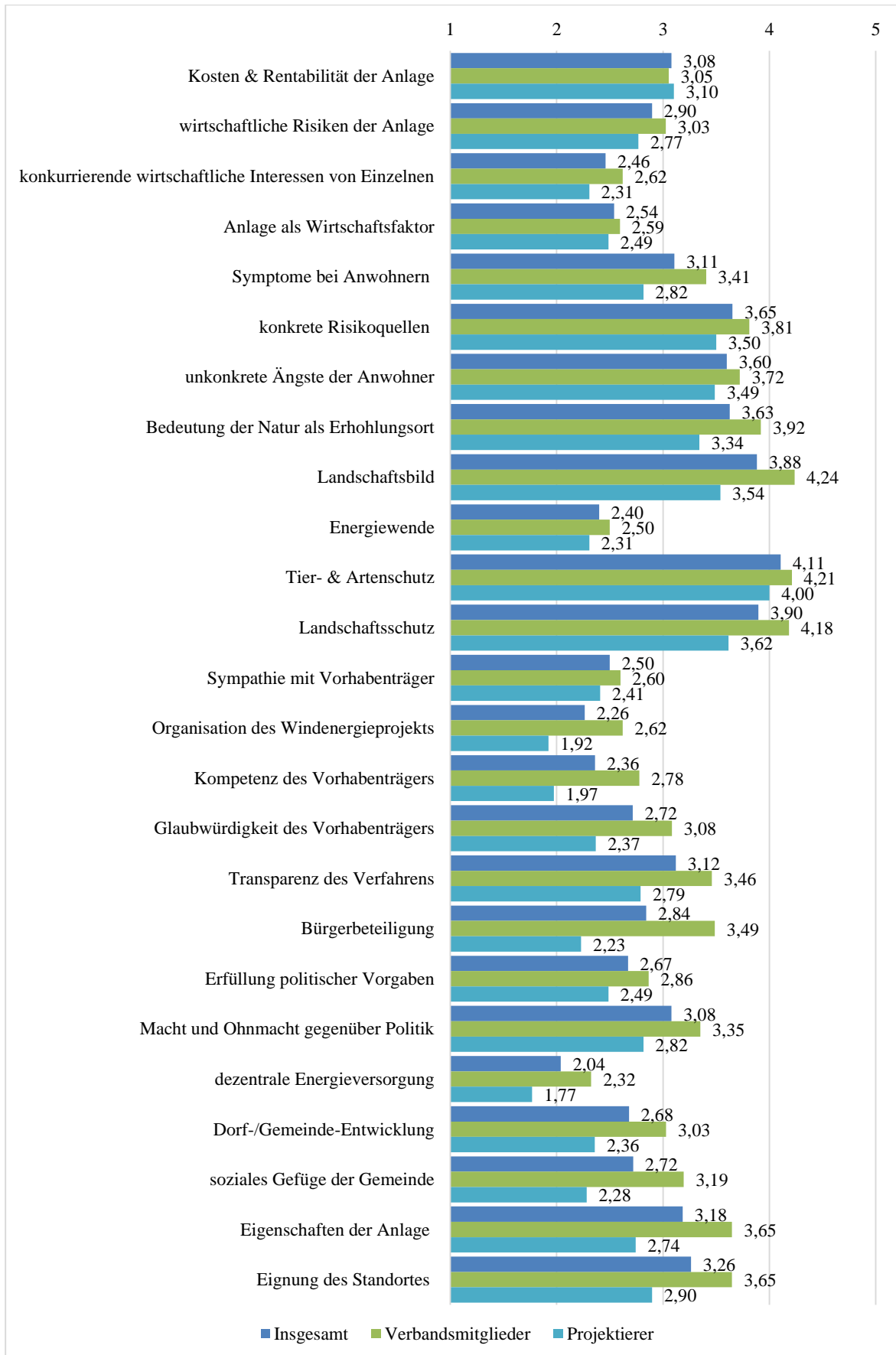
Dieser Fokus zeigt sich auch in den Informationsmaterialien des Dialogforums (Abb. 19). Dabei fällt auf, dass sich die Verbände oft selbst thematisieren (jeweils 102 Nennungen), die lokalen Umweltschutzaktiven dagegen nur eine untergeordnete Rolle spielen (21 Nennungen). Ebenfalls überraschend ist, dass das Dialogforum in seinen Kommunikationsmaßnahmen nur selten auf Bürgerinitiativen (4 Nennungen), Medien (3 Nennungen) und Landratsämter (2 Nennungen) eingeht, obwohl diese Akteure sehr häufig in die Planung und den öffentlichen Diskurs bei Windenergieprojekten in Baden-Württemberg involviert sind.

### Themen

Bei Windenergieprojekten wird eine Vielzahl an Themen kontrovers diskutiert (Abb. 20). Aus Sicht der Befragten stellt der Tier- und Artenschutz das Thema dar, das die Öffentlichkeit am stärksten spaltet ( $M=4,11$ ,  $SD=1,08$ ). Darauf folgen Landschaftsschutz ( $M=3,90$ ,  $SD=1,08$ ) und Landschaftsbild ( $M=3,88$ ,  $SD=1,11$ ). Die Befragung zeigt folglich, dass die Natur und ihr Schutz zentrale Konfliktthemen bei Windenergieanlagen darstellen. Als wenig konflikthaft gelten den Befragten die dezentrale Energieversorgung ( $M=2,04$ ,  $SD=0,92$ ), die Organisation des Windenergieprojekts ( $M=2,26$ ,  $SD=1,06$ ) und die Kompetenz des Vorhabenträgers ( $M=2,36$ ,  $SD=1,06$ ). Auch über die Energiewende herrscht ein breiter Konsens ( $M=2,40$ ,  $SD=1,14$ ).



Abbildung 20: *Konflikthaftigkeit der Themen in der öffentlichen Diskussion in der Onlinebefragung (n=78; 1=überhaupt nicht konflikthaft; 5=sehr konflikthaft)*



Der Vergleich der Angaben von Projektierern und Verbandsmitgliedern zeigt, dass letztere einige Themen als konfliktbehafteter einschätzen als die Projektierer (Tab. 4). So schätzen die Verbandsmitglieder die Organisation des Windenergieprojekts signifikant häufiger als konflikthaft ein als die Projektierer ( $t(74)=-3.01, p=.004$ ). Ähnlich verhält es sich bei der Kompetenz ( $t(73)=-3.52, p=.001$ ) und der Glaubwürdigkeit ( $t(72)=-2.89, p=.005$ ) der Vorhabenträger. Die Projektierer sehen folglich das eigene Aufgabenfeld und Auftreten seltener als Grund für öffentliche Konflikte an.

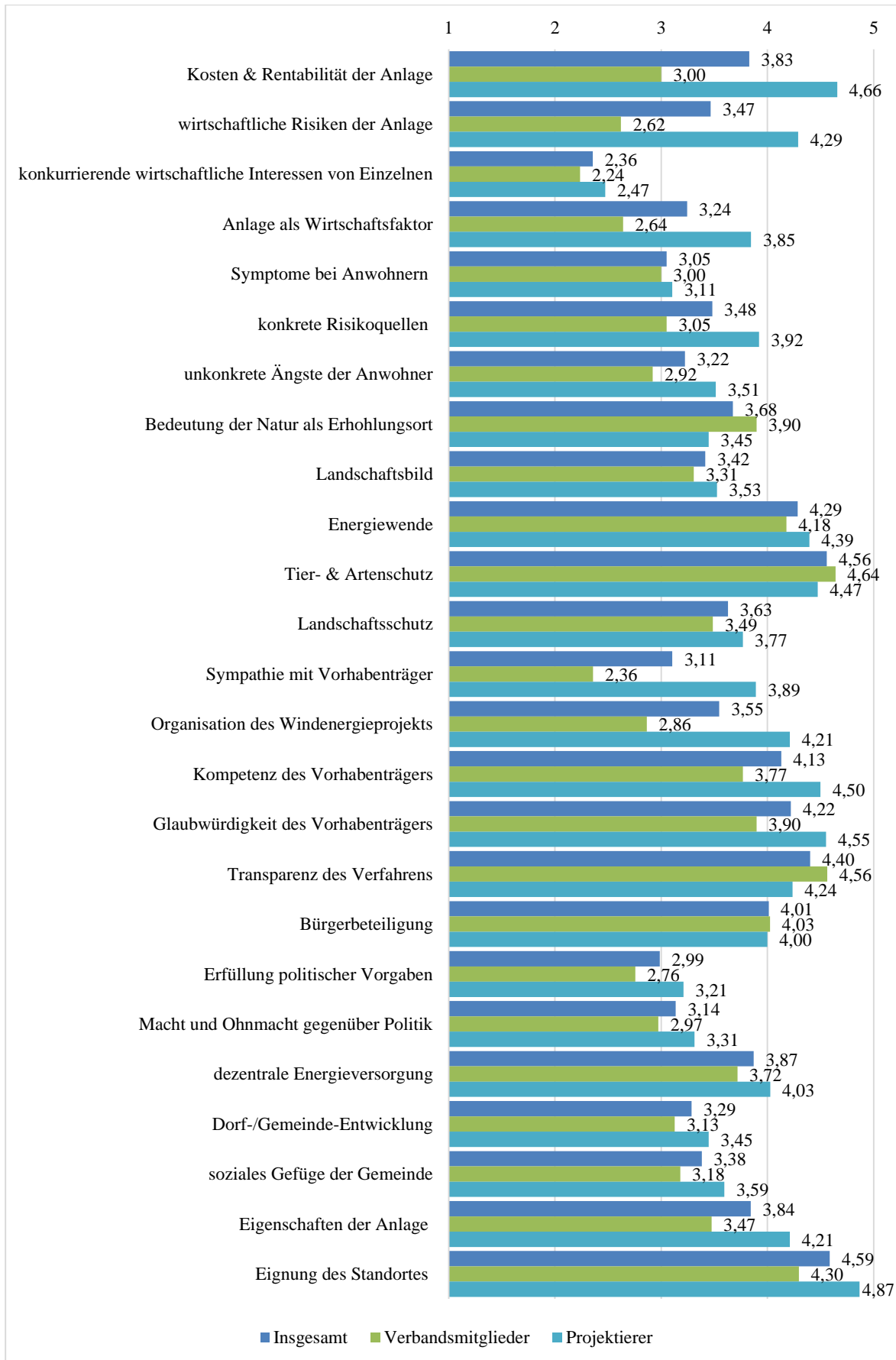
Tabelle 4: Mittelwertvergleich konflikthafter Themen zwischen den Akteursgruppen der Onlinebefragung ( $n=78, 1=$ überhaupt nicht konflikthaft,  $5=$ sehr konflikthaft)

	Verbandsmitglieder		Projektierer	
	M	SD	M	SD
Mensch & Kommunikation				
Organisation des Windenergieprojekts	2,62	1,09	1,92	0,93
Kompetenz des Vorhabenträgers	2,78	0,99	1,97	0,99
Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers	3,08	1,05	2,37	1,08
Politik				
Bürgerbeteiligung	3,49	1,07	2,23	1,29
Stadt & Region				
Dorf-/Gemeinde-Entwicklung	3,03	1,18	2,36	0,93
soziales Gefüge	3,19	1,26	2,28	0,97
Technik				
Eigenschaften der Anlage	3,65	1,09	2,74	0,99
Eignung des Standortes	3,65	1,14	2,90	1,37
Politik				
Macht und Ohnmacht gegenüber der Politik	3,35	1,25	2,82	1,06

Ebenfalls signifikante Unterschiede zeigen sich in den Themenfeldern Dorf-/Gemeinde-Entwicklung ( $t(73)=-2.73, p=.008$ ) und soziales Gefüge ( $t(73)=-3.53, p=.001$ ). Beide Themen werden von den Verbandsmitgliedern für konflikthafter eingeschätzt als von den Projektierern. Auch in der Themendimension Politik lassen sich solche Unterschiede feststellen. Sowohl der Macht und Ohnmacht gegenüber der Politik ( $t(73)=-2.00, p=.049$ ) als auch der Bürgerbeteiligung ( $t(74)=-4.61, p<.001$ ) wird von den Verbandsmitgliedern ein signifikant höheres Konfliktpotential zugeschrieben als von den Projektierern. Gründe für diese Ergebnisse der Studie sind wohl darin zu sehen, dass die Verbandsmitglieder stark in der Bürgerschaft verwurzelt sind.

Die letzten Themenbereiche, in denen sich signifikante Unterschiede zeigen, stellen die Eignung des Standortes ( $t(74)=-2.59, p=.011$ ) und die Eigenschaften der Anlage ( $t(74)=-3.80, p<.001$ ) dar. Beide Themen werden ebenfalls von den Verbandsmitgliedern als größere Konflikttreiber angesehen als von den Projektierern. Eine mögliche Erklärung für letzteren Zusammenhang liegt in der unterschiedlichen Bewertung der Wichtigkeit.

Abbildung 21: Wichtigkeit der Themen in der Onlinebefragung (n=78, 1=überhaupt nicht wichtig, 5=sehr wichtig)



Wie stark einzelne Themen in der öffentlichen Diskussion zu Windenergieprojekten dominieren, hängt auch davon ab, wie wichtig die Themen für die Akteure selbst ausfallen. Projektierer und Verbandsmitglieder zeigen in der vorliegenden Studie Parallelen, gleichzeitig aber auch eindeutige Unterschiede in ihrer Bewertung der Themen (Abb. 21). Für die Projektierer ist die Eignung des Standortes der wichtigste Faktor bei der Planung einer Windenergieanlage ( $M=4,87$ ,  $SD=0,34$ ). Auf diesen folgen die Kosten und die Rentabilität der Anlage ( $M=4,66$ ,  $SD=0,58$ ) sowie die Glaubwürdigkeit ( $M=4,55$ ,  $SD=0,60$ ) und die Kompetenz ( $M=4,50$ ,  $SD=0,69$ ) des Vorhabenträgers. Auf Platz fünf wird der Tier- und Artenschutz ( $M=4,47$ ,  $SD=0,63$ ) genannt, knapp vor der Energiewende ( $M=4,39$ ,  $SD=1,00$ ). Damit zeigt sich, dass für die Projektierer neben den technischen und wirtschaftlichen Aspekten auch der Umweltschutz wesentlich ist. Diese Ergebnisse der Studie decken sich mit den Erkenntnissen aus den Experteninterviews. Ein Projektierer nennt als besondere Schwierigkeit beim Windenergieausbau die „herausfordernde[n] Flächen“ in Baden-Württemberg, welche die Projekte „einfach [ein] bisschen kostenintensiver machen“ und ergänzt, dass auch „die Akzeptanzthematik eine größere Bedeutung gewinnt.“ Ein anderer Projektierer erklärt, dass seiner Meinung nach die „naturschutzrechtliche Fragestellung“ eine besondere Herausforderung bei der Planung der Projekte darstellt. Für eher unwichtig halten die Projektierer die konkurrierenden wirtschaftlichen Interessen von Einzelnen ( $M=2,47$ ,  $SD=1,13$ ).

Auch die Verbandsmitglieder schätzen die wirtschaftlichen Einzelinteressen als eher unwichtig ein ( $M=2,24$ ,  $SD=1,28$ ). Daneben messen sie der Sympathie mit den Vorhabenträgern eher geringe Bedeutung bei ( $M=2,36$ ,  $SD=1,04$ ). Das bedeutendste Thema für die Verbandsmitglieder stellt der Tier- und Artenschutz dar ( $M=4,64$ ,  $SD=0,63$ ), knapp gefolgt von der Transparenz des Verfahrens ( $M=4,56$ ,  $SD=0,60$ ) und der Eignung des Standortes ( $M=4,30$ ,  $SD=0,91$ ). Mit der Energiewende wird ein zweites Thema aus dem Bereich des Naturschutzes als eher wichtig eingeschätzt ( $M=4,18$ ,  $SD=1,10$ ). Die beiden Umweltschutzthemen dominieren auch in den Experteninterviews. Für alle befragten Verbandsmitglieder ist „das größte Thema [...] eigentlich der Artenschutz.“ Daneben sei aber auch der Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung wichtig, „den [wir] nicht schaffen ohne die Windenergie.“ Die Ergebnisse zeigen, dass es mit dem Umweltschutz ein Anliegen gibt, das sowohl für die Verbandsmitglieder als auch die Projektierer von Bedeutung ist.

Neben den Parallelen zwischen den beiden Akteursgruppen sind auch Unterschiede vorhanden (Tab. 5). Auffällig ist der Umstand, dass einige Themen den Projektierern deutlich wichtiger sind als den Verbandsmitgliedern. Am plausibelsten erscheint dabei der signifikante Unterschied bei der Bewertung der wirtschaftlichen Bedeutung der Windenergieanlage

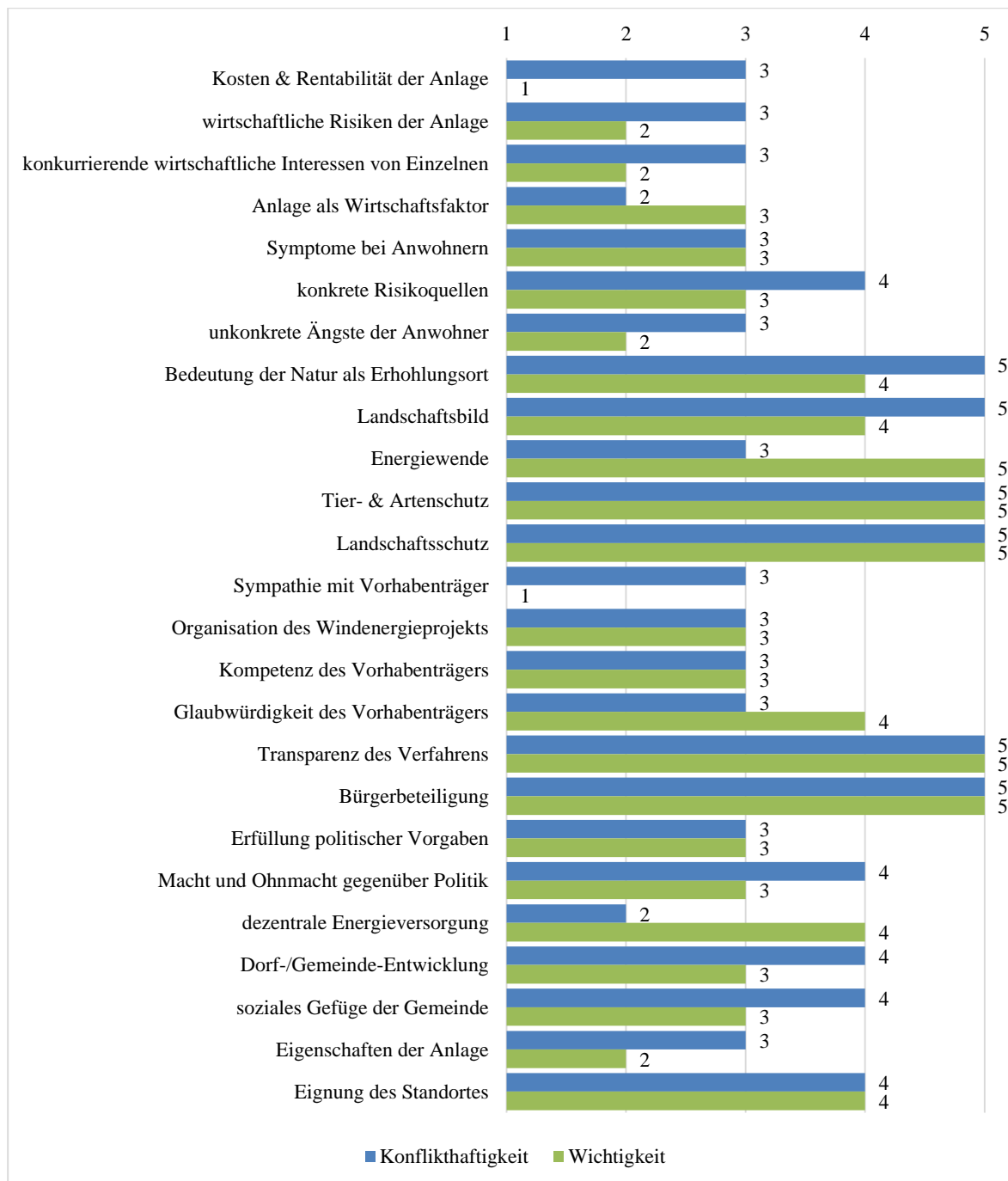
( $t(78)=5.47, p<.001$ ). Dieser lässt sich mit der vorwiegend wirtschaftlichen Denkweise der Projektierer erklären. Auch der Bereich Mensch und Kommunikation umfasst viele Aspekte, die für die Arbeit der Projektierer wichtig sind. Daher ist nachvollziehbar, warum sich bei der Sympathie mit dem Vorhabenträger ( $t(74)=6.66, p<.001$ ), der Kompetenz der Vorhabenträger ( $t(75)=3.76, p<.001$ ) und der Glaubwürdigkeit der Vorhabenträger ( $t(75)=3.30, p=.001$ ) signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen zeigen. Die Transparenz des Verfahrens ist dagegen den Verbandsmitgliedern signifikant wichtiger als den Projektierern ( $t(75)=-2.18, p=.032$ ). Dieses Ergebnis zeigt, dass die Projektierer im Bereich Kommunikation auf das eigene Auftreten fokussiert sind, während den Verbandsmitgliedern der Prozess an sich substanziell erscheint.

Tabelle 5: Mittelwertvergleich der Themenwichtigkeit nach Akteursgruppen der Onlinebefragung ( $n=78$ , 1=überhaupt nicht wichtig, 5=sehr wichtig)

	Verbandsmitglieder		Projektierer	
	M	SD	M	SD
<b>Wirtschaft</b>				
Anlage als Wirtschaftsfaktor	2,64	1,06	3,85	0,88
<b>Belastung des Individuums</b>				
unkonkrete Ängste der Anwohner	2,92	1,32	3,51	1,05
Bedeutung der Natur als Erholungsort	3,90	0,97	3,45	0,89
<b>Mensch &amp; Kommunikation</b>				
Sympathie mit dem Vorhabenträger	2,36	1,04	3,89	0,97
Kompetenz des Vorhabenträgers	3,77	0,99	4,50	0,69
Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers	3,90	1,07	4,55	0,62
Transparenz des Verfahrens	4,56	0,60	4,24	0,71
<b>Technik</b>				
Eigenschaften der Anlage	4,21	0,91	3,47	0,98

Den Verbandsmitgliedern ist ferner die Bedeutung der Natur als Erholungsort signifikant wichtiger als den Projektierern ( $t(75)=-2.12, p=.037$ ). Dieser Umstand passt zur thematischen Ausrichtung der Akteursgruppe. Auf die Themenausrichtung ist auch die Tatsache zurückzuführen, dass den Verbandsmitgliedern die unkonkreten Ängste der Anwohner als signifikant weniger wichtig erscheinen als den Projektierern ( $t(74)=2.18, p=.033$ ), die sich mit den Anwohnern als bedeutende Stakeholder des Projekts intensiv befassen müssen. Warum die Eigenschaften der Anlage den Verbandsmitgliedern wichtiger erscheinen als den Projektierern ( $t(74)=3.41, p=.001$ ), erklärt sich dagegen nicht ohne Weiteres.

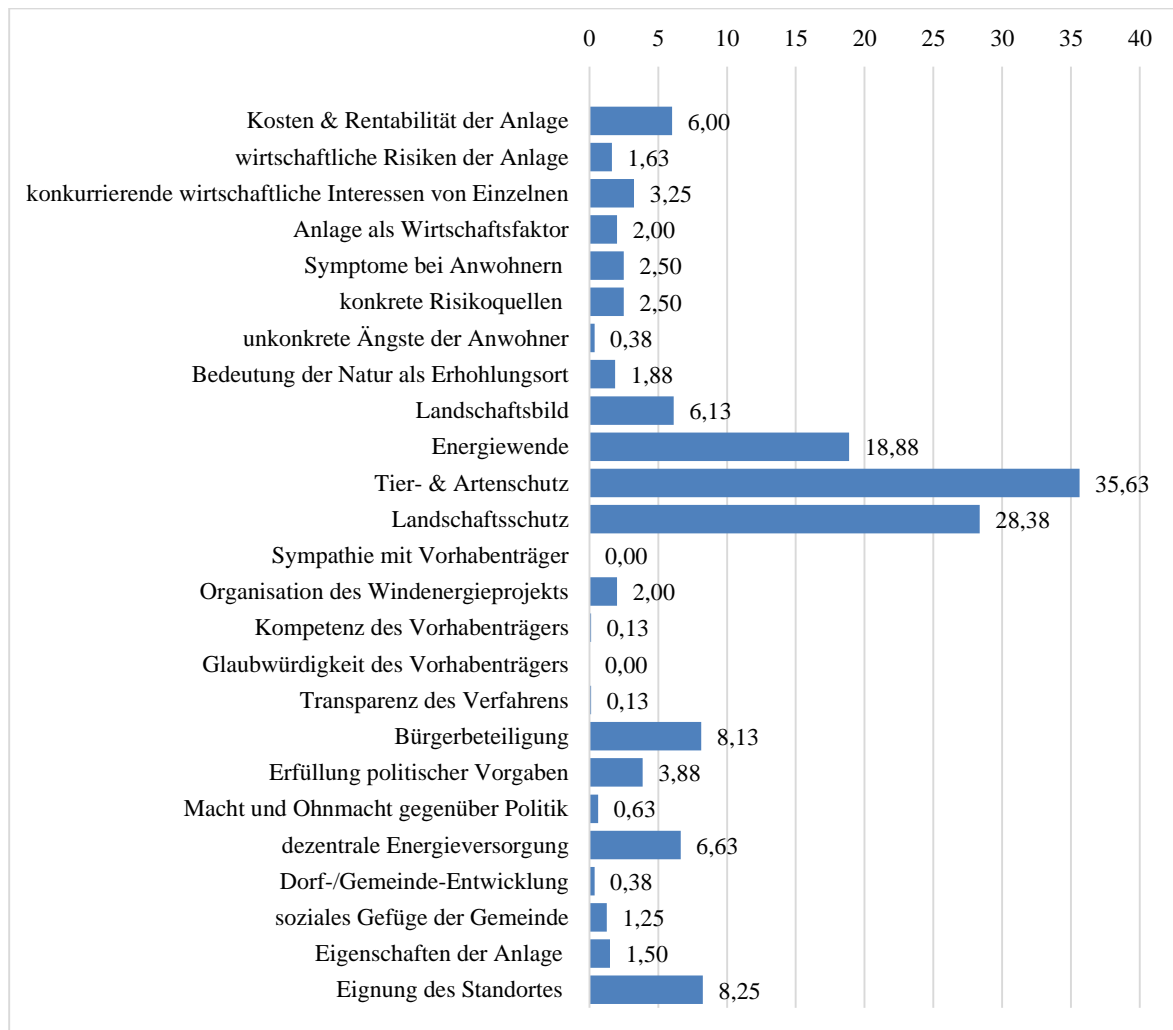
Abbildung 22: *Einschätzung der Konflikthaftigkeit und Wichtigkeit durch das Dialogforum (1=überhaupt nicht konflikthaft/wichtig; 5=sehr konflikthaft/wichtig)*



Das Dialogforum konzentriert sich in seiner Arbeit Köppel zufolge auf den Tier- und Artenschutz sowie auf den Landschaftsschutz und damit auf das verbindende Element zwischen den Naturschutzaktiven und den Projektierern (Abb. 22). Darüber hinaus schätzt Köppel die Transparenz des Verfahrens sowie die Bürgerbeteiligung als sehr wichtig ein. „Die anderen Themen müssen ein Stückweit einfach außen vor bleiben“, erklärt er. Die Bandbreite der öffentlichen Diskussionen bei Windenergieprojekten wird von den Projektleitern jedoch sehr genau wahrgenommen, was sich in der Bewertung der Konflikthaftigkeit der Themen

durch Köppel zeigt (Abb. 22). Lediglich bei der Bedeutung der Natur als Erholungsort, beim Landschaftsbild, bei der Transparenz des Verfahrens und der Bürgerbeteiligung liegen seine Einschätzungen der Konflikthaftigkeit deutlich über den Bewertungen der übrigen Befragten.

Abbildung 23: Durchschnittliche Nennungen der Themen in den Informationsmaterialien (n=8)



Die Dominanz des Themenfeldes Naturschutz für das Dialogforum zeigt sich auch bei der Analyse der Informationsmaterialien (Abb. 23). Der Tier- und Artenschutz wird dabei am häufigsten thematisiert ( $M=35,63$ ,  $SD=19,27$ ), gefolgt vom Landschaftsschutz ( $M=28,38$ ,  $SD=11,93$ ) und der Energiewende ( $M=18,88$ ,  $SD=13,92$ ). Gleichzeitig weisen diese Themen auch eine große Varianz auf, die vermutlich mit der unterschiedlichen Textlänge und den verschiedenen thematischen Schwerpunkten der Kommunikationsmaßnahmen zusammenhängt. Überhaupt nicht thematisiert wird die Sympathie mit dem Vorhabenträger. Auch hier zeigt sich folglich eine Übereinstimmung mit den Einschätzungen von Köppel (Abb. 22).

Jedoch zeigen sich auch Unterschiede zwischen den Ergebnissen der Interviews mit den Projektleitern und der Inhaltsanalyse der Informationsmaterialien. So wird die Glaubwürdigkeit der Vorhabenträger in den Kommunikationsmaßnahmen ebenfalls nicht thematisiert, während Köppel diese als eher wichtig einschätzt. Auch die Transparenz des Verfahrens, welche vom Projektleiter als eines der wichtigsten Themen identifiziert wird, ist nur sehr selten Bestandteil der Informationsmaterialien ( $M=0,13$ ,  $SD=0,35$ ). Das zeigt, dass die Mitarbeiter des Dialogforums nicht alle Themen, die sie als wichtig einstufen, nach außen kommunizieren.

### Konflikttypen

Die Konfliktthemen lassen sich zu vier Konflikttypen zusammenfassen: Technik- und Strategiekonflikte, Interessen- und Machtkonflikte, Werte- und Zielkonflikte und Wissenskonflikte. Die Befragten bewerten alle vier Konflikttypen als ähnlich konflikthaft (Abb. 24). Die öffentliche Diskussion im Rahmen von Windenergieprojekten ist folglich aus Sicht der Projektierer und der Verbandsmitglieder durch eine Vermischung der verschiedenen Konflikttypen geprägt. Die größte Rolle spielen Werte- und Zielkonflikte ( $M=3,24$ ,  $SD=0,69$ ) sowie Interessen- und Machtkonflikte ( $M=3,14$ ,  $SD=0,75$ ). Damit decken sich die Ergebnisse mit der Einschätzung von Oppermann (2001), der diese beiden Konflikttypen als zentral für den Windenergiebereich ansieht. Dass Technik- und Strategiekonflikte dagegen zunehmend an Bedeutung verlieren, wie es Oppermann prognostiziert, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht belegen. Das geringste Konfliktpotential in der öffentlichen Diskussion weisen laut Einschätzung der Befragten die Wissenskonflikte auf ( $M=2,59$ ,  $SD=0,83$ ).

Abbildung 24: *Berechnete Konflikthaftigkeit der Konflikttypen in der Onlinebefragung (n=76, 1=überhaupt nicht konflikthaft; 5=sehr konflikthaft)*

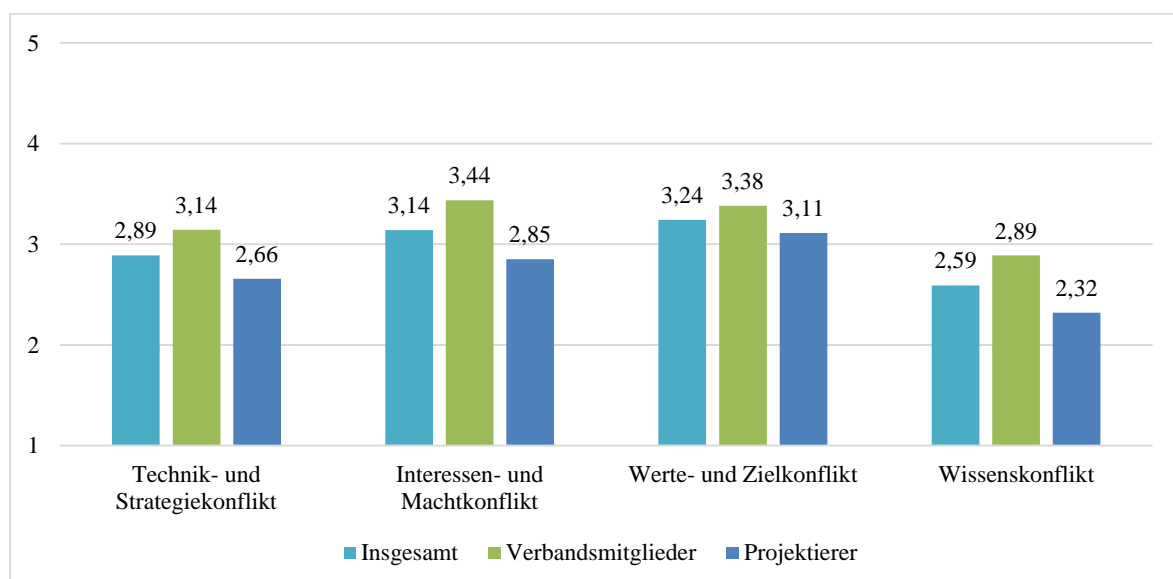


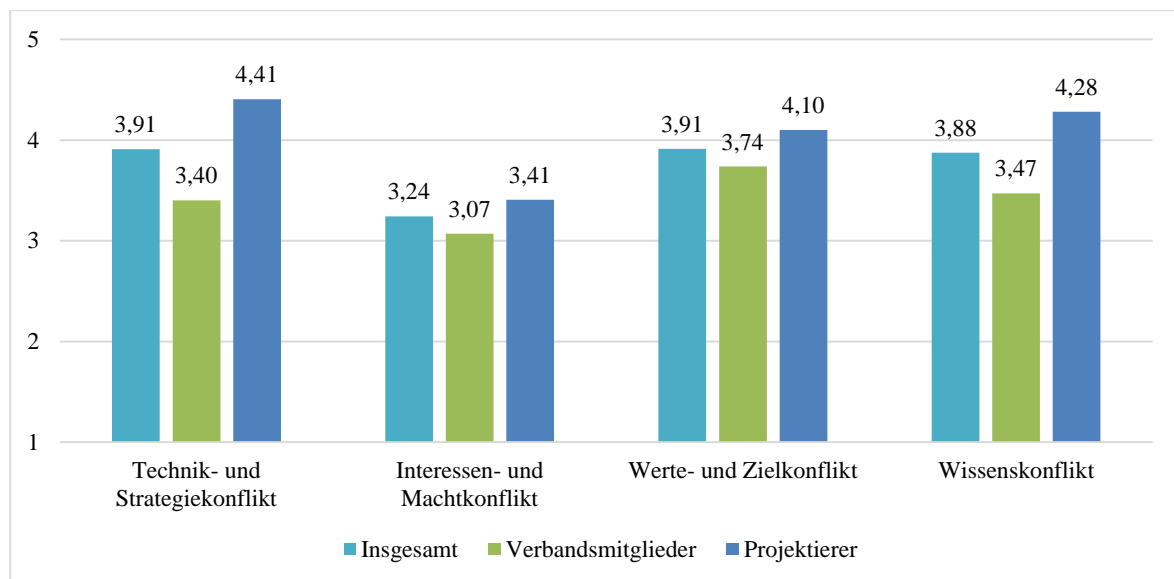


Tabelle 6: Mittelwertvergleich der Konflikthaftigkeit und der Wichtigkeit der Konflikttypen zwischen den Akteuren der Onlinebefragung ( $n=78$ , 1=überhaupt nicht konflikthaft/wichtig, 5=sehr konflikthaft/wichtig)

		Technik- und Strategiekonflikt		Interessen- und Machtkonflikt		Werte- und Zielkonflikt		Wissenskonflikt	
		M	SD	M	SD	M	SD	M	SD
Konflikthaftigkeit	Verbandsmitglieder	3,14	0,66	3,44	0,70	3,38	0,67	2,89	0,82
	Projektierer	2,66	0,80	2,85	0,68	3,11	0,68	2,32	0,76
Wichtigkeit	Verbandsmitglieder	3,40	0,70	3,07	0,63	3,74	0,41	3,47	0,70
	Projektierer	4,41	0,49	3,41	0,48	4,10	0,59	4,28	0,45

Auffällig ist, dass die Verbandsmitglieder allen vier Konflikttypen eine höhere Bedeutung in der öffentlichen Diskussion beimessen als die Projektierer (Tab. 6). Bei den Technik- und Strategiekonflikten ( $t(73)=-2.87$ ,  $p=.005$ ), bei den Interessen- und Machtkonflikten ( $t(67)=-3.50$ ,  $p=.001$ ) sowie bei den Wissenskonflikten ( $t(69)=-3.04$ ,  $p=.003$ ) zeigen sich sogar signifikante Unterschiede in der Bewertung durch die beiden Akteursgruppen.

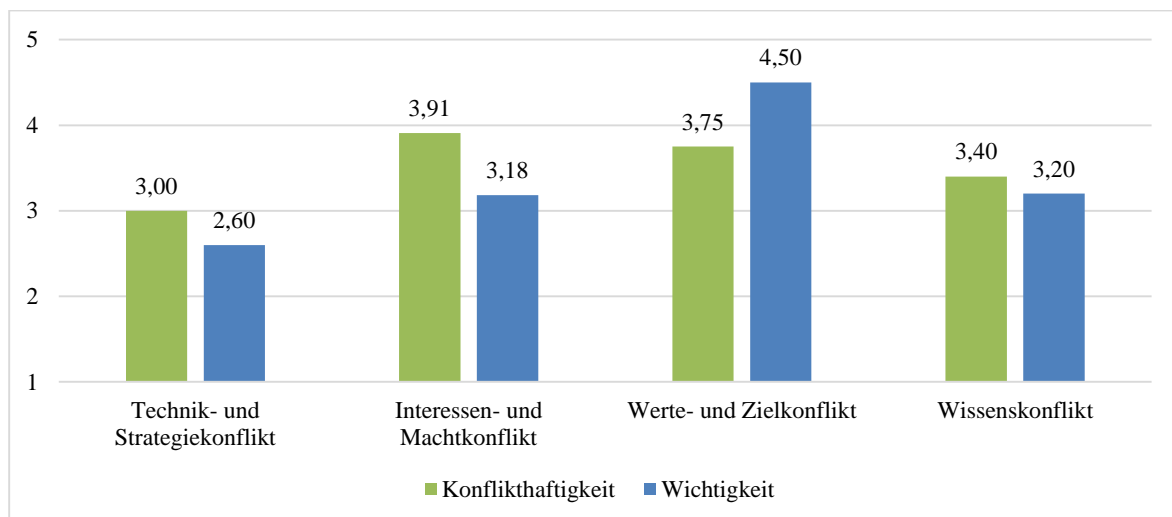
Abbildung 25: Berechnete Wichtigkeit der Konflikttypen in der Onlinebefragung ( $n=77$ , 1=überhaupt nicht wichtig; 5=sehr wichtig)



Bei der Bewertung der persönlichen Wichtigkeit zeigt sich ein anderes Bild (Abb. 25). Die Projektierer schätzen die Technik- und Strategiekonflikte als wichtigsten Konflikttyp ein ( $M=4,41$ ,  $SD=0,49$ ). Für die Verbandsmitglieder stehen erwartungsgemäß die Werte- und Zielkonflikte im Mittelpunkt ( $M=3,74$ ,  $SD=0,41$ ). Beide Akteursgruppen schreiben den Interessen- und Machtkonflikten die geringste Bedeutung zu ( $M_P=3,41$ ,  $SD_P=0,48$ ,  $M_V=3,07$ ,  $SD_V=0,63$ ).

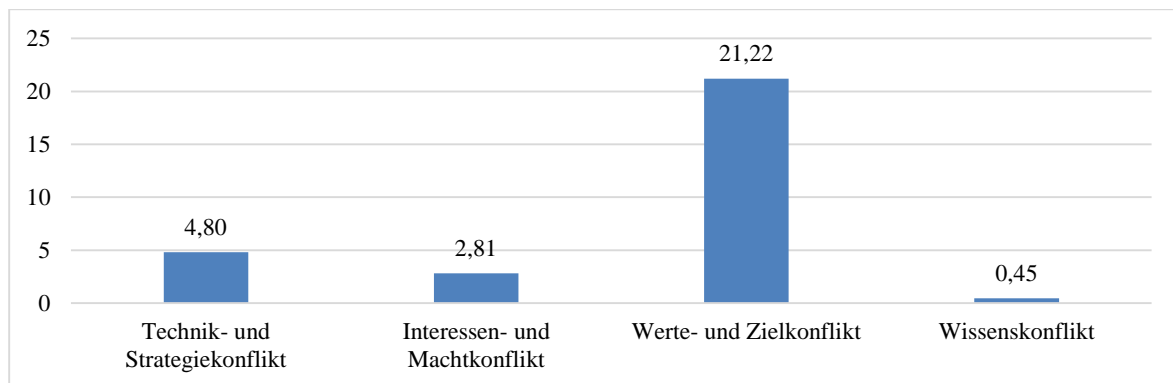
Anders als bei der Bewertung der Konflikthaftigkeit geben die Projektierer bei der Wichtigkeit im Durchschnitt eine höhere Bewertung an (Tab. 6). Sowohl bei den Technik- und Strategiekonflikten ( $t(71)=7.13, p<.001$ ), den Interessen- und Machtkonflikten ( $t(67)=2.52, p=.014$ ), den Werte- und Zielkonflikten ( $t(74)=3.15, p=.002$ ) als auch bei den Wissenskonflikten ( $t(72)=5.96, p<.001$ ) lassen sich signifikante Unterschiede beobachten. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Projektierer nach eigenen Angaben intensiver mit den unterschiedlichen Konflikttypen auseinandersetzen als die Verbandsmitglieder. Dieses Ergebnis erläutert möglicherweise, weshalb die Konflikttypen von den Projektierern als weniger konflikthaft eingestuft werden. Eine intensive Beschäftigung mit den Konflikttypen lässt von Seiten der Projektierer ein vermindertes Konfliktpotential erwarten.

Abbildung 26: *Berechnete Konflikthaftigkeit und Wichtigkeit der Konflikttypen aus Sicht des Dialogforums (1=überhaupt nicht konflikthaft/wichtig; 5=sehr konflikthaft/wichtig)*



Köppel betrachtet die öffentliche Diskussion über Windenergieprojekten in Baden-Württemberg ebenfalls als eine Vermischung der verschiedenen Konflikttypen (Abb. 26). Als bedeutendsten Konflikttyp lässt sich in seiner Bewertung der Interessen- und Machtkonflikt identifizieren ( $M=3,91$ ), während der Technik- und Strategiekonflikt das geringste Konfliktpotential aufweist ( $M=3,00$ ). Damit unterscheidet sich Köppels Einschätzung geringfügig von den Ergebnissen der Befragung (Abb. 24). Er selbst fokussiert sich in seiner Arbeit auf Werte- und Zielkonflikte ( $M=4,50$ ). Sein Fokus ist auf den Naturschutzschwerpunkt des Dialogforums zurückzuführen. Von geringster Bedeutung stuft Köppel die Technik- und Strategiekonflikte ( $M=2,60$ ) ein. Damit zeigt sich erneut, dass das Dialogforum spezifische Aspekte der Diskussion herausgreift, um diese zu entschärfen.

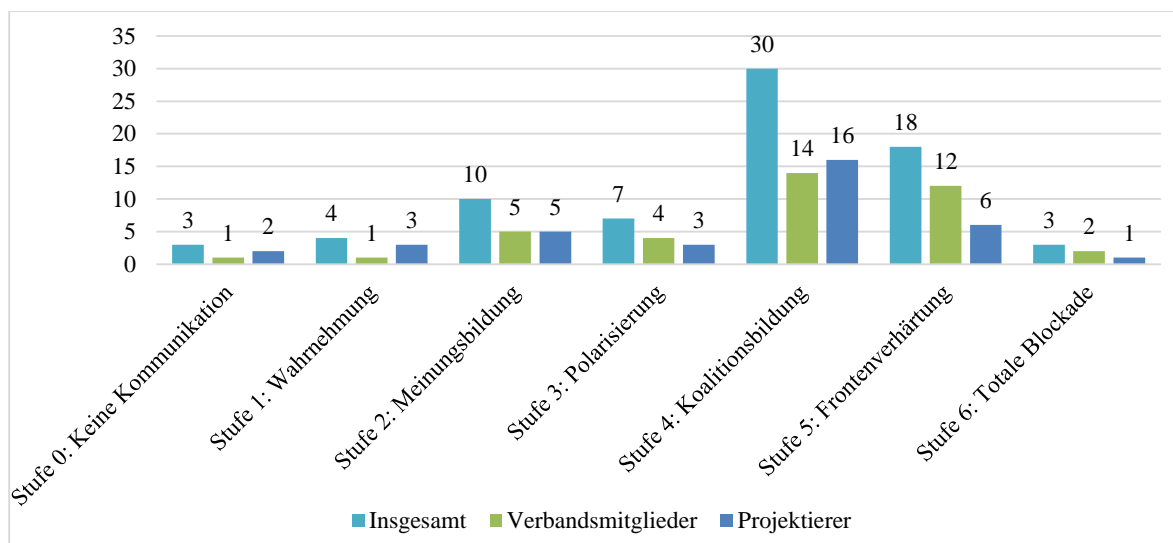
Abbildung 27: Berechnete durchschnittliche Thematisierung der Konflikttypen in den Informationsmaterialien des Dialogforums (n=8)



Die klare Fokussierung des Dialogforums lässt sich darüber hinaus in den Informationsmaterialien beobachten (Abb. 27). In diesen spielen Werte- und Zielkonflikte mit Abstand die größte Rolle ( $M=21,22$ ,  $SD=8,44$ ). Erstaunlich ist, dass Wissenskonflikte von sehr geringer Bedeutung sind ( $M=0,45$ ,  $SD=0,37$ ), da dieser Aspekt für die Arbeit und Zielsetzung des Dialogforums eine besondere Rolle spielt.

### Konfliktstufen

Abbildung 28: Nennungen der Konfliktstufen in der Onlinebefragung (n=75)

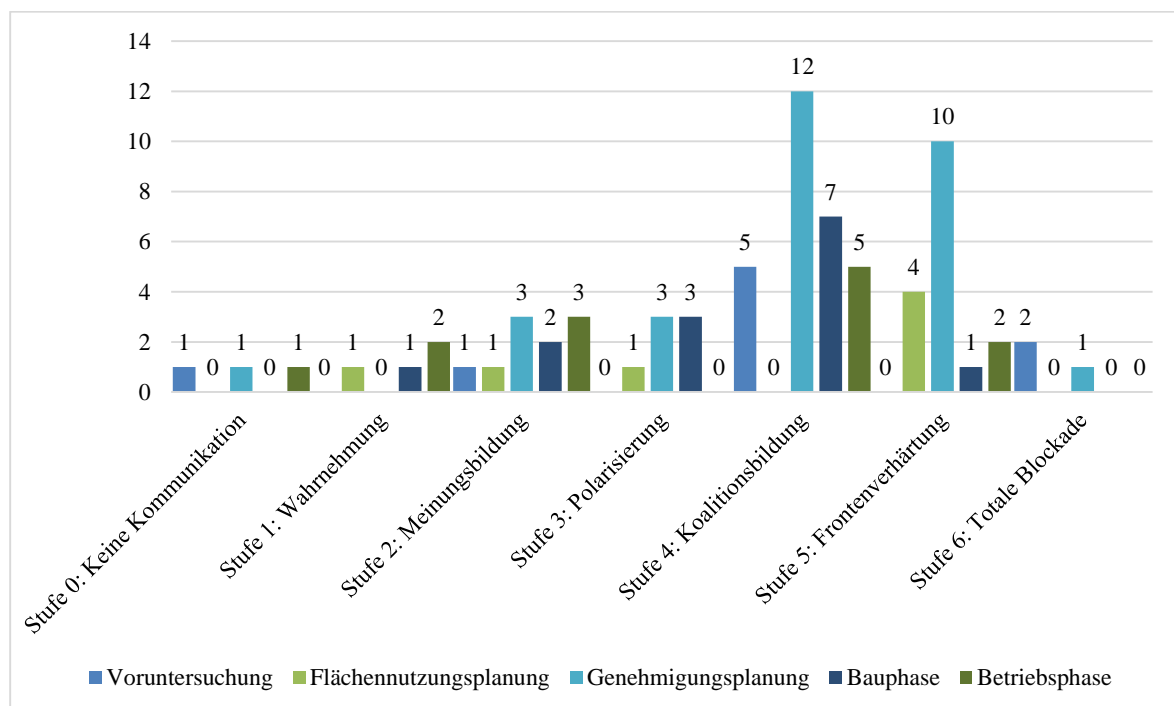


Die öffentlichen Diskussionen bei Windenergieprojekten in Baden-Württemberg befinden sich zum größten Teil in einer fortgeschrittenen Eskalationsstufe (Abb. 28). 30 Befragte geben an, dass es bei dem betreffenden Windenergieprojekt bereits feste Koalitionen und Interessengruppen gibt oder gab; 18 Personen erklären, dass die Fronten zwischen den Akteuren bereits verhärtet sind oder waren. Dennoch kam es lediglich bei drei Befragten zu einer totalen Blockade zwischen den Akteuren. 17 Personen geben an, dass bei ihrem Projekt die

öffentliche Diskussion noch am Anfang steht und maximal die Stufe eines ersten Meinungsbildungsprozesses erreicht sei. Signifikante Unterschiede zwischen den Angaben der Projektierer und der Verbandsmitglieder lassen sich in diesem Punkt nicht feststellen. Eine positive Bearbeitung der Mehrzahl der Fälle ist folglich auf beiden Seiten noch möglich, gleichzeitig aber auch nötig.

Die Einschätzung der Befragten deckt sich mit den Aussagen der Mitarbeiter des Dialogforums. Köppel erklärt, dass sich die Projektleiter bei der Konfliktberatung zurzeit „vor allem in den oberen Stufen [bewegen]. [...] Da geht es ganz konkret um gerichtliche Auseinandersetzungen bzw. das Androhen dessen.“ In manchen Fällen stünden die beteiligten Akteure aufgrund mangelnder Verhandlungsspielräume sogar „kurz vor der totalen Blockade.“ In der Mehrzahl der Fälle sei aber eine kommunikative Bearbeitung der Konflikte noch möglich. Die Zuspitzung der Fälle führt Köppel vor allem darauf zurück, dass sich die zu beratenden Fälle derzeit häufig im Genehmigungsverfahren befänden. In dieser Phase ist die Planung des Projekts bereits weit fortgeschritten, was zu einer Intensivierung der Konfliktlinien führt und die Vermittlung erschwert.

Abbildung 29: Nennung der Konfliktstufen nach Projektphase in der Onlinebefragung (n=73)



Diese Einschätzung lässt sich nur bedingt durch die Daten der Onlinebefragung belegen. Zwar zeigt sich, dass es bei der Mehrzahl der Projekte in der Genehmigungsphase zur Koalitionsbildung und Frontenverhärtung kommt (Abb 29). Die Datenbasis der Befragung ist

jedoch zu gering, um Aussagen zu den übrigen Projektphasen zu treffen und damit einen Zusammenhang zwischen der Phase und dem Eskalationsgrad nachweisen zu können.

Die interviewten Projektierer und Verbandsmitglieder sind sich einig, dass zur Lösung der Konflikte beim Windenergieausbau in Baden-Württemberg neben einer guten Planung und vertrauenswürdigen Gutachten „auch eine entsprechende Kommunikation“ und „Öffentlichkeits-, Bürger- und Verbände-beteiligung“ nötig seien. Ein Vermittlungsangebot wie das Dialogforum kann in diesem Punkt unterstützend wirken.

## **4.2 Konfliktbearbeitung durch das Dialogforum**

Mit der Gründung des Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz 2012 waren klare Ziele verbunden, wie Projektleiter Köppel im Interview betont. Diese bestanden seiner Aussage zufolge darin, „für den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützend zu wirken und die Energiewende damit voranzubringen“. Marquardt bestätigt dieses Ziel und betont den Anspruch des Dialogforums, den Ausbau der Erneuerbaren Energien „naturverträglich [...] und mit Bürgerbeteiligung“ zu gestalten.

Diese Ziele des Dialogforums finden sich auch in den untersuchten Informationsmaterialien. Lediglich bei zwei der acht untersuchten Kommunikationsmaßnahmen wird kein Ziel genannt. Laut der Broschüre Faktencheck Windenergie zielt das Gemeinschaftsprojekt der beiden Umweltschutzverbände auf eine „konstruktive Unterstützung der Energiewende ab. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien – speziell der Windenergieausbau – soll naturverträglich und mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden.“ Ähnliche Formulierungen finden sich auch in den übrigen Informationsmaterialien.

Neben der Unterstützung der Energiewende machen die Naturverträglichkeit des Windenergieausbaus und die Bürgernähe folglich zwei zentrale Anliegen des Dialogforums aus. In den Kommunikationsmaßnahmen wird vor allem auf die Bürgerbeteiligung eingegangen. Vielfach wird betont, dass sich das Dialogforum für die Einbindung der Bürger in die Planungsprozesse einsetzt. Im Positionspapier von NABU und BUND, das zu Beginn des Projekts veröffentlicht wurde, wird die Forderung weiter ausgeführt. Dort heißt es: „BUND und NABU fordern eine frühzeitige und echte Beteiligung der Bürgerschaft und der Umweltverbände, die über das formelle Beteiligungsverfahren sowie die Ebene der Information und Konsultation hinausgeht.“ Dieses Ziel formuliert auch Köppel, der im Interview betont, unter Bürgerbeteiligung sei eine „echte und frühzeitige“ Beteiligung gemeint, „die deutlich über die Ebene der Information hinausgeht.“

Die verschiedenen Erhebungen zeigen, dass sich das Dialogforum vor allem auf die natur-schutzaktiven Bürger konzentriert. Diese werden auch von beiden Projektleitern des Dialogforums als wichtigste Akteure angeführt. Die unorganisierten Bürger, welche in der Literatur als wichtigste Zielgruppe für Beteiligungsverfahren identifiziert werden (Eisenkopf et al., 2014, S. 37–38), führen die Projektleiter als letztes an. Auch die Bürgerinitiativen, die in der Onlinebefragung häufig genannt werden (Abb. 18), spielen aus Sicht der Projektleiter eine untergeordnete Rolle. Zwar berät das Dialogforum laut Köppel „alle Akteure und da gehören auch die Bürgerinitiativen auch ohne jeglichen Vorbehalt dazu,“ jedoch kommt es nur vereinzelt zu Kooperationen. Das gründet Köppel zufolge zum einen darin, dass sich die Bürgerinitiativen „von den Umwelt- und Naturschutzverbänden mehr Unterstützung und eine grundsätzlich andere Haltung gegenüber der Windenergie wünschen.“ Zum anderen fehlen dem Dialogforum „gerade ein bisschen die Kapazitäten, auf die Bürgerinitiativen zu zugehen.“ Dabei gesteht Köppel ein, dass es sich hierbei um einen Punkt handele, „wo wir mit der Zielgruppe noch etwas stärker gucken könnten.“

Die klare Fokussierung des Angebots auf die Naturschutzaktiven hängt zudem mit dem zweiten elementaren Ziel des Dialogforums zusammen: mit der Naturverträglichkeit. Marquardt versteht darunter, „dass man versucht [den Ausbau der Erneuerbaren Energien] in Einklang mit der Natur zu machen.“ Dabei kommt sie auch auf die innerökologische Differenz zu sprechen und erklärt: „Man hat eben Eingriffe in die Natur und die [versucht man] möglichst gering zu halten und Kompromisse zu finden.“ Köppel steckt dabei klare Grenzen. Für ihn bedeutet ein naturverträglicher Ausbau, dass die Verantwortlichen bereits bei der Standortwahl der Windenergieanlagen berücksichtigt, „dass ich in diese Bereiche nicht hinein baue, in denen ich im großen Konflikt mit dem Arten- und Naturschutz bin.“ Das bedeutet aber auch, dass „diese Naturverträglichkeit [...] ganz stark vom einzelnen Standort [abhängt].“

Im Bereich der Naturverträglichkeit sehen beide Projektleiter eine Kernkompetenz und ein Alleinstellungsmerkmal des Dialogforums. So hätten laut Marquardt die Umweltschutzverbände ein breites Wissen, wenn es „z. B. um Vögel oder um den Wald [geht].“ Des Weiteren erklärt Köppel: „Was uns ganz klar auszeichnet zu anderen Akteuren ist, dass wir [...] vor allem im Bereich des Arten- und Naturschutzes tätig sind. Es gibt ja auch eine Reihe von Konflikten, die Bürgerinnen haben, weil die Windenergieanlagen aus ihrer Sicht zu nah an den Wohnhäusern dran sind. Das sind aber Themen, mit denen wir uns als Dialogforum

weniger beschäftigen.“ Diese Aussagen belegen, dass mit Bürgerbeteiligung bei der täglichen Arbeit des Dialogforums vor allem die Einbeziehung der lokalen Naturschutzaktiven gemeint ist.

Die Zielausrichtung des Dialogforums wird auf unterschiedliche Weise in die Praxis überführt. Neben der Erstellung von Informationsmaterialien sowie der Organisation von Vorträgen und Schulungen bietet das Dialogforum Beratungen bei Konfliktfällen an. Dieses Beratungsangebot stellt Köppel zufolge den derzeitigen Schwerpunkt des Dialogforums dar. Die Bedeutung der Konfliktberatung spiegelt sich bisher jedoch nicht in allen Informationsmaterialien wider. In fünf der acht untersuchten Kommunikationsmaßnahmen wird das Beratungsangebot vorgestellt, drei lassen es außen vor. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass manche der Kommunikationsmaßnahmen zu Beginn des Projektes entstanden und zu diesem Zeitpunkt die Konfliktberatung noch nicht im Fokus der Arbeit stand. Nur in der Hälfte der Informationsmaterialien geht das Dialogforum auf das gesamte Spektrum der angebotenen Leistungen ein.

Das Ziel der Konfliktberatung liegt Köppel zufolge darin, Konflikte zwischen lokalen Umweltschutzaktiven und Projektierern im Bereich des Naturschutzes „durch verschiedene Dialogprozesse bearbeitbar [zu] machen“. Konkret bedeutet das, „Vertrauen zu schaffen und die Leute zu befähigen, zu eigenständigen Lösungen zu kommen.“

### Kriterien guter Kommunikation

Um den Dialog zwischen den Akteuren erfolgreich zu gestalten, sind verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen. Die Leiter des Dialogforums formulieren in den Interviews und dem Informationsmaterial Kriterien für einen erfolgreichen Dialogprozess, die sich in den Regelkatalog des VDI (2014) zur guten Kommunikation bei Planungsverfahren einordnen lassen. Insgesamt werden neun der zehn Kriterien thematisiert oder gefordert. In den Interviews werden zwei Grundregeln nicht behandelt (Tab. 7).

Innerhalb der Informationsmaterialien variiert die Thematisierung der einzelnen Kriterien (Tab. 7). Das lässt sich auf die unterschiedlichen Themenschwerpunkte der Broschüren zurückführen. Zur intensivsten Auseinandersetzung mit kommunikativen Aspekten kommt es im Positionspapier von BUND und NABU und dem Beteiligungsleitfaden Windenergie. Im Flyer zum Faktencheck Windenergie wird dagegen keines der zehn Kriterien thematisiert.

Tabelle 7: Thematisierung der zehn Grundregeln der VDI (2014) im Informationsmaterial des Dialogforums und in den Interviews mit den Projektleitern (n=8)

	Thematisierung im Informationsmaterial			Thematisierung in den Interviews
	A*	M	SD	
aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung	6	2,75	2,87	Ja
klare Rahmenbedingungen	1	0,13	0,35	Ja
frühzeitige Einbeziehung (der Bürger)	7	2,63	2,07	Ja
umfassende Faktenklärung	7	4,13	4,09	Ja
Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen	6	2,38	1,92	Ja
professionelle Prozessgestaltung für Fairness und Transparenz	2	0,50	1,07	Ja
Klarheit über Umgang mit den Ergebnissen	6	1,38	1,92	Ja
Transparenz der Finanzierung	0	0,00	0,00	Nein
verständliche Kommunikation	6	1,00	1,07	Nein
Vielfalt der genutzten Kommunikationsinstrumente	2	0,25	0,46	Ja

\*Anzahl der Informationsmaterialien, in denen das Kriterium thematisiert wird.

Am häufigsten weisen die Autoren der Informationsmaterialien auf die *umfassende Faktenklärung* hin (A=7, M=4,13, SD=4,09). Auf diese gehen die Projektleiter auch in den Interviews ein. So sieht Marquardt die erste Aufgabe des Dialogforums darin, „Informationen bereit-“ und eine „Sachebene herzustellen.“ Köppel erklärt, wie eine solche Faktenklärung konkret ausfällt. Seiner Meinung nach müssen zunächst die kritischen Punkte und offenen Fragen ergründet werden. Zur Klärung dieser Fragen vermittelt das Dialogforum externe Experten und Gutachter. Das Dialogforum sieht sich Köppel zufolge selbst als eine „Servicestelle, die guckt, dass alle Informationen, die am Tisch benötigt werden,“ vorhanden sind. Eine umfassende Faktenklärung bedeutet für Köppel aber auch, dass die Diskussion größer geführt wird und auch Fragen der lokalen Energieversorgung angesprochen werden.

Der *aufgeschlossenen und wertschätzenden Grundhaltung* der Beteiligten kommt sowohl im Informationsmaterial (A=6, M=2,75, SD=2,89) als auch in den Interviews große Aufmerksamkeit zu. Köppel versteht unter guter Kommunikation „die achtsame Kommunikation“, bei der jeder Akteur „die zwischenmenschliche Ebene [...] versucht zu wahren, auch wenn man vom Inhalt her anderer Ansicht ist.“ Das bedeutet im ersten Schritt, dass alle „gehört werden und hören und dadurch Vertrauen schaffen, wo Vertrauen einfach nicht mehr da ist.“ Fehlt es an Vertrauen, mangelt es dem Dialogprozess laut Marquardt auch an der nötigen Offenheit. Sie sieht die Aufgabe des Dialogforums darin, die Beteiligten äußern zu lassen, „worum es ihnen geht, und dass sie bereit sind, mit denjenigen, mit denen sie schon länger in Konflikt sind, wieder zu reden.“



In sieben der acht Informationsmaterialien wird gefordert, dass die Bürger *frühzeitig* in den Dialogprozess eingebunden werden ( $A=7$ ,  $M=2,63$ ,  $SD=2,07$ ). „Gerade strittige Planungen sollen zukünftig in bürgernahen Prozessen transparent und frühzeitig diskutiert werden“, heißt es in einer der Broschüren des Dialogforums. Als Vorteil einer frühen Einbeziehung vor allem naturschutzaktiver Bürger nennt die Broschüre die Möglichkeit, den Verantwortlichen bereits zu Beginn der Planung „wichtige Informationen, z. B. zu vorkommenden Vogel- und Fledermausarten, [zu] liefern.“ Auch Köppel fordert im Interview eine „frühzeitige Bürgerbeteiligung.“ Gleichzeitig räumt er ein, dass während des Genehmigungsverfahrens nicht mehr präventiv gearbeitet werden könne. „Dann sind die Zeiträume sehr knapp und auch die Handlungsspielräume werden natürlich deutlich enger, weil es jetzt auch für den Projektierer schon um eine ganz andere Dimension geht an Geld, Investitionen, Zeit.“

Neben der Inklusion der Bürger in den Dialog- und Planungsprozess von Windenergieanlagen ist auch die *Einbeziehung aller anderen für das Projekt relevanten Interessensgruppen* wesentlich ( $A=6$ ,  $M=2,38$ ,  $SD=1,92$ ). Köppel gibt im Interview an: „Ein Dialog, bei dem alle entscheidenden Akteure kommen, ist ein ganz zentraler Punkt.“ Die Voraussetzung dafür ist in den Augen des Projektleiters die Offenheit der Akteure. Aber auch die Offenheit des Projekts als solches ist notwendig. Auch wenn die Naturschutzaktiven die vordringlichste Zielgruppe des Dialogforums repräsentieren, stellt das Dialogforum ein Angebot für alle Akteure dar. Um die Einbeziehung aller Interessen zu ermöglichen, ist es laut Marquardt wichtig, die tatsächlichen und teilweise versteckten Anliegen der Akteure zu identifizieren.

Neben den Kriterien, die sehr häufig aufgeführt werden, gibt es eine Reihe von Richtlinien, die zwar in der Mehrzahl der Informationsmaterialien erwähnt werden, dort jedoch nur selten eine umfangreiche Thematisierung erfahren. Hierzu zählt der klare *Umgang mit den Ergebnissen* ( $A=6$ ,  $M=1,38$ ,  $SD=1,92$ ). Für das Dialogforum bedeutet das laut Köppel, dass keine Ergebnisse vorgegeben werden. „Wir versuchen die Leute in den Dialog [...] miteinander zu bringen, dass sie selber gucken können, wo sie jetzt Vereinbarungen schließen können. Dann heißt es im nächsten Schritt nochmals nachhaken: Werden die Vereinbarungen eingehalten?“

Ebenfalls in sechs der acht Informationsmaterialien wird die *Verständlichkeit* der Kommunikation thematisiert und gefordert ( $A=6$ ,  $M=1,00$ ,  $SD=1,07$ ). Bei dieser Richtlinie zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem Informationsmaterial und den Interviews mit den Projektleitern. Bei letzteren wird das Kriterium von keinem der beiden Projektleiter thematisiert.

In den Informationsmaterialien wird dagegen häufig die Bedeutung der Bebilderung der Projekte hervorgehoben.

Die Forderung nach einer *professionellen Prozessgestaltung* wird in den Interviews intensiv diskutiert. Marquardt erklärt, dass bei den Dialogprozessen eine Person nötig ist, welche „die Leute begleitet und [...] die Fäden in der Hand hat.“ Laut Köppel muss ein solcher Moderator wissen, „wie strukturiert und wie moderiert man denn so eine Sitzung.“ Diese Aufgabe kann dem Projektleiter zufolge das Dialogforum übernehmen. Die Herausforderung liegt dabei darin, darauf zu achten, „dass wir als Dialogforum nicht in einen Topf geworfen werden mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden.“ Dafür ist laut Köppel eine „möglichst neutrale Stellung“ des Dialogforums nötig. Die neutrale Position des Dialogforums, eine wichtige Voraussetzung für eine transparente, faire und professionelle Prozessgestaltung, wird von den Projektleitern unterschiedlich eingeschätzt. Marquardt betont, dass sich das Dialogforum als neutraler Akteur versteht und dadurch auch das Vertrauen aller Akteure genießt. Die Neutralität hat jedoch auch ihre Grenzen. Eine Konfliktmediation beispielsweise ist laut Köppel nicht möglich, da das Dialogforum eben „nicht neutral und allparteilich“ sei. Die unterschiedliche Einschätzung der Projektleiter erklärt möglicherweise, warum das Kriterium der professionellen Prozessgestaltung in nur zwei der acht Informationsmaterialien thematisiert wird ( $A=2$ ,  $M=0,50$ ,  $SD=1,07$ ).

Ebenfalls lediglich in zwei der acht Informationsmaterialien findet sich die Forderung nach der *Vielfalt der genutzten Kommunikationsinstrumente* ( $A=2$ ,  $M=0,25$ ,  $SD=0,46$ ). Die Projektleiter erwähnen in den Interviews verschiedene Instrumente wie Expertenanhörungen, Besichtigungstermine, Runde Tische und öffentliche Informationsveranstaltungen. Einen Leitfaden für die Auswahl des passenden Instruments ist laut Köppel nicht vorhanden. „Wir machen das vor allem aus der Erfahrung heraus, dass wir überlegen, [...] was hat sich bei solchen Fällen in ähnlichen Gemengelageen geeignet.“ Das Dialogforum befindet sich dabei jedoch noch in einer Entwicklungs- und Lernphase. Für die Zukunft fordert Köppel mehr „Struktur und ein klares Vorgehen“.

Ein Mangel an äußerer Strukturierung zeigt sich ebenfalls in der Forderung nach *klaren Rahmenbedingungen*. Diese werden im untersuchten Informationsmaterial lediglich einmal erwähnt ( $A=1$ ,  $M=0,13$ ,  $SD=0,35$ ). Um klare Rahmenbedingungen zu schaffen, ist es Köppel zufolge notwendig im Dialogverfahren, zu klären: „Was sind die Punkte, die wir hier besprechen? Welche Punkte können wir hier vielleicht nicht besprechen und müssen wo anders besprochen werden?“ Die Schaffung von klaren Rahmenbedingungen bedeutet aber auch,

den gemeinschaftlich den Ablauf des Dialogverfahrens auszuhandeln. Laut Köppel bedeutet das bei einigen Dialogprozessen, dass „am Anfang erstmal gewisse Grundregeln [aufgestellt werden müssen]. [...] Bei manchen Konflikten geht es erstmal darum, einen Konsens herzustellen über Umgangsformen und sich da zu einigen.“

Ein Kriterium, das weder im Informationsmaterial noch in den Interviews thematisiert wird, ist die Finanztransparenz. Köppel erwähnt zwar im persönlichen Gespräch, dass das Dialogforum durch das Umweltministerium gefördert wird. Auch in sechs der acht Informationsmaterialien findet sich ein solcher Vermerk. Inwieweit die Förderung auch öffentlich thematisiert wird und welche Bedeutung die Transparenz der Finanzierung des Dialogforums hat, wird dagegen nicht erläutert.

### Kompetenzen und Qualifikationen

Neben den Grundregeln guter Kommunikation, die es bei der Planung und Umsetzung von Dialogprozessen zu beachten gilt, ist der Erfolg eines solchen Prozesses auch von den Kompetenzen der Moderatoren abhängig. Alle sechs Profilm Merkmale, die sich aus der Literatur ableiten lassen, werden sowohl im Informationsmaterial des Dialogforums als auch in den Interviews mit den Projektleitern thematisiert (Tab. 8). Besonders auf den Webseiten von NABU und BUND stellt das Dialogforum sich und seine Kompetenzen umfangreich vor.

Tabelle 8: *Thematisierung der Kompetenzen der Prozessgestalter im Informationsmaterial des Dialogforums und in den Interviews mit den Projektleitern*

	Thematisierung im Informationsmaterial			Thematisierung in den Interviews
	A*	M	SD	
inhaltliche Fachkenntnisse	6	3,38	4,24	Ja
methodische Fachkenntnisse	6	2,00	1,77	Ja
Vernetzung mit Experten und Akteuren der Umweltpolitik	6	1,63	1,41	Ja
kommunikative Fähigkeiten	3	0,63	0,92	Ja
Erfahrung bei der Konfliktbearbeitung	3	0,38	0,52	Ja
persönliche Eigenschaften	2	0,38	0,74	Ja

\*Anzahl der Informationsmaterialien, in denen das Kriterium thematisiert wird.

Von großer Bedeutung für das Dialogforum sind die *inhaltlichen* und methodischen *Fachkenntnisse*. Erstere werden im Durchschnitt drei Mal pro Kommunikationsmaßnahme behandelt, wobei die Unterschiede zwischen den Informationsmaterialien groß ausfallen (A=6, M=3,38, SD=4,24). Köppel bezeichnet das „inhaltliche Wissen über den Arten-, Umwelt- und Naturschutz“ als eine der wichtigsten Kompetenzen für die Arbeit beim Dialogforum. Auch Marquardt betont, dass es von großer Bedeutung sei, „wenn man schon etwas Fachkenntnisse im Bereich der Erneuerbaren Energien, also gerade jetzt beim Dialogforum vor

allem der Bereich Windenergie, hat und sich auch im Naturbereich auskennt.“ Da das Dialogforum bei den Naturschutzverbänden angesiedelt ist, sieht Marquardt eine besondere Stärke des Projekts im Wissen um den Naturschutz. Beide Projektleiter sind zudem seit ihrer Jugend Mitglied der Umweltschutzverbände und beschäftigen sich seit Jahren mit Erneuerbaren Energien. Weiteres inhaltliches Wissen haben sie sich durch Literatur, in Fortbildungen und durch die praktische Arbeit erworben.

Neben den inhaltlichen sind es die *methodischen Fachkenntnisse*, deren Bedeutung sowohl in den Informationsmaterialien ( $A=6$ ,  $M=2,00$ ,  $SD=1,77$ ) als auch in den Interviews mehrfach betont wird. Methodische Fachkenntnisse sind laut Köppel wichtig, „um den Dialogprozess initiieren zu können.“ Da das Dialogforum oft bei komplexen Konfliktfällen berät, ist Marquardt zufolge eine professionelle Ausbildung im Bereich der Dialoggestaltung nötig. Köppel gibt an, dass eine solche methodische Ausbildung Aspekte wie Konfliktmoderation und Konfliktmediation beinhalten sollte. Diese Qualifikationen hat Köppel selbst in der Konstanzer Schule für Mediation erworben. Aufgrund der Weiterbildung fällt es ihm nach eigenen Angaben leichter, die Anforderungen zu erfüllen, welche die Konfliktberatung bei Windenergieprojekten erfordert. Von Köppels methodischer Ausbildung konnte auch Marquardt profitieren. Neben der Unterstützung durch Köppel hat sie ihre methodischen Fachkenntnisse in Fortbildungen erworben, räumt aber gleichzeitig ein, bis zum Ende ihrer Tätigkeit für das Dialogforum nicht die notwendige Expertise besessen zu haben.

Gleich den inhaltlichen und methodischen Kompetenzen wird auch die *Vernetzung mit Experten und Akteuren der Umweltpolitik* in sechs Informationsmaterialien aufgeführt, jedoch in deutlich geringerer Häufigkeit ( $A=6$ ,  $M=1,63$ ,  $SD=1,41$ ). Die Vernetzung mit den unterschiedlichen Akteuren ist laut Köppel wichtig, um die nötige Expertise für den Dialogprozess sicherzustellen. Zudem kann das Dialogforum die relevanten Akteure nicht zum Dialog zwingen und ist daher auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen. Diese Aufgabe kann das Dialogforum nach Köppel gut erfüllen, da es mit „allen zentralen Akteuren in einem sehr engen Austausch [steht].“

Die letzten drei Profilerkmale finden im Informationsmaterial des Dialogforums nur vereinzelt Erwähnung. In den Interviews werden sie von beiden Projektleitern dagegen fast durchgängig intensiv diskutiert. Lediglich die *kommunikativen Fähigkeiten*, die nur in drei Kommunikationsmaßnahmen zu finden sind ( $A=3$ ,  $M=0,63$ ,  $SD=0,92$ ), werden kaum behandelt. Zwar betont Marquardt, wie wichtig es sei, zuhören zu können; darüber, inwieweit sie und das Dialogforum diese Kompetenz aufweist, gibt sie jedoch keine Auskunft.

Da das Dialogforum bereits seit 2012 agiert und es laut eigenen Angaben in über 95 Fällen beratend tätig war, kann es auf einen großen *Erfahrungsschatz* zurückgreifen. Dieser wird im Informationsmaterial jedoch nur vereinzelt thematisiert ( $A=3$ ,  $M=0,36$ ,  $SD=0,52$ ). Der Erfahrungsschatz ist unabdingbar für die Bearbeitung von Konflikten im Bereich der Erneuerbaren Energien, da sich beim Dialogforum bisher keine systematische Herangehensweise an die Konfliktfälle etabliert hat. Marquardt betont, wie wichtig es für die Tätigkeit beim Dialogforum sei, „schon mal im Bereich Beratung gearbeitet zu haben.“ Diese Erfahrung kann vor allem Köppel vorweisen, der nicht nur bereits seit Gründung des Dialogforums für selbiges tätig ist, sondern „schon früher angefangen [hat], Jugendgruppen im Umweltbereich zu leiten und da auch dann Moderationsseminare geleitet [hat].“ Marquardt hat ebenfalls mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen gearbeitet. Erfahrung in der konkreten Konfliktbearbeitung hat sie erst beim Dialogforum gesammelt.

Eine weitere Kompetenz für eine erfolgreiche Gestaltung von Dialogprozessen stellen *persönliche Eigenschaften* dar. Diese werden lediglich in zwei der acht Informationsmaterialien des Dialogforums thematisiert ( $A=2$ ,  $M=0,38$ ,  $SD=0,74$ ), da nur in drei Kommunikationsmaßnahmen die Akteure des Dialogforums vorgestellt werden. Zu den notwendigen persönlichen Eigenschaften zählen Offenheit, Freundlichkeit sowie ein motivierendes und empathisches Wesen. Diese Stärken können jedoch nur dann eingebracht werden, wenn die Prozessbegleiter über ausreichende Motivation und Begeisterung für ihre Tätigkeit verfügen. Beide Projektleiter betonen, dass sie ihre Tätigkeit für das Dialogforum schätzen, da sich die persönlichen Ziele mit denen des Projekts decken. So betont Marquardt, dass es ihr wichtig sei, „die Energiewende [...] voranzubringen und einer Arbeit nachzugehen, die ich als sinnvoll erachte und wo ich dahinterstehen kann.“ Auch für Köppel ist es wesentlich, „konkret vor Ort was ganz Handfestes zu tun,“ um auch zu merken, „dass das, was man tut, auch Folgen hat.“

#### Arbeitsweisen des Dialogforums

Die persönlichen Kompetenzen und Zielsetzungen ermöglichen den Projektleitern, die vielfältigen Konfliktfälle zu bearbeiten. Aus Sicht von Marquardt gestaltet sich „ein idealtypisches Vorgehen [...] schwierig, weil jeder Fall anders ist.“ Aufgrund der Beschreibungen der Projektleiter lassen sich jedoch zumindest in gewissen Phasen des Beratungsprozesses systematische Arbeitsweisen ableiten. So beginnt die Beratung laut Köppel stets mit dem ersten Kontakt, der zumeist in Form eines Anrufs oder einer E-Mail erfolgt. Aufgrund der Bekanntheit des Dialogforums müssen die Projektleiter heute „nicht mehr aktiv nach drau-

ßen gehen [...], um uns erstmal bekannt zu machen.“ Am häufigsten wenden sich Naturschutzaktive und Mitglieder der Umweltschutzorganisationen an das Dialogforum. Jedoch suchen auch verstärkt Projektierer die Zusammenarbeit mit dem Forum, während die Kommunen „vorrangig versuchen, [sich] an die eigene Verwaltung zu wenden.“

Mit der ersten Kontaktaufnahme, bei der Köppel zufolge bereits verschiedene Parameter des Konflikts abgeklärt werden, beginnt die Analysephase. In dieser Phase wird das Gespräch mit den unterschiedlichen Akteuren gesucht und es werden die Merkmale des Konflikts geklärt. Dazu zählen laut den Projektleitern der Verfahrensstand, der Umfang des Projekts, die Akteurskonstellation und die Zuständigkeiten, die Konfliktpunkte und die bisherige Kommunikation. Damit nennen die Projektleiter fünf der insgesamt sechs Konfliktdimensionen, die auch in der vorliegenden Untersuchung im Zentrum stehen. Lediglich die Konflikttypen werden während der Analysephase nicht erhoben. Anhand der verschiedenen Parameter wird laut Köppel geklärt, ob „hier überhaupt ein Dialogverfahren möglich [ist].“

Abhängig von der Konfliktanalyse werden das Dialogverfahren und dessen konkrete Umsetzung geplant. Dafür setzen sich Marquardt zufolge die Projektleiter des Dialogforums zusammen, diskutieren die Faktenlage und klären die folgenden Fragen: „Wo stehen wir jetzt hier, worum geht es, was wollen die Akteure?“ Durch die Beantwortung dieser Aspekte, so Köppel, wird „ein gutes Dialogdesign [entwickelt], mit dem wir die Leute befähigen, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.“ Um einen solchen Dialogprozess initiieren zu können, muss zunächst geklärt werden: „Wo findet das statt, wer muss da alles am Tisch sitzen und über was wird gesprochen?“ Es ist Köppel zufolge „enorm schwierig [...], die verschiedenen Akteure an einen Tisch zu bekommen“, allein aufgrund der Terminalsuche. Trotz der vielen offenen Fragen, bleibt nach Köppels Erfahrung für die Planung wenig Zeit, „weil die Verfahren sehr eng getaktet sind“. Es handelt sich dabei um maximal drei bis fünf Wochen, innerhalb derer ein Dialogprozess zustande kommen muss, um eine weitere Konflikteskalation zu verhindern.

Die Auswahl geeigneter Maßnahmen ist ebenfalls Teil des Planungsprozesses. Das Dialogverfahren gestaltet sich je nach Faktenlage und Bedürfnissen der Akteure sehr unterschiedlich. So können nach Angabe der Projektleiter Beratungen und Besichtigungen vor Ort, Telefonkonferenzen im Vorfeld, Anhörungen von Experten oder Gespräche mit Einzelpersonen und Kleingruppen Teil des Dialogprozesses sein. Auch gab es bereits Fälle, bei denen das Dialogforum Bürgerinformationsveranstaltungen für notwendig befunden und organisiert hat. Diese Maßnahmen werden in fünf der acht Informationsmaterialien genannt.

Das Dialogforum deckt folglich alle drei Ebenen guter Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung ab, die in der VDI-Richtlinie genannt werden (vgl. VDI, 2014, S. 18-21). Schwerpunkt der Arbeit liegt jedoch auf den Dialogverfahren am Runden Tisch, und damit auf der Mitgestaltung. Das Dialogforum greift dabei auf eine Maßnahme zurück, die sich besonders dafür eignet, strittige Fachthemen – in diesem Fall der Konflikt zwischen Windenergie und Naturschutz – zu bearbeiten (vgl. Dezent Zivil, 2015, S. 14). Eine alternative Herangehensweise wäre die Mediation, die Köppel (wie bereits erwähnt) nicht anbieten möchte. Künftig kann sich der Projektleiter aber vorstellen, dass nach einer Konfliktbearbeitung durch das Dialogforum das Verfahren, wenn nötig, an einen Mediator übergeben wird. Welche Maßnahmen zum Einsatz kommen, entscheiden die Projektleiter aus der Erfahrung heraus sowie abhängig von der konkreten Faktenlage im Einzelfall. Ein systematisches, festgeschriebenes Vorgehen gibt es bisher nicht. Dies bedauert Köppel: „Da lernen wir gerade auch sehr viel, weil man bei manchen Verfahren lernt, dass es vom Dialog her nicht so läuft, wie wir uns das eigentlich gewünscht haben.“ Auch Marquardt erklärt im Interview, dass es ihr oft schwer falle, „die einzelnen Schritte zu überblicken und in eine Reihenfolge zu bringen.“

Sind die Planungen abgeschlossen, steht die Umsetzung des Dialogverfahrens an. Dabei versucht sich das Dialogforum nach Köppel zurückzunehmen und die Akteure dazu zu befähigen, „dass sie selber gucken, wo sie jetzt Vereinbarungen schließen können.“ Diesen Vereinbarungen muss im Anschluss nachgegangen werden. Je nach Verlauf des Verfahrens entscheiden die Projektleiter zudem über weitere Treffen mit den Akteuren. Demnach unterzieht das Dialogforum den Dialogprozess einem begleitenden Monitoring, welches bisher jedoch nicht systematisch umgesetzt wird.

Ebenfalls kontrolliert wird der Umgang mit der Öffentlichkeit während des Dialogverfahrens. Die Dialogprozesse stellen meist vertrauliche Gespräche dar, bei denen vorzeitige Veröffentlichungen laut Köppel als Eskalationstreiber fungieren können. Werden jedoch effektive Lösungen gefunden, steht die gemeinsame Überlegung an, wie diese an die Presse kommuniziert werden können. Dabei versucht das Dialogforum Köppel zufolge „die Leute zu vernetzen, auch hier mit den Ressourcen, die wir im Haus haben.“

Der letzte Punkt des Managementzyklus nach Analyse, Planung und Umsetzung stellt im Sinne des Kommunikations-Controllings (vgl. ICV, 2010, S. 23–29) die Evaluation der Dialogprozesse dar. Zur Beurteilung der Konfliktberatung durch das Dialogforum gab es laut Marquardt „bisher keinen Kriterienkatalog oder eine Qualitätskontrolle“. Bei der Evaluation

verlässt man sich Köppel zufolge auf „das eigene Bauchgefühl.“ Jedoch erklärt Marquardt, dass es positiv wäre, wenn man „das Thema Selbstreflexion und Selbstevaluation [...] noch stärker mit rein bringen würde in die eigene Arbeit.“

#### Erfolgsbeurteilung durch das Dialogforum

Trotz mangelnder Evaluation haben beide Projektleiter eine genaue Vorstellung dessen, was Erfolg für die Arbeit des Dialogforums bedeutet. Marquardt definiert den Erfolg über die Menschen, mit denen das Dialogforum zusammenarbeitet. Für sie handelt es sich um ein erfolgreiches Verfahren, „wenn die Zielgruppen einen Nutzen darin sehen oder einen Mehrwert haben.“ Köppel betrachtet die Konfliktberatung als erfolgreich, wenn es dem Dialogforum gelingt, „den Dialog, der davon nicht geherrscht hat, herzustellen und die Leute dahingehend zu befähigen, dass sie zu Ergebnissen kommen, bei denen alle mitgehen können.“ Ein erfolgreiches Dialogverfahren ist ihm zufolge ein Prozess mit verschiedenen Meilensteinen. So ist es bereits als erster Erfolg zu verzeichnen, bei einem verhärteten Konflikt „alle Leute an einen Tisch zu bekommen.“ Auch wenn „die Leute miteinander in einen Dialog kommen, [...] Vertrauen entsteht, man es dann noch schafft gemeinsame Vereinbarungen zu fassen [und] die Vereinbarungen umgesetzt werden,“ sind das Kriterien, an denen sich laut Köppel der Erfolg der Konfliktberatung messen lässt.

Als Errungenschaft bewerten beide Projektleiter die Bekanntheit des Dialogforums. Nach Köppel hat sich das Angebot „landesweit und auch fast schon bundesweit gut als ein Projekt etabliert.“ Auch Marquardt wertet es als Erfolg, dass das Dialogforum „einfach mittlerweile etabliert ist und es nichts so Vergleichbares gibt.“ Diese Bekanntheit ermöglicht es dem Dialogforum nach Einschätzung der Projektleiter auch im Bereich der Konfliktberatung erfolgreich tätig zu sein. So erklärt Köppel, dass er grundsätzlich den Eindruck habe, „dass wir es in der Konfliktberatung schaffen, Vertrauen und einen ordentlichen Umgang zwischen den Leuten hinzubekommen.“ Marquardt zeigt sich davon überzeugt, dass die „Arbeit [des Dialogforums] von außen als gut angesehen wird.“

Jedoch thematisieren beide Projektleiter im Interview auch eine Schwäche des Dialogforums. Marquardt erklärt, dass die Anzahl der Beratungsfälle „sehr [...] zugenommen hat, gerade durch die EEG-Veränderung [...] und man mittlerweile schauen muss, was können wir überhaupt noch leisten.“ Auch Köppel gibt an, dass sie „aufpassen müssen, dass wir die Anfragen auch bearbeiten können.“ Die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen ist ihm zufolge ebenfalls aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht zu bewerkstelligen.



### 4.3 Das Dialogforum aus Sicht der Konfliktakteure

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz arbeitet als Angebot von NABU und BUND auf vielfältige Weise mit den Akteuren des Windenergieausbaus in Baden-Württemberg zusammen. Damit dies möglich ist, muss das Angebot bei den Zielgruppen bekannt sein. Unter den in der vorliegenden Studie befragten Akteuren lässt sich ein Bekanntheitsgrad von 82 Prozent verzeichnen, was als Erfolg zu werten ist. Dieses Ergebnis ist nicht nur auf den hohen Anteil derer zurückzuführen, die mit dem Dialogforum zusammengearbeitet haben, denn dieser Personenkreis umschließt lediglich 38 Prozent der Befragten. Die interviewten Naturschutzaktiven kennen das Dialogforum aufgrund interner Strukturen der Umweltschutzverbände und der eigenen Mitarbeit in den Verbänden. Die Projektierer geben an, dass sie das Dialogforum über die gemeinsame Arbeit im Bereich der Windenergie kennengelernt haben.

Das Dialogforum erfreut sich nicht nur umfassender Bekanntheit bei den Akteuren; es kommt auch sehr häufig zum Einsatz. Von den 49 Befragten, die angeben, dass bei ihrem Windenergieprojekt eine Beratungseinrichtung oder -agentur involviert ist oder war, haben 40 Befragte mit dem Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz zusammengearbeitet. Das Dialogforum konnte sich folglich als wichtiger Akteur im Rahmen der Konfliktbearbeitung von Windenergiekonflikten in Baden-Württemberg positionieren. Bei den Interviewpartnern wurde die Zusammenarbeit zum Teil durch die Konfliktakteure, zum Teil durch die Mitarbeiter des Dialogforums initiiert.

#### Beratungssituation

Abbildung 30: *Akteuresgruppen der Konfliktberatung in der Onlinebefragung (n=18)*

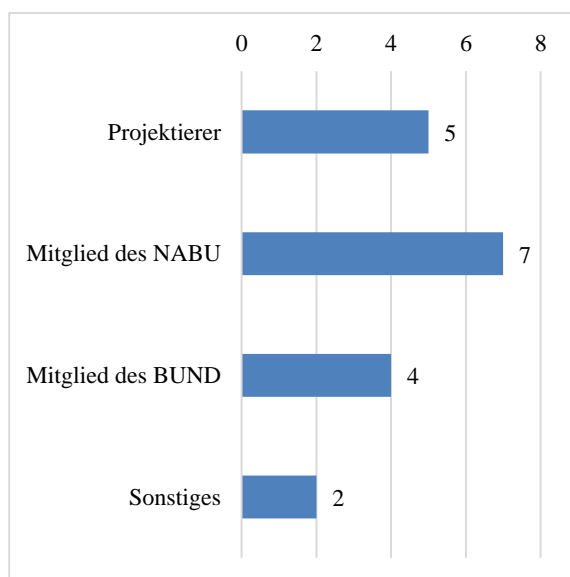
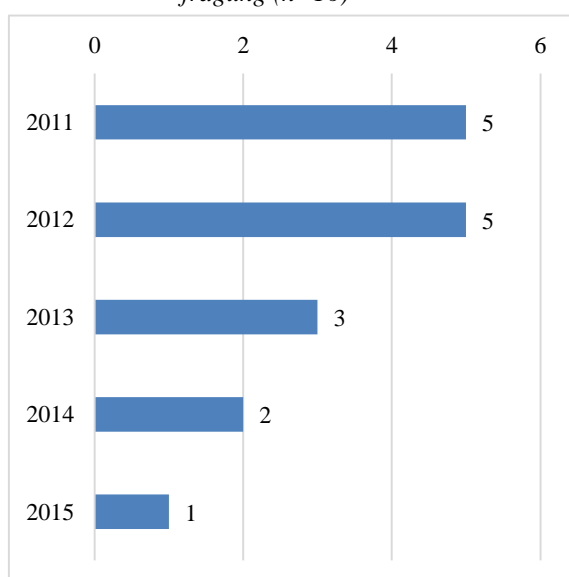


Abbildung 31: *Planungsbeginn der Projekte der Konfliktberatung in der Onlinebefragung (n=16)*



18 Teilnehmer der Befragung haben im Rahmen einer Konfliktberatung mit dem Dialogforum zusammengearbeitet. Darunter finden sich sieben Mitglieder des NABU, vier Mitglieder des BUND und fünf Projektierer (Abb. 30). Die Befragten sind und waren in Windenergieprojekte involviert, deren Planung zu großen Teilen bereits in den Jahren 2011 und 2012 begann (Abb. 31). Es handelt sich dabei um mittlere bis große Windenergieprojekte (Abb. 32), die sich derzeit vor allem in der Genehmigungsplanung befinden (Abb. 33).

Abbildung 32: Größe der Windenergieanlagen der Konfliktberatung in der Onlinebefragung (n=18)

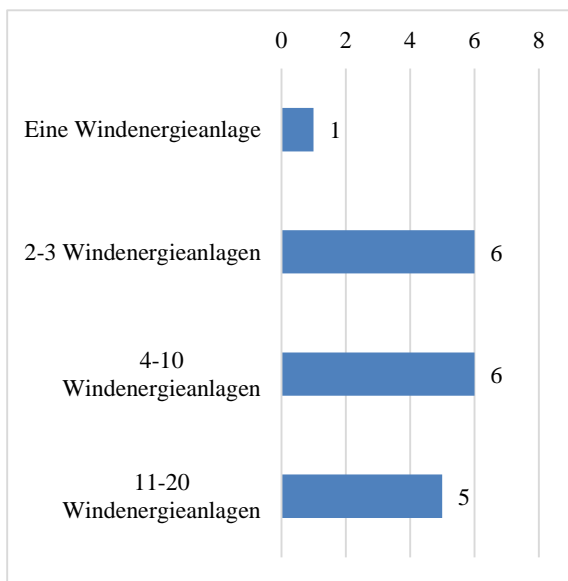
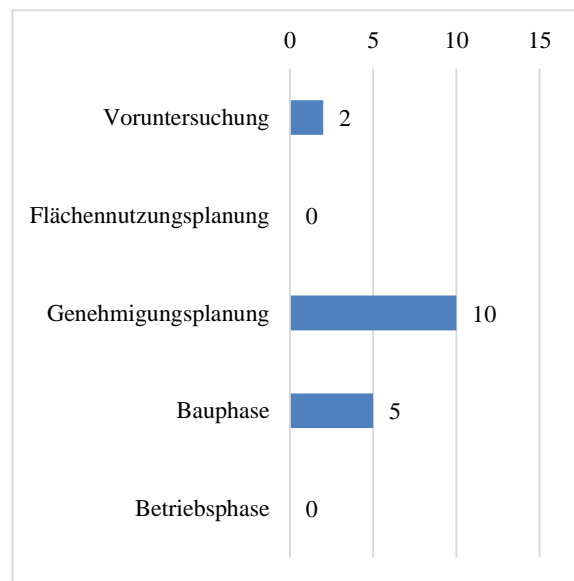
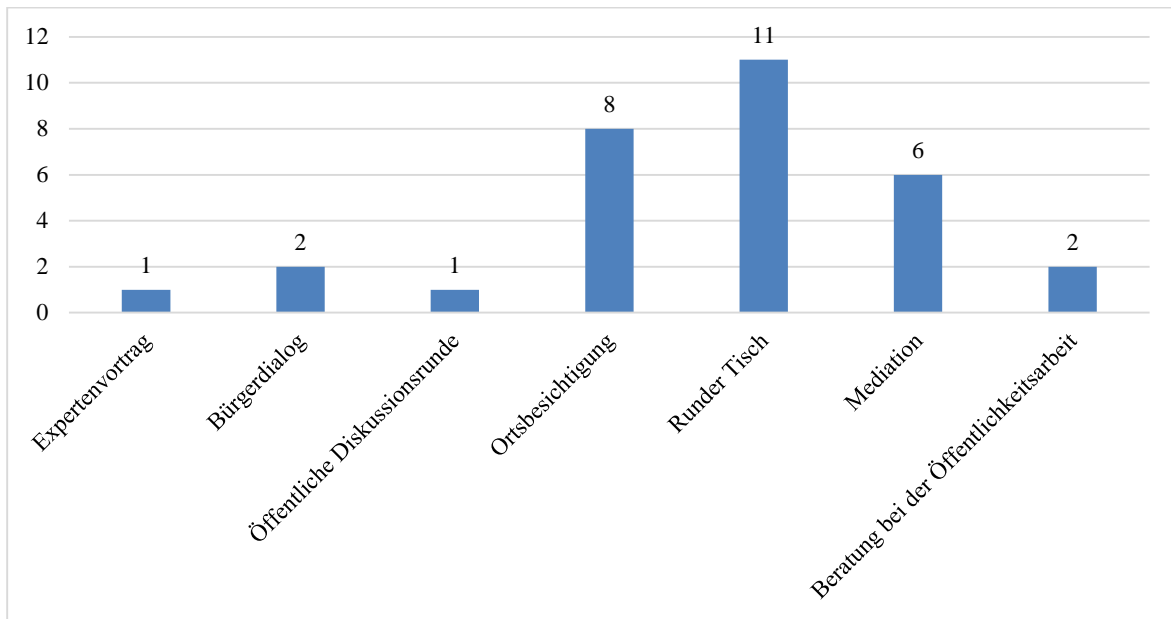


Abbildung 33: Projektphasen der Projekte der Konfliktberatung in der Onlinebefragung (n=17)



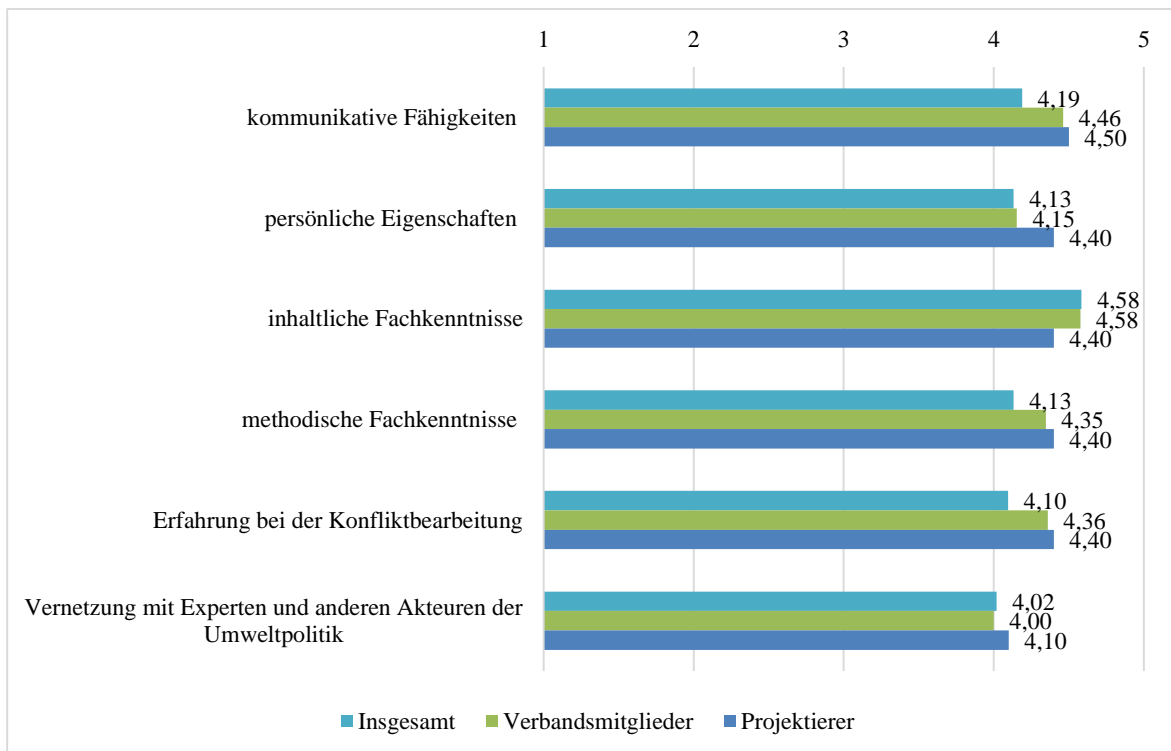
Zur Konfliktbearbeitung initiierte das Dialogforum laut den Befragten vor allem Runde Tische und Ortsbesichtigungen (Abb. 34). Das bestätigen auch die Angaben der interviewten Zielgruppen, die vor allem offene Gespräche und Besichtigungen vor Ort als durchgeführte Vermittlungsmaßnahmen anführen. Die Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit in Form von öffentlichen Diskussionsrunden, Bürgerdialogen oder gezielter Öffentlichkeitsarbeit ist von geringerer Bedeutung, wie die Onlinebefragung zeigt (Abb. 34). Diese Aussagen decken sich mit den Erkenntnissen aus den Interviews mit den Projektleitern des Dialogforums. Erstaunlich ist, dass sechs Befragte angeben, in ihrem Fall sei eine Mediation zum Einsatz gekommen, obwohl das Dialogforum diese Art der Konfliktbearbeitung nicht anbietet. Das Ergebnis ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass vielen Befragten die genaue Definition einer Mediation nicht bekannt ist. Als weitere kommunikative Maßnahmen werden von den Befragten die Vernetzung mit relevanten Akteuren der Windenergie, die Entwicklung von Aktionsplänen und die Teilnahme am Scoping-Termin genannt. Diese Ergebnisse zeigen, dass das Dialogforum mit einem breiten Maßnahmenkatalog sehr individuell auf die jeweiligen Konfliktsituationen eingeht.

Abbildung 34: Genannte Maßnahmen während der Konfliktberatung in der Onlinebefragung (n=18)



### Kompetenzbewertung

Abbildung 35: Bedeutung der Kompetenzen von Beratern in der Onlinebefragung (n=53, 1=überhaupt nicht wichtig; 5=sehr wichtig)

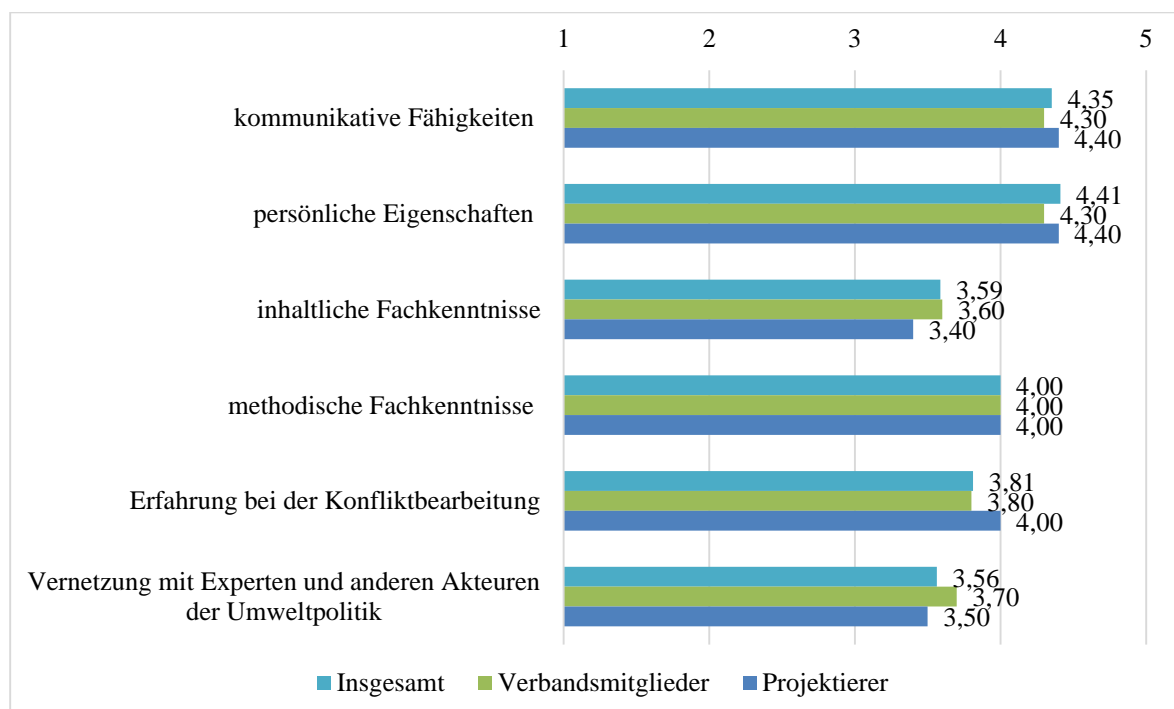


Die Befragten, die bereits Erfahrung mit Beratungseinrichtungen gesammelt haben, schätzen alle aus der Literatur abgeleiteten Kompetenzen als wichtig bis sehr wichtig ein (Abb. 35). Signifikante Unterschiede zwischen den Angaben der Verbandsmitglieder und denen der Projektierer lassen sich nicht nachweisen. Am wichtigsten werden die inhaltlichen Fach-

kenntnisse eingeschätzt ( $M=4,58$ ,  $SD=0,63$ ). Darin sind sich auch die interviewten Naturschutzaktiven und Projektierer einig. Die Mitarbeiter des Dialogforums „sollten fachlich gut informiert sein.“ Dabei werden unter Fachwissen planungs- und naturschutzrechtliche Aspekte verstanden und weniger das Wissen über den Natur- und Artenschutz; hierfür seien stärker die lokalen Naturschutzaktiven zuständig. Ein BUND-Mitglied betont, dass er es als sehr positiv empfinde, „zwischendurch auch mal anrufen zu können und zu sagen, wie sieht dieses und das rechtlich aus.“

Neben inhaltlichen Fachkenntnissen sollten die Mitarbeiter des Dialogforums „Moderations- und Vermittlungsskills [besitzen], um einfach auch eine wertschätzende, achtsame Kommunikation zu ermöglichen.“ Ein anderer Naturschützer hält es für wichtig, dass die Mitarbeiter „auf die Menschen zugehen können und Fronten aufbrechen können.“ Von geringster Bedeutung bei den online abgefragten Kompetenzen kristallisiert sich die Vernetzung mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik ( $M=4,02$ ,  $SD=1,14$ ) heraus. Jedoch wird auch diese als eher wichtig eingestuft.

Abbildung 36: *Bewertung der Kompetenzen des Dialogforums in der Onlinebefragung (n=17, 1=überhaupt nicht zufrieden; 5=sehr zufrieden)*



Bei der Bewertung der Kompetenzen des Dialogforums zeigt sich ein differenzierteres Bild (Abb. 36). Zwar sind die Befragten mit keiner der Qualifikationen des Dialogforums unzufrieden, jedoch lassen sich klare Unterschiede in der Bewertung der Qualifikationen ausmachen. Die Angaben von Projektierern und Verbandsmitgliedern unterscheiden sich dabei kaum.

Die höchste Bewertung wird den persönlichen Eigenschaften zugesprochen ( $M=4,41$ ,  $SD=0,51$ ), gefolgt von den kommunikativen Fähigkeiten ( $M=4,35$ ,  $SD=0,61$ ). Die Befragten schätzen folglich vor allem die Softskills der Mitarbeiter des Dialogforums. Der „persönliche Kontakt mit dem Mitarbeiter“ wird auch in den freien Antwortmöglichkeiten der Onlinebefragung positiv hervorgehoben. Der Dialogprozess ist laut eines interviewten Projektierers sehr stark vom Charakter des einzelnen Mitarbeiters abhängig, da „man [...] ja auch eine Beziehung mit seinem Moderator auf[baut].“ Mit den methodischen Fähigkeiten der Projektleiter ( $M=4,00$ ,  $SD=0,71$ ), die für die Mitarbeiter des Dialogforums selbst sehr wichtig sind, sind die Befragten eher zufrieden. Ein Projektierer erklärt dazu, „dass dort (beim Dialogforum, *Anm. Autor*) jemand ist, der die Tools auch kennt, wie man in solche Gespräche reingeht, damit man offen und recht wertfrei miteinander sprechen kann.“

Die niedrigste Bewertung wird der Vernetzung des Dialogforums mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik zuteil ( $M=3,56$ ,  $SD=1,09$ ). Auch die Interviewpartner sehen diesen Kritikpunkt und erklären, dass eine bessere „Vernetzung in die Behörden, die Regierungspräsidien und vielleicht auch zum LUBW (Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, *Anm. Autor*)“ gut wäre. Ein NABU-Mitglied erklärt, dass es „wünschenswert [wäre], wenn das Dialogforum in jeder Region von vorneherein weiß, wer in dem jeweiligen Fall der Ansprechpartner ist.“ Der Befragte erkennt aber auch, dass eine solche Vernetzung mit der aktuellen Personalausstattung des Dialogforums kaum zu bewerkstelligen sei.

Mit den inhaltlichen Fachkenntnissen des Dialogforums sind die Befragten zwar grundsätzlich zufrieden, jedoch werden diese im Vergleich zu den Softskills der Projektleiter eher schlechter bewertet ( $M=3,59$ ,  $SD=1,00$ ). Aufgrund der großen Bedeutung, die Befragte wie auch Projektleiter des Dialogforums den inhaltlichen Fachkenntnissen zusprechen, lässt sich in diesem Punkt ein Defizit ausmachen. Ob es bei dieser Einschätzung der Befragten um rechtliches Fachwissen oder Kenntnisse im Bereich des Artenschutzes geht, ist aus der Befragung heraus nicht nachzuvollziehen. Zudem wird in den offenen Antworten der Onlinebefragung angemerkt, dass sich das Dialogforum „in keiner Weise mit der Situation vor Ort beschäftigt“ habe und es einen Mangel an „konkrete[n] Informationen zu diesem Projekt“ gäbe. Dieser Aspekt kann ebenfalls in die Bewertung der inhaltlichen Fachkenntnisse eingeflossen sein.

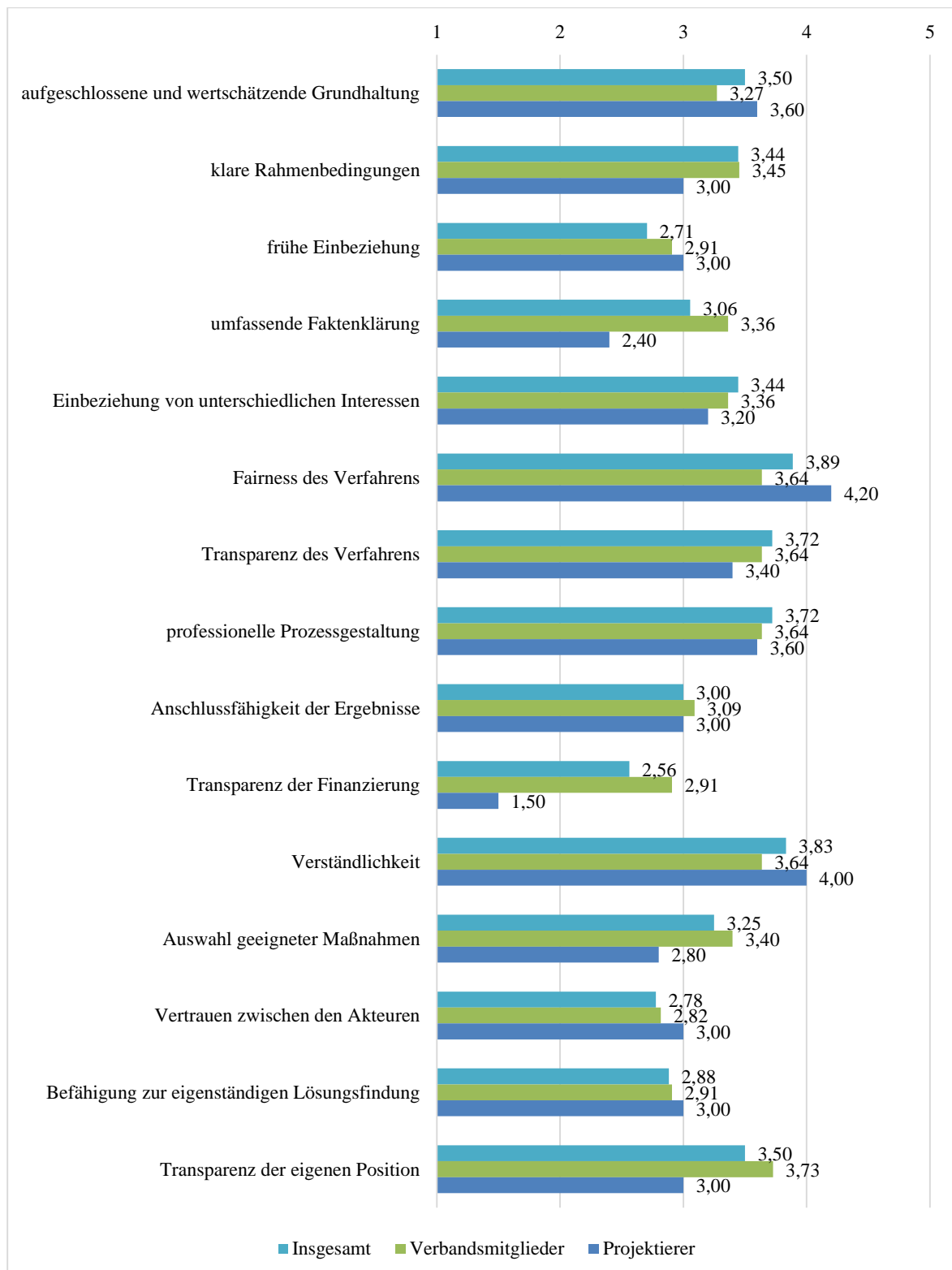
### Bewertung der Zusammenarbeit

Die in den Interviews befragten Naturschutzaktiven und Projektierer haben sich von der Zusammenarbeit mit dem Dialogforum vor allem „Hilfe bei der konstruktiven Lösung von Konflikten um Windkraftanlagen“ und eine „Versachlichung des Themas“ erhofft. Damit decken sich die Erwartungen der Zielgruppen mit den allgemeinen Zielsetzungen des Dialogforums. Diese Ziele wurden laut der Interviewpartner bei ihren konkreten Konfliktfällen erfüllt. So erklärt ein NABU-Mitglied, „dass wirklich die Fronten, die verhärtet waren, geglättet worden sind“, und ein anderer Projektierer ergänzt, „dass da immer die Neutralität gewahrt wurde und dass man sich auch gut und offen miteinander austauschen konnte.“ In den offenen Antworten der Onlinebefragung wird ebenfalls honoriert, dass das Dialogforum dazu beitragen konnte, die „Emotionen von Seiten der Beteiligten aus der Diskussion zu nehmen.“

Analysiert man die Leistung des Dialogforums bei der Bearbeitung von Konfliktfällen anhand der Grundregeln guter Kommunikation der VDI (2014) und anhand eigener Ansprüche der Projektleiter, zeigen sich gewisse Stärken und Schwächen des Dialogforums (Abb. 37). Insgesamt betrachtet sind die Befragten mit sechs der insgesamt 15 Leistungsdimensionen des Dialogforums eher zufrieden, mit neun Punkten sind sie teilweise zufrieden. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Tätigkeit des Dialogforums aus Sicht der Befragten keine gravierenden Mängel aufweist.

Positiv von den Befragten bewertet wird die Anstrengung des Dialogforums, den Dialogprozess für alle Betroffenen fair zu gestalten ( $M=3,89$ ,  $SD=0,90$ ). Die faire Prozessgestaltung wird auch in den Interviews des Öfteren thematisiert. So betont ein Projektierer, dass die Mitarbeiter des Dialogforums stets versuchen, „einen Ausgleich zu schaffen zwischen beiden Seiten.“ Den Projektleitern sei auch das Spannungsfeld zwischen Umwelt- und Naturschutz bewusst gewesen. Trotzdem hätten sie „einen relativ neutralen Blick darauf“ gehabt, wie der zweite Projektierer erklärt. Die Naturschutzaktiven ergänzen, dass die Arbeitsweise des Dialogforums „durchaus ausgewogen ist“ und dass „nie einseitig argumentiert“ werde. In den freien Antworten der Onlinebefragung finden sich jedoch auch kritische Anmerkungen zur Neutralität des Dialogforums. So gäbe es „keine gleichberechtigte Abwägung zwischen Umweltschutzverbänden und Vorhabenträger.“ Zudem wird dem Forum „Befangenheit durch Wirtschaft und Politik“ vorgeworfen.

Abbildung 37: Bewertung der Leistung des Dialogforums in der Onlinebefragung (n=18, 1=überhaupt nicht zufrieden; 5=sehr zufrieden)



Ein weniger strittiges Thema stellt der Beitrag des Dialogforums zur Verständlichkeit des Dialogprozesses dar. Dieser Aspekt wird in der Onlinebefragung am zweit besten bewertet ( $M=3,83$ ,  $SD=0,99$ ). Das Ergebnis ist überraschend, da die Projektleiter in den Interviews

diesen Aspekt nur sporadisch behandeln. Ebenfalls gut bewertet wird von den Befragten der Beitrag des Dialogforums zur Transparenz des Prozesses ( $M=3,72$ ,  $SD=1,07$ ) sowie die professionelle Prozessgestaltung ( $M=3,72$ ,  $SD=0,96$ ).

Mit den Zielen des Dialogforums, die von den Projektleitern in den Interviews genannt werden, zeigen sich die Befragten nur teilweise zufrieden. So kommen die Befragten nur zu mittelmäßigen Ergebnissen, wenn es um die Befähigung der Akteure zu einer eigenständigen Lösungsfindung geht ( $M=2,88$ ,  $SD=0,70$ ) und um den Aufbau von Vertrauen zwischen den Akteuren ( $M=2,78$ ,  $SD=1,06$ ). Ein Mitglied des BUND erklärt jedoch in den Interviews, dass das Dialogforum in seinem Fall durchaus „eine gewisse Vertrauensatmosphäre geschaffen“ habe.

Am wenigsten zufrieden äußerten sich die Befragten mit der Finanztransparenz des Dialogforums ( $M=2,56$ ,  $SD=1,41$ ). Vor allem die Projektierer sind mit dieser Leistung eher unzufrieden ( $M=1,50$ ,  $SD=1,00$ ), während die Verbandsmitglieder eine mittelmäßige Bewertung abgeben ( $M=2,91$ ,  $SD=1,45$ ). Der Unterschied ist jedoch nicht signifikant ( $t(13)=-1.78$ ,  $p=.10$ ). Die negative Bewertung der Finanztransparenz deckt sich mit den Erkenntnissen aus den Interviews mit den Projektleitern und der Analyse der Informationsmaterialien. In beiden Fällen fand diese Grundregel keine Beachtung.

Die Verbandsmitglieder und Projektierer kommen auch bei weiteren Leistungen zu unterschiedlichen Einschätzungen. So bewerten die Projektierer ( $M=2,40$ ,  $SD=0,55$ ) die umfassende Faktenklärung deutlich schlechter als die Verbandsmitglieder ( $M=3,36$ ,  $SD=1,03$ ). Der Unterschied kann jedoch nicht als signifikant nachgewiesen werden ( $t(14)=-1.95$ ,  $p=.071$ ). Die faire Gestaltung des Dialogprozesses wird von den Projektierern deutlich besser bewertet ( $M=4,20$ ,  $SD=0,837$ ) als von den Verbandsmitgliedern ( $M=3,64$ ,  $SD=0,92$ ). Jedoch zeigt sich auch in diesem Punkt kein signifikanter Unterschied ( $t(14)=1.16$ ,  $p=.265$ ). Dass bei den Leistungen des Dialogforums trotz teilweise gegensätzlicher Bewertungen durch die Akteursgruppen keine signifikanten Unterschiede zu finden sind, ist vermutlich auf den vergleichsweise kleinen Datensatz der durchgeführten Onlinebefragung zurückzuführen.

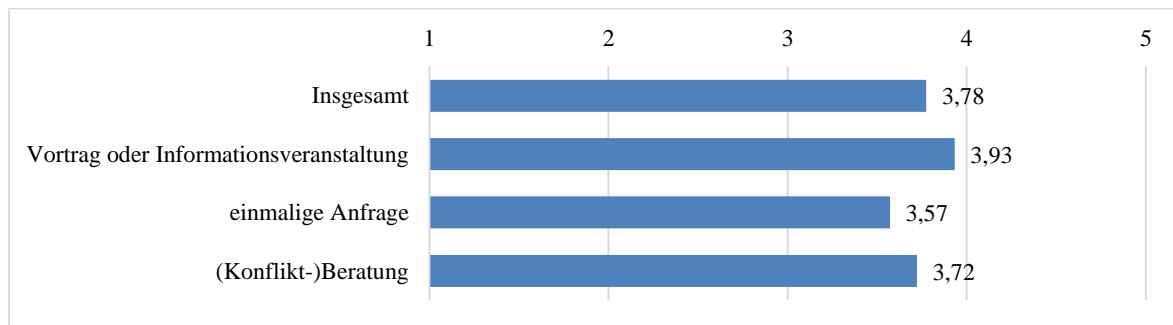
### Gesamtbewertung und Kritik

Die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum stößt bei den Befragten trotz Kritik an einzelnen Leistungen insgesamt auf Zuspruch (Abb. 38) ( $M=3,78$ ,  $SD=1,00$ ). Am besten bewerten diejenigen die Arbeit des Dialogforums, die an Vorträgen oder Informationsveranstaltungen teilgenommen haben ( $M=3,93$ ,  $SD=1,16$ ). Die geringste Zufriedenheit weisen diejenigen



auf, die lediglich bei einmaligen Anfragen mit dem Dialogforum in Kontakt standen ( $M=3,57$ ,  $SD=0,98$ ). Jedoch sind auch diese Befragten eher zufrieden mit der Tätigkeit des Dialogforums. Die derzeitige Hauptzielgruppe des Forums, die Teilnehmer von Konfliktberatungen, sind ebenfalls eher zufrieden mit der Arbeit ( $M=3,72$ ,  $SD=0,90$ ). Auch wenn sich die Verbandsmitglieder ( $M=3,92$ ,  $SD=0,80$ ) geringfügig zufriedener mit der Zusammenarbeit zeigen als die Projektierer ( $M=3,89$ ,  $SD=1,05$ ), lässt sich kein signifikanter Unterschied ausmachen ( $t(32)=-0.10$ ,  $p=.925$ ), was sich auch in den Ergebnissen der Interviews zeigt. Sowohl die interviewten Projektierer als auch die Naturschutzaktiven erklären, dass das Dialogforum „auf jeden Fall eine gute Einrichtung“ sei und die Befragten „immer die Hilfe und die Antworten bekommen“ hätten, die sie benötigten.

Abbildung 38: *Bewertung des Dialogforums nach Art der Zusammenarbeit in der Onlinebefragung (n=40, 1=überhaupt nicht zufrieden; 5=sehr zufrieden)*



Ein befragter Projektierer erklärt, wie „wichtig [es sei], dass es so eine Institution gibt, die versucht, nochmals einen Ausgleich zu schaffen und das Ganze nochmals auf eine fachliche Basis zurückführt.“ Weiter gibt er an, dass bei den Dialogprozessen „immer die Neutralität gewahrt wurde und dass man sich auch gut und offen miteinander austauschen konnte.“ Die wertschätzende Kommunikation auf Augenhöhe wird auch in den freien Antworten der Teilnehmer der Onlinebefragung positiv erwähnt. Demnach ist es dem Dialogforum aus Sicht eines Befragten gelungen, die „Emotionen von Seiten der Beteiligten aus der Diskussion zu nehmen“ und so zu einer Versachlichung des Dialogprozesses beizutragen. Andere Teilnehmer betonen die „offene Kommunikation“ und die „Offenheit, wie wir sprechen konnten.“

Neben den vielen positiven Bewertungen finden sich in den Antworten der Befragten auch kritische Stimmen und Anregungen für Verbesserungen. Ein Mitglied des NABU wünscht sich beispielsweise, dass sich das Dialogforum neben der Windenergiethematik auch anderen Aspekten der Erneuerbaren Energien wie der Biogasgewinnung oder der Wasserkraft öffnen sollte. Jedoch merkt der Befragte an, dass das Dialogforum für eine breitere thematische Ausrichtung mehr Personal benötigen würde.

Die personelle Situation des Dialogforums ist vermehrt ein geäußelter Kritikpunkt der NABU-Mitglieder. So wird angemerkt, dass eine „gewisse personelle Kontinuität“ wünschenswert wäre. Auch einem Projektierer zufolge merke man, „wie es einen gewissen Fadenriss im Dialog gibt,“ wenn ein Projektleiter die Konfliktberatung unterbricht. Den Interviewpartner ist jedoch sehr wohl bewusst, dass sich personelle Wechsel nicht immer vermeiden lassen.

Intensiv diskutiert wird auch der Wunsch, die Öffentlichkeit besser über die Konflikte zwischen der Windenergie und dem Naturschutz durch das Dialogforum zu informieren. Um ein stärkeres Bewusstsein für diese Problematik in der Bevölkerung zu schaffen, schlägt ein Naturschutzaktiver „mehr Öffentlichkeitsarbeit“ vor. Ein Projektierer merkt an, man sei mit den vielen Broschüren bereits auf dem richtigen Weg. Auch in den offenen Antworten der Onlinebefragung finden die „Informationsmaterialien und Fortbildungen für Verbandsbeteiligung“ eine gute Beurteilung. Vor allem die Informationsveranstaltungen seien „für die interessierten Bürger sehr informativ“ gewesen. Ein Mitglied des BUND führt im Interview jedoch einen konkreten Kritikpunkt an einer speziellen Broschüre an: Der Faktencheck Windenergie würde „wesentlich mehr Akzeptanz finden, wenn er ein paar Mythen der Windkraftbefürworter entlarven würde.“ In der jetzigen Form sei die Broschüre zu einseitig und vermittele den Eindruck allein als „Durchsetzungsinstrument für Windkraftanlagen“ zu dienen.

## **5. Fazit**

Konflikte um Windenergieanlagen sind Teil eines gesellschaftlichen Lernprozesses. In diesem Prozess werden zwischen den Befürwortern von Windenergieanlagen und den Gegnern Bedingungen ausgehandelt, unter denen die Anlagen gebaut werden können (Mautz et al., 2008, S. 108–109). Der Umgang mit dem Natur- und Artenschutz muss dabei immer wieder neu verhandelt werden. Die vorliegende Studie zeigt, dass Umweltschutzverbände wie NABU und BUND in den Konflikten wichtige Vermittlungsleistungen übernehmen können. Als etablierte Organisationen mit umfangreichem Knowhow im Bereich der Windenergie sowie des Naturschutzes und einer guten Vernetzung mit den lokalen Naturschutzaktiven können die Verbände Aushandlungsprozesse initiieren und gestalten.

Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass solche Vermittlungsprozesse nur erfolgreich ablaufen können, wenn sie in feste Strukturen eingebunden sind und umfangreiche Vorarbeit von den Konfliktberatern geleistet wird. Die Vermittlungsarbeit von Naturschutzverbänden

findet jedoch auch ihre Grenzen. Das Involvement der Verbände birgt die Gefahr mangelnder Neutralität, die für offene Dialogprozesse unabdingbar ist. Wie die Untersuchung aufzeigt, kann diesem Problem durch einen transparenten und offenen Umgang mit allen Beteiligten begegnet werden. Eine vollständig neutrale Rolle, wie sie beispielsweise für Mediationen nötig ist, werden solche Angebote jedoch grundsätzlich nicht einnehmen können. Auch inhaltlich zeigen sich für Vermittlungsangebote dieser Art Einschränkungen. Beratungseinrichtungen der Naturschutzverbände sind ausschließlich für die Bearbeitung von Konflikten im Naturschutzbereich geeignet. Dies hat zur Folge, dass sich das Angebot sowohl in den Zielgruppen als auch in der Thematik klar positionieren und abgrenzen muss.

## **5.1 Diskussion der Ergebnisse**

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU stellt ein Angebot dar, das im Bereich der Windenergiekonflikte eine Vorreiterrolle einnimmt und daher ein großes Lernpotential offeriert. Als Beratungsangebot verfolgt das Forum das Ziel, zu einer Versachlichung bei Windenergiekonflikten beizutragen und den naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Auf welche Weise und wie erfolgreich diese Ansprüche in die Praxis überführt werden, zeigen die Ergebnisse der im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit durchgeführten Studie. Dabei wurden drei Bereiche untersucht: die Ausgangssituation der Windenergieprojekte in Baden-Württemberg, die Zielsetzung und Arbeitsweisen des Dialogforums und die Bewertung durch die Zielgruppen des Dialogforums.

### Windenergie in Baden-Württemberg

Das Dialogforum sieht sich in Baden-Württemberg mit einer Windenergiesituation konfrontiert, die trotz der dezentralen und heterogenen Planungsstrukturen klare Tendenzen aufweist. Es konnte festgehalten werden, dass sich derzeit vor allem Windparks mit 4 bis 10 Anlagen in der Planung befinden, von denen meist nur wenige Gemeinden betroffen sind. Die Mehrzahl der Projekte befindet sich in der Genehmigungsplanung und wird zwischen den Verwaltungsbehörden und den Energieunternehmen ausgehandelt. Jedoch spielen auch Projektierungs- und Planungsunternehmen sowie NABU und BUND bei vielen Windenergieprojekten eine wichtige Rolle. Thematisch drehen sich die öffentlichen Konflikte häufig um den Bereich des Natur- und Umweltschutzes, wobei es sich nicht um reine Werte- und Zielkonflikte handelt. Vielmehr lässt sich eine Vermischung unterschiedlicher Konflikty-

pen beobachten. Das Konfliktniveau befindet sich in vielen Fällen bereits in einer fortgeschrittenen Phase. Eine Bearbeitung der Konfliktfälle ist daher nötig, aber meist auch noch möglich.

Die Studie ergab, dass diese Einschätzung der Windenergiesituation in Baden-Württemberg von den beiden wichtigsten Zielgruppen des Dialogforums, den Projektierern und den Naturschutzaktiven, geteilt wird. Des Weiteren konnte im Arten- und Landschaftsschutz ein Thema definiert werden, das beiden Akteursparteien wichtig ist. In diesem Aspekt kann ein Ansatzpunkt für weitere Vermittlungsarbeit liegen.

Neben den Parallelen zeigte die Untersuchung jedoch auch Differenzen zwischen den beiden Gruppen. Auffällig ist, dass die Projektierer sowohl den wirtschaftlichen als auch den kommunikativen Erfolg des Windenergieprojektes für substantieller einschätzen als die Verbandsmitglieder, die ihr besonderes Augenmerk auf Naturschutzthemen und die Transparenz des Verfahrens legen. Bei beiden Gruppen herrschen folglich trotz der Anknüpfungspunkte im Arten- und Landschaftsschutz eigene Denkweisen und damit unterschiedliche Themenschwerpunkte vor.

#### Ziele und Arbeit des Dialogforums

Die Mitarbeiter des Dialogforums, so konnte es die Studie zeigen, haben eine genaue Vorstellung von den bestehenden Konfliktfeldern im Bereich der Windenergie in Baden-Württemberg. Bei der eigenen Tätigkeit setzen die Mitarbeiter klare Schwerpunkte. Nach Angaben der Projektleiter Köppel und Marquardt zielt das Dialogforum vor allem auf einen naturverträglichen Ausbau der Windenergie ab. Daher konzentrieren sich die Projektleiter in ihrer Tätigkeit auf das Themenfeld des Arten- und Naturschutzes und die damit verbundenen Werte- und Zielkonflikte. Diese Fokussierung hat eine Einschränkung der Zielgruppen zur Folge. Zwar steht das Dialogforum nach eigenen Angaben allen Interessierten offen; als wichtigste Stakeholder für die Konfliktberatung werden aber die Projektierer und die Naturschutzaktiven genannt.

Die Untersuchung konnte offenlegen, dass ein zweiter kommunizierter Schwerpunkt des Dialogforums in der Bürgerbeteiligung liegt. Dieser Aspekt ist jedoch nicht eindeutig definiert und lässt sich in der konkreten Arbeit des Forums nur bedingt beobachten. Wichtigste Zielgruppe des Dialogforums stellen die Bürger dar, die im Naturschutz aktiv sind. Mit Bürgergruppen, deren thematischer Schwerpunkt nicht im Naturschutzbereich liegt, ergibt sich nur

selten eine Kooperation. Für das Dialogforum ist es folglich sinnvoll, sich mit dem naturverträglichen Windenergieausbau auf die eigenen Kompetenzen zu konzentrieren. Diese Ausrichtung sollte deutlich nach außen kommuniziert werden.

Das Dialogforum ist sich seiner Kompetenzen und ihrer Bedeutung für den erfolgreichen Ausgang eines Dialogprozesses bewusst. Vor allem die inhaltlichen und methodischen Fachkenntnisse schätzen die Projektleiter als Stärke des Dialogforums ein. Nach außen werden die eigenen Kompetenzen nur vereinzelt kommuniziert. Eine Möglichkeit für das Dialogforum, sich noch deutlicher als Vermittler bei Naturschutzkonflikten im Windenergiebereich öffentlich zu positionieren, wäre eine höhere Transparenz der eigenen Qualifikationen.

Das Dialogforum sieht sich selbst als Prozessgestalter, der Vertrauen zwischen den relevanten Akteuren im Bereich des Naturschutzes schafft und der diese befähigt, eigenständig und im Dialog Lösungen zu erarbeiten. Damit dieser Anspruch erreicht wird, legen die Projektleiter großes Augenmerk auf die Gestaltung des Dialogprozesses. Vor allem die aufgeschlossene Grundhaltung aller Beteiligten, die umfassende Faktenklärung und die frühzeitige Einbeziehung aller relevanten Akteure sind für die Verantwortlichen wichtige Punkte. Andere Faktoren wie die klaren Rahmenbedingungen oder die Finanztransparenz werden dagegen nur marginal thematisiert.

In der Studie konnten die verschiedenen Phasen der Beratungsarbeit und die Bedeutung der einzelnen Phasen definiert werden. So gliedert sich die Beratungsarbeit laut den Projektleitern in eine anfängliche Analysephase, auf welche die Planung und Umsetzung der Maßnahmen folgt. Vor allem auf eine umfassende und systematische Analyse der gegebenen Situation wird nach Angaben des Dialogforums großer Wert gelegt. Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen erfolgt stets situationsabhängig und orientiert sich an den Erfahrungen der Mitarbeiter. Auch wenn das Dialogforum bereits verschiedene Maßnahmen der Konfliktbearbeitung umgesetzt hat, zeigen die Befragungen, dass in den meisten Fällen Runde Tische zum Einsatz kommen. Eine Evaluation der Prozessschritte und des konkreten Erfolges steht bisher in der Tätigkeit des Dialogforums aus. Die Defizite bei der strategischen Planung und Auswertung der Vermittlungsprozesse werden auch von den Projektmitarbeitern erkannt und angemerkt. Eine Systematisierung der eigenen Arbeit und die Implementierung eines strategischen Kommunikationsmanagements könnten einen nachhaltigen Erfahrungsaustausch und eine Verbesserung der Beratungsprozesse ermöglichen.

### Bewertung des Dialogforums

Das Dialogforum ist der Studie zufolge ein bekannter Akteur im Bereich der Windenergiekonflikte in Baden-Württemberg. Als Berater von Windenergiekonflikten im Bereich des Natur- und Artenschutzes bietet das Dialogforum ein solches Angebot, das die Zielgruppen erwarten. Die Mehrheit der Befragten zeigt sich mit der Zusammenarbeit zufrieden. Auch wenn nicht in jedem Konfliktfall eine für alle optimale Lösung gefunden werden konnte, hat das Dialogforum nach Aussagen der Befragten zu einer offenen und wertschätzenden Dialogkultur beigetragen. Die Ergebnisse der Studie lassen also eine positive Bewertung der Arbeit des Dialogforums zu.

Eine besondere Stärke des Dialogforums sehen die Befragten dabei in der professionellen Prozessgestaltung sowie in der verständlichen Kommunikation während des Dialogprozesses. Die selbstgestellten Ziele des Dialogforums, die Schaffung von Vertrauen und die Befähigung der Betroffenen zur eigenständigen Problemlösung, werden aus Sicht der Befragten jedoch nur bedingt erreicht. Die größte Schwäche liegt in den Augen der Befragten jedoch in der mangelnden Finanztransparenz des Dialogforums. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Projektleiter des Dialogforums mit ihren Einschätzungen der eigenen Leistungen nicht immer mit denen der Zielgruppen übereinstimmen. Eine kontinuierliche Evaluation durch das Dialogforum könnte die Diskrepanzen zwischen Selbst- und Fremdbild aufzeigen.

Bei der Bewertung der Kompetenzen zeigt sich ein positives Bild. Die Befragten sind mit den Qualifikationen der Projektleiter durchgehend zufrieden. Die besondere Stärke des Dialogforums liegt dabei nicht, wie von den Projektleitern vermutet, in den inhaltlichen Fachkenntnissen, sondern in den Softskills und den persönlichen Eigenschaften der Mitarbeiter. Wie wichtig die Kompetenzen der Mitarbeiter und der persönliche Kontakt zu diesen für die Zielgruppen sind, zeigt sich in den weiteren Angaben der Befragten. Aus deren Sicht könnte eine stärkere Personalausstattung sowie eine höhere personelle Kontinuität dazu beitragen, die Konflikte im Bereich der Erneuerbaren Energie umfassender zu bearbeiten.

Die vorliegende Studie zeigt, dass und in welcher Weise das Dialogforum einen wichtigen Beitrag zur Bearbeitung von Konfliktfällen im Windenergiebereich leistet. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass es für die Zukunft von Bedeutung ist, die bisherigen Erfahrungen des Dialogforums stärker zu systematisieren und ein strategisches Vorgehen abzuleiten, ohne die individuelle und persönliche Komponente zu verlieren. Um das Vertrauen der Zielgruppen zu stärken, ist zudem ein transparenter Umgang mit den eigenen Leistungen, Kompetenzen und Strukturen substanziell.

## 5.2 Kritik und Ausblick

Die vorliegende Studie bietet ein umfangreiches Bild der Rolle des Dialogforums von BUND und NABU bei Windenergiekonflikten in Baden-Württemberg. Die verwendeten Methoden und Modelle erweisen sich als hilfreich für die empirische Analyse von Windenergiekonflikten und deren Bearbeitung. Die Studie zeigt aber auch Grenzen der empirischen Forschung auf und liefert Ansätze für weitere Untersuchungen.

Die Kombination aus quantitativen und qualitativen Erhebungsmethoden, die in der vorliegenden Studie zum Einsatz kommt, bietet die Möglichkeit, den Forschungsgegenstand sowohl in seiner Breite als auch in seiner Tiefe zu erfassen. Die Interviews befördern dabei vielfach Erklärungsansätze für die Ergebnisse der Onlinebefragung zutage. Gleichzeitig zeigen sich auch Probleme bei der Kombination der Methoden. Qualitativ erhobene Daten können nicht immer mit komplexen Kategoriensysteme der quantitativen Erhebungen wie den Grundregeln der VDI (2014) vergleichbar gemacht werden. Auch hat sich, wie im Falle der Einschätzung der inhaltlichen Fachkenntnisse der Projektleiter des Dialogforums, erst im Nachhinein gezeigt, dass dieses Konstrukt nicht komplex genug ist. Durch eine Verfeinerung und bessere Abstimmung der Erhebungsmethoden kann diesen Ungenauigkeiten entgegengewirkt werden.

Das breite Forschungsdesign, das den gesamten Vermittlungsprozess von der Analyse der Ausgangssituation bis zur Bewertung durch die Zielgruppen begutachtet, ermöglicht eine detailreiche Bewertung der Arbeit des Dialogforums. Trotz dieser Breite bleiben einige Aspekte der Konfliktberatung im Dunkeln. Vor allem über die konkrete Konfliktberatung am Runden Tisch oder bei ähnlichen Veranstaltungen können nur indirekt Aussagen getroffen werden. Teilnehmende Beobachtungen könnten Aufschluss darüber bringen, wie solche Verhandlungen ablaufen, welchen Einfluss die Projektleiter des Dialogforums in der Realität nehmen und wie die Diskursqualität ausfällt. Eine weiterführende Untersuchung zu diesen Aspekten steht jedoch vor dem Problem, dass es sich bei den Beratungsgesprächen meist um vertrauliche Prozesse handelt. Eine Beobachtung hätte stets einen Einfluss auf das vertrauliche Umfeld.

Ebenfalls nicht offengelegt werden in der vorliegenden Arbeit die Zusammenhänge der unterschiedlichen Konfliktdimensionen. Das für diese Studie erarbeitete Modell zur Analyse der Konfliktsituation in Baden-Württemberg ermöglicht zwar eine detaillierte Momentaufnahme; dynamische Entwicklungen und Strukturen können jedoch nicht erfasst werden.

Eine umfangreichere Datenbasis, die auch zeitliche Veränderungen beinhaltet, würde ermöglichen, Aspekte wie die Projektphasen oder die Positionen der Akteursgruppen detaillierter zu charakterisieren. Eine solche langfristige und umfassende Untersuchung schafft die Voraussetzung für ein exakteres Verständnis der Konfliktsituationen und erleichtert damit auch die Bearbeitung der Konflikte.

Die vorliegende Studie eröffnet Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen. Sowohl eine weiterführende Analyse des Dialogforums als auch die Übertragung des Forschungsdesigns auf andere Beratungsinstitutionen könnten es künftig erleichtern, der Eskalation von Konflikten im Windenergiebereich entgegenzuwirken und die Aushandlungsprozesse noch konstruktiver zu gestalten.



## 6. Anhang

### 6.1 Literatur

- AGEE-Stat. (2016). *Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im 1. Quartal 2016. Quartalsbericht der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat)*. Dessau-Roßlau.
- AG Energiebilanzen. (2016). *Stromerzeugung nach Energieträgern 1990 - 2015*. Verfügbar unter: [http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=29&file-Name=20160802\\_brd\\_stromerzeugung1990-2015.pdf](http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&file-Name=20160802_brd_stromerzeugung1990-2015.pdf)
- Bandelow, N. C. & Thies, B. (2014). Gerechtigkeitsempfindungen bei Großprojekten als Ursache von Konflikteskalationen? Vertrauen und Legitimität als moderierende Faktoren illustriert am Beispiel der Konflikte um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens. *Politische Psychologie*, (1), 24–37.
- Bauer, K., Brendel, M., Culemann, I., Rettig, J., Böser, B., & Thoms, C. (2013). *Windkraft und die Energiewende: Das Projekt Naturstromspeicher Gaildorf*. Verfügbar unter: [https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/Case-Studies/Naturstromspeicher\\_Gaildorf\\_finaler\\_Auszug.pdf](https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/Case-Studies/Naturstromspeicher_Gaildorf_finaler_Auszug.pdf)
- Benighaus, C., Kastenholz, H. & Renn, O. (2010). Kooperatives Konfliktmanagement für Mobilfunksendeanlagen. In P. H. Feindt & T. Saretzki (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte* (1st ed., S. 275–296). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Best, H. (2014). Großprojekte in Deutschland: Eine Situationsanalyse mit Handlungsempfehlungen. In H. J. Hennecke & V. Kronenberg (Hrsg.), *Großprojekte als unternehmerische und politische Herausforderung* (S. 23–28).
- Betreiber-Datenbasis. (2016). *Unveröffentlichte Zahlen zur Windenergie in Baden-Württemberg*. Verfügbar unter: <http://www.betreiber-datenbasis.de/>
- BMWi. (2015). *Erneuerbare Energien in Zahlen: Nationale und internationale Entwicklung im Jahr 2014*.
- Bogner, A., Littig, B. & Menz, W. (2014). *Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung. Qualitative Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bonacker, T. (2005). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: Einleitung und Überblick. In T. Bonacker (Hrsg.), *Friedens- und Konfliktforschung: Bd. 5. Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung* (3rd ed., S. 9–29). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bösch, S. (2010). Reflexive Wissenspolitik: die Bewältigung von (Nicht-)Wissenskonflikten als institutionenpolitische Herausforderung. In P. H. Feindt & T. Saretzki (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte* (S. 104–122). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Brand, K.-W. (1999). Transformationen der Ökologiebewegung. In A. Klein, H.-J. Legrend, & T. Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven* (S. 237–256). Opladen [u. a.]: Westdt.-Verl.
- Brettschneider, F. (2011). Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 61(44-45), 40–55.

- Brettschneider, F. (2013). Großprojekte zwischen Protest und Akzeptanz: Legitimation durch Kommunikation. In F. Brettschneider & W. Schuster (Hrsg.), *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz* (S. 319–328). Wiesbaden: Springer VS.
- Brettschneider, F. (2014a). Infrastrukturprojekte zwischen Protest und Akzeptanz: Über die Bedeutung der Projektkommunikation. In H. J. Hennecke & V. Kronenberg (Hrsg.), *Großprojekte als unternehmerische und politische Herausforderung* (S. 59–64).
- Brettschneider, F. (2014b). Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung in der Energiewende. In Bundesnetzagentur (Hrsg.), *Wissenschaftsdialog 2014. Technologie, Landschaft und Kommunikation, Wirtschaft* (S. 13–31).
- Brettschneider, F., Remer-Bollow, U., & Thoms, C. (2015). *Abschlussbericht zur Begleitforschung: Nachhaltige Kommunalentwicklung - Gemeinsam auf dem Weg in die Zukunft*.
- Brosius, H.-B., Haas, A. & Koschel, F. (2016). *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung* (7., überarb. u. aktualisierte Aufl.). *Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- BUND. (o. J.). *Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz: Beratung*. Verfügbar unter: <http://www.bund-bawue.de/themen-projekte/klima-und-energie/dialogforum-erneuerbare-energien-und-naturschutz/beratung-und-veranstaltungen/>
- Bundesregierung. (2002). *Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung*. Verfügbar unter: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile)
- BWE. (2015). *A bis Z - Fakten zur Windenergie: Von A wie Arbeitsplätze bis Z wie Ziele der Energieversorgung*. Verfügbar unter: [https://www.wind-energie.de/sites/default/files/download/publication/z-fakten-zur-windenergie/bwe\\_abisz\\_3-2015\\_72dpi\\_final.pdf](https://www.wind-energie.de/sites/default/files/download/publication/z-fakten-zur-windenergie/bwe_abisz_3-2015_72dpi_final.pdf)
- Byzio, A., Heine, H., Mautz, R. & Rosenbaum, W. (2002). *Zwischen Solidarhandeln und Marktorientierung: Ökologische Innovation in selbstorganisierten Projekten ; autofreies Wohnen, Car Sharing und Windenergienutzung. SOFI-Berichte*. Göttingen: Soziologisches Forschungsinst.
- Byzio, A., Mautz, R. & Rosenbaum, W. (2005). *Energiewende in schwerer See?: Konflikte um die Offshore-Windkraftnutzung*. München: oekom-Verl.
- Crolly, H. & Wetzels, D. (2016). *Naturschützer kämpfen für Rotmilan gegen Windkraft*. Verfügbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article157777132/Naturschuetzer-kaempfen-fuer-Rotmilan-gegen-Windkraft.html>
- Dahrendorf, R. (1961). *Gesellschaft und Freiheit: Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. Sammlung Piper: Probleme und Ergebnisse der modernen Wissenschaft*. München: R. Piper.
- Deutsche WindGuard. (2015). *Status des Onshore-Windenergieausbaus in Deutschland Jahr 2015*. Verfügbar unter: [http://www.windguard.de/\\_Resources/Persistent/b6ff13ecabb86fbbdd45851e498d686432a81a2c/Factsheet-Status-Windenergieausbau-an-Land-1.-Halbj.-2015.pdf](http://www.windguard.de/_Resources/Persistent/b6ff13ecabb86fbbdd45851e498d686432a81a2c/Factsheet-Status-Windenergieausbau-an-Land-1.-Halbj.-2015.pdf)

- Dezent Zivil. (2015). *Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg: Erstellt im Rahmen des Projekts „Entscheidungen über dezentrale Energieanlagen in der Zivilgesellschaft“*. Verfügbar unter: [http://dezent-zivil.de/downloads/DZ\\_Broschuere\\_web\\_150129.pdf](http://dezent-zivil.de/downloads/DZ_Broschuere_web_150129.pdf)
- Dr. Christoph Ewen (2016, April 28). Interview von Johannes Bayer. Stuttgart.
- Eder, K. (1999). Dialog und Kooperation: Zur Zähmung der Bewegungsgesellschaft. In A. Klein, H.-J. Legrend, & T. Leif (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven* (S. 28–46). Opladen [u.a.]: Westdt.-Verl.
- Eisenkopf, A., Burgdorf, C. & Rhomberg, M. (2014). Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten: Erfolgsfaktoren guter Kommunikation. In Bundesnetzagentur (Hrsg.), *Wissenschaftsdialog 2014. Technologie, Landschaft und Kommunikation, Wirtschaft* (S. 33–51).
- EnergieAgentur.NRW. (2014). *Windenergievorhaben und Akzeptanz: Bürgerbeteiligung am Planungsverfahren als integratives Projektmanagement*. Verfügbar unter: <http://www.energiesdialog.nrw.de/wp-content/uploads/2015/03/EA.NRW-Windenergievorhaben-und-Akzeptanz-2015.pdf>
- FA Wind. (2015). *Umfrage zur Akzeptanz der Windenergie an Land Herbst 2015: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Akzeptanz der Nutzung und des Ausbaus der Windenergie an Land in Deutschland*. Verfügbar unter: [http://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA\\_Wind\\_Umfrageergebnisse\\_Herbst2015.pdf](http://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/FA_Wind_Umfrageergebnisse_Herbst2015.pdf)
- Falkenstein, E. von. (2006). *Bürgerproteste gegen Windenergieanlagen. Akteursanalyse ausgewählter Bürgerinitiativen in Bayern und Baden-Württemberg*. Technische Universität München, München.
- Franken, M. (1998). *Rauer Wind: Der organisierte Widerstand gegen die Windkraft* (1. Aufl.). Aachen: Alano.
- Früh, W. (2007). *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis* (6., überarb. Aufl.). *UTB: 2501: Medien- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Soziologie*. Konstanz: UVK Verl.-Ges.
- Giegel, H.-J. (1998). Gesellschaftstheorie und Konfliktsoziologie. In H.-J. Giegel (Hrsg.), *Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft: Vol. 1363. Konflikt in modernen Gesellschaften* (1st ed., S. 9–28). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gill, B. (2003). *Streitfall Natur: Weltbilder in Technik- und Umweltkonflikten* (1. Aufl.). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Hein, J.-P. (2012, Juli 9). Auch Bäume machen Krach. *Focus*, S. 96.
- Heymann, M. (1995). *Die Geschichte der Windenergienutzung, 1890-1990*. Frankfurt, New York: Campus.
- Heymann, M. (1998). Zur Geschichte der Windenergienutzung. In G. Altner (Hrsg.), *Beck'sche Reihe: Vol. 1228. Jahrbuch Ökologie 1998* (S. 190–206). München: Beck.
- Hirschl, B., Hoffmann, E. & Wetzig, F. (2004). Erneuerbare Energien zwischen Klima- und Naturschutz. *Ökologisches Wirtschaften*, 19(5), 10–11.

- Holsti, O. R. (1969). *Content analysis for the social sciences and humanities*. Reading, Mass. [etc.]: Addison-Wesley.
- ICV. (2010). *Grundmodell für Kommunikations-Controlling: Controller Statements Grundlagen*. Gauting.
- IfD Allensbach. (2015). *Bürger fordern mehr Investitionen in die Infrastruktur* (Allensbacher Kurzberichte). Allensbach am Bodensee.
- Kastenholz, H. & Benighaus, C. (2003). *Information und Dialog bei der Standortsuche von Mobilfunkanlagen: Ein Praxisleitfaden*. Verfügbar unter: [https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Praxis-Leitfaden\\_Mobilfunkanlagen.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Praxis-Leitfaden_Mobilfunkanlagen.pdf)
- Kepplinger, H. M., Ehming, S. C. & Hartung, U. (2002). *Alltägliche Skandale: Eine repräsentative Analyse regionaler Fälle*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Kiefer, M. (2014). Krisenkommunikation von Unternehmen im Zeitalter von Web 2.0 und Social Media: Einsichten und Konsequenzen für die Kommunikation von Großprojekten. In H. J. Hennecke & V. Kronenberg (Hrsg.), *Großprojekte als unternehmerische und politische Herausforderung* (S. 67–84).
- Klodt, T. (2004). Berücksichtigung avifaunistischer Belange im Vorfeld einer Windparkplanung. In NABU (Hrsg.), *Naturschutz kontra Erneuerbare Energien? Konfliktlösungsstrategien für die Praxis* (S. 21–22).
- Kohl, H. (2005). Wind of Change: Wie Erneuerbare Energien umweltpolitische Denkweisen verändern. In G. Altner (Hrsg.), *Beck'sche Reihe: Vol. 1646. Jahrbuch Ökologie 2006* (S. 32–38). München: C.H. Beck.
- Leuphana Universität Lüneburg & trend:research GmbH. (2013). *Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland*. Verfügbar unter: [https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/Studien/Studie\\_Definition\\_und\\_Marktanalyse\\_von\\_Buergerenergie\\_in\\_Deutschland\\_BBEn.pdf](https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/downloads/Studien/Studie_Definition_und_Marktanalyse_von_Buergerenergie_in_Deutschland_BBEn.pdf)
- LUBW. (2016). *Übersichtskarte Windkraft*. Verfügbar unter: <http://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de/projekte/pages/map/default/index.xhtml?jsessionid=BBFC51BBC1B4DBB977E5332DBA089CE7>
- Mautz, R. (2010). Konflikte um die Offshore-Windkraftnutzung – eine neue Konstellation der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Ökologie. In P. H. Feindt & T. Saretzki (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte* (1st ed., S. 181–197). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mautz, R., Byzio, A. & Rosenbaum, W. (2008). *Auf dem Weg zur Energiewende: Die Entwicklung der Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien in Deutschland*: Universitätsverlag Göttingen.
- Musiol, F. (2004a). Fischhäckselanlagen und Vogelschreddermaschinen: Streit über Erneuerbare Energien bei den Umweltverbänden. *Ökologisches Wirtschaften*, (5), 15–16.
- Musiol, F. (2004b). Klimaschutz im Miteinander: Strategien für einen konfliktarmen Ausbau der Erneuerbaren Energien. In NABU (Hrsg.), *Naturschutz kontra Erneuerbare Energien? Konfliktlösungsstrategien für die Praxis* (S. 35).

- NABU. (o. J.a). *NABU-Chronik in Kurzform: Über 100 Jahre für Mensch und Natur*. Verfügbar unter: <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/geschichte/00351.html>
- NABU. (o. J.b). *Von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg: NABU-Chronik 1899 bis 1918*. Verfügbar unter: <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/geschichte/00348.html>
- NABU. (2013). *Einrichtung einer nationalen Transfer- und Clearingstelle Naturschutz & Energiewende: Erläuterung der NABU-Forderung zur Bundestagswahl 2013*. Verfügbar unter: [http://www.energiewende-naturvertraeglich.de/index.php%3Fid=1291&tx\\_feddownloads\\_pi2\[download\]=5151](http://www.energiewende-naturvertraeglich.de/index.php%3Fid=1291&tx_feddownloads_pi2[download]=5151)
- Nanz, P. & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung: Vol. 1200*. Bonn: Bundeszentrale f. Politische Bildung.
- Ohlhorst, D. & Schön, S. (2010). Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen. In P. H. Feindt & T. Saretzki (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte* (S. 198–218). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oppermann, B. (2001). *Die Katalysatorfunktionen partizipativer Planung im Umweltschutz. Kooperative und Bürgernahe Projekte als neue Instrumente einer umsetzungsorientierten Umwelt- und Landschaftsplanung* (Dissertation). Universität Stuttgart, Stuttgart.
- Renn, O. (2013). Partizipation bei öffentlichen Planungen: Möglichkeiten, Grenzen, Reformbedarf. In S. I. Keil & S. I. Thaidigsmann (Hrsg.), *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung* (S. 71–96). Wiesbaden: Springer VS.
- Rohrig, K. (2015). *Windenergie Report Deutschland 2014*. Verfügbar unter: [http://windmonitor.iwes.fraunhofer.de/opencvms/export/sites/windmonitor/img/Windenergie\\_Report\\_2014.pdf](http://windmonitor.iwes.fraunhofer.de/opencvms/export/sites/windmonitor/img/Windenergie_Report_2014.pdf)
- Rössler, P. (2005). *Inhaltsanalyse. UTB: Vol. 2671*. Konstanz: UVK-Verl.-Ges.
- Saretzki, T. (2010). Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In P. H. Feindt & T. Saretzki (Hrsg.), *Umwelt- und Technikkonflikte* (S. 33–53). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmid, S. I. & Zimmer, R. (2012). *Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden-Württemberg: Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“*. UfU-Paper: 2/12. Berlin: Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
- Selle, K. & Rösener, B. (2003). *Erfolg! Erfolg?: Kriterien für »gute« und »schlechte« Kommunikation bei Planung und Projektentwicklung*. Aachen.
- Staatsministerium Baden-Württemberg. (2014). *Leitfaden für eine neue Planungskultur*. Verfügbar unter: [https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304\\_Planungsleitfaden.pdf](https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf)
- Tacke, F. (2004). *Windenergie: Die Herausforderung gestern, heute, morgen*. Frankfurt am Main: VDMA-Verl.

- UMBW. (2014). *Windatlas Baden-Württemberg*. Verfügbar unter: [https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2\\_Presse\\_und\\_Service/Publikationen/Energie/Windatlas.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/Windatlas.pdf)
- UMBW. (2015). *Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2014*. Stuttgart.
- UMBW. (2016). *Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg 2015. Erste Abschätzung, Stand April 2016*. Stuttgart.
- VDI. (2014). *Richtlinie VDI 7001: Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten*. Berlin: Beuth Verlag.
- Weidner, H. (1996). Freiwillige Kooperationen und alternative Konfliktregelungsverfahren in der Umweltpolitik: Auf dem Weg zum ökologisch erweiterten Neokorporatismus? In W. d. van Daele (Hrsg.), *WZB-Jahrbuch: Vol. 1996. Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren* (S. 195–231). Berlin: Ed. Sigma.
- Wilrich, T. (2002). *Verbandsbeteiligung im Umweltrecht: Wahrnehmung von Umweltinteressen durch Verbände in Rechtsetzungs-, Planungs- und Verwaltungsverfahren*. *Frankfurter Schriften zum Umweltrecht: Bd. 29*. Baden-Baden: Nomos.
- Ziekow, J. & Siegel, T. (2000). *Anerkannte Naturschutzverbände als "Anwälte der Natur": Rechtliche Stellung, Verfahrensbeteiligung und Fehlerfolgen*. Schriftenreihe der Hochschule Speyer: Bd. 139. Berlin: Duncker und Humblot.

## **6.2 Interviewleitfäden**

### **6.2.1 Interviewleitfaden Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz**

#### Block 1: Vorstellung und Funktion des Gegenübers

1. Stellen Sie sich und ihre Funktion im Dialogforum bitte kurz vor.
2. Wie war Ihr persönlicher Werdegang?
3. Was ist Ihre persönliche Intention beim Dialogforum mitzuarbeiten?

#### Block 2: Geschichte des Dialogforums

4. Warum wurde das Dialogforum gegründet?
5. Wie hat sich das Dialogforum seit der Gründung entwickelt?

#### Block 3: Ziele und Visionen des Dialogforums

6. Was ist das Ziel des Dialogforums? (*Nachfragen zum Verständnis der einzelnen Begriffe*)
  - 6.1. Was verstehen Sie unter dem Begriff „naturverträglich“?
  - 6.2. Was verstehen Sie unter dem Begriff „bürgernah“/ „Bürgerbeteiligung“?
  - 6.3. Welche Einstellung vertritt das Dialogforum gegenüber Erneuerbaren Energien?
  - 6.4. Wie positioniert sich das Dialogforum im Spannungsfeld zwischen Klimaschutz und Naturschutz?
7. Was denken Sie kann eine externe Beratungseinrichtung bei Umweltkonflikten leisten?
  - 7.1. Was unterscheidet das Dialogforum von anderen Beteiligungs- und Konfliktberatungen?
  - 7.2. Was ist für Sie gute Kommunikation im Rahmen von Windenergieprojekten?
  - 7.3. Welche Qualifikationen und Fähigkeiten sind Ihrer Meinung nach für die Arbeit beim Dialogforum wichtig?
    - 7.3.1. Woher haben Sie die nötige Expertise für Ihre Arbeit?
8. Gibt es strategische Vorgaben, die das Dialogforum erfüllen muss?
9. Inwieweit spiegeln sich die Ziele von NABU/BUND im Konzept des Dialogforums wieder?
10. Wie finanziert sich das Dialogforum?
11. Wer ist die Zielgruppe des Dialogforums?
  - 11.1. Wie entsteht der Kontakt zu den Akteuren?
  - 11.2. Mit welchen Erwartungen wenden sich die Akteure an Sie?

#### Block 4: Windkraftanlagen und ihr Konfliktpotential

12. Welche zeitliche Dimension haben die Konflikte (Durchschnitt, Minimum, Maximum)?
  - 12.1. In welcher Projektphase befinden sich die meisten Projekte? (Voruntersuchung, Flächennutzungsplanverfahren, Genehmigungsverfahren, Bau- und Betriebsphase)
13. Welche räumliche Dimension haben die Konflikte (Anzahl Betroffener, lokal vs. regional, wie viele Anlagen)?
14. Welche Akteure sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Akteure des Konflikts und warum?
15. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Themen bei den Konflikten?
  - 15.1. Vorlage Themenspinne (*Bewertung Wichtigkeit und Konflikthaftigkeit*)
16. Welchen Konfliktstatus nehmen die bearbeiteten Konflikte vorrangig ein? (*Vorlage Statusmodell*)

#### Block 5: Arbeit des Dialogforums

##### Block 5.1: Analyse der Fälle

17. Wie gehen Sie idealtypisch vor, wenn Sie einen neuen Auftrag bekommen?
  - 17.1. Vor welchen typischen Problemen stehen Sie?
18. Gibt es eine Analysephase?
  - 18.1. Welche Faktoren analysieren Sie? (*Konfliktdimensionen?*)

##### Block 5.2: Planungsphase

19. Wie sieht die Planungsphase aus?
  - 19.1. Wie entwickeln Sie Ziele für die Beratung?
  - 19.2. Wie viel Zeit haben Sie für die Planung von Maßnahmen?
  - 19.3. Wie planen Sie die Maßnahmen?

##### Block 5.3: Umsetzung

20. Welche (Kommunikations-)Maßnahmen setzen Sie in den Fällen ein? (*Informationsveranstaltungen, Ortsbegehungen, Gesprächsrunden, Mediation, Deliberation etc.*)
  - 20.1. Welches Ziel verfolgen Sie mit welcher Maßnahme?
  - 20.2. Wie treffen Sie eine Auswahl?
  - 20.3. Welche Maßnahme bewerten Sie als besonders hilfreich?
  - 20.4. Woran bemessen Sie, ob eine Maßnahme erfolgreich war?



#### Block 5.4: Evaluation

21. Wie definieren Sie im Rahmen des Dialogforums Erfolg?
22. Wie schätzen Sie den Erfolg des Dialogforums ein?
23. Gibt es Messverfahren, mit Hilfe derer Sie den Erfolg des Dialogforums messen?

#### Block 6: Schluss

24. Haben Sie noch irgendwelche Fragen oder möchten sie noch etwas ergänzen?

### **6.2.2 Interviewleitfaden für Naturschutzaktive**

#### Block 1: Vorstellung und Funktion des Gegenübers

1. Seit wann sind Sie im Naturschutz aktiv?
2. Wie und seit wann haben Sie mit dem Thema Windenergie zu tun?

#### Block 2: Windenergiekonflikte

3. Was sind für Sie als Naturschützer die größten Herausforderungen im Bereich des Windenergieausbaus?
4. Wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Konflikte beim Windenergieausbau am besten lösen?

#### Block 3: Das Dialogforum

5. Sie haben bereits mit dem Dialogforum zusammengearbeitet. Woher kennen Sie das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU?
6. Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum zustande gekommen?
7. Wie sah die Zusammenarbeit aus (Länge, Vermittlungsmaßnahmen usw.)?
8. Was haben Sie sich von der Zusammenarbeit mit dem Dialogforum erwartet? (Ziele des Dialogforums?)
9. Was sollte ein Vermittlungsangebot wie das Dialogforum aus Ihrer Sicht leisten?
10. War die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum aus Ihrer Sicht erfolgreich?
  - a) Gab es etwas, das Sie besonders gut fanden?
  - b) Gab es etwas, das Sie nicht gut fanden?

### **6.2.3 Interviewleitfaden für Projektierer**

#### Block 1: Vorstellung und Funktion des Gegenübers

1. Können Sie sich und ihre Funktion bitte kurz vorstellen?
2. Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema Windenergie?
3. Mit was für Windenergieprojekten befassen Sie sich bevorzugt?

## Block 2: Windenergiekonflikte

4. Was sind für Sie als Projektierer die größten Herausforderungen im Bereich des Windenergieausbaus?
5. Wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Konflikte beim Windenergieausbau am besten lösen?

## Blick 3: Das Dialogforum

6. Sie haben bereits mit dem Dialogforum zusammengearbeitet. Woher kennen Sie das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz von BUND und NABU?
7. Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum zustande gekommen?
8. Wie sah die Zusammenarbeit aus (Länge, Vermittlungsmaßnahmen usw.)?
9. Was haben Sie sich von der Zusammenarbeit mit dem Dialogforum erwartet? (Ziele des Dialogforums?)
10. Was sollte ein Vermittlungsangebot wie das Dialogforum aus Ihrer Sicht leisten?
11. War die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum aus Ihrer Sicht erfolgreich?
  - a) Gab es etwas, das Sie besonders gut fanden?
  - b) Gab es etwas, das Sie nicht gut fanden?

## **6.3 Codebuch Inhaltsanalyse**

### **Codiereinheit**

Die Codiereinheit stellt eine gesamte Kommunikationsmaßnahme dar. Das kann eine Broschüre, eine Webseite oder ein Flyer sein. Für die Codierung wird stets der gesamte Text analysiert und codiert. Ausgeschlossen sind das Inhaltsverzeichnis, das Impressum sowie angehängte Daten und Formulare. Ebenfalls nicht beachtet werden Passagen, die nicht das Thema Energiewende, Windenergie oder verwandte Themen behandeln. Wiederkehrende Elemente auf Webseiten wie Teaser werden nur einmal codiert.

### **Häufigkeitscodierung**

Für Kategorie 6 bis 8, 13 und 15 werden die Häufigkeiten der Ausprägungen codiert. Dafür wird je eine Informationseinheit innerhalb der Codiereinheit als Ganzes betrachtet. Eine Informationseinheit stellt einen durch Formatierung geschlossenen Textabschnitt dar (z. B. Überschrift, Absatz usw.).

*Erklärbeispiel: Wird in einem Absatz mehrfach der BUND genannt, wird die Kategorie 7b einmal gezählt.*

### **Kategorien**

<b>1. ID</b>	
Fortlaufende zweistellige Nummer	
<b>2. Texttyp</b>	
01	Broschüre (Din A4 und mindestens 12 Seiten)

02	Flyer ( <i>Faltblatt, kleiner als Din A4</i> )
03	Webseite
<b>3. Titel</b>	
Titel der Kommunikationsmaßnahme	
<b>4. Veröffentlichungsdatum</b>	
Das Veröffentlichungsdatum ist eine vierstellige Zahl Format: Jahr/Monat Beispiel: 1304	
<b>5. Adressat</b> (Klare Adressierung zu Beginn der Kommunikationsmaßnahme z. B. in der Einleitung)	
01	Umweltschutzaktive
02	Bürgerinitiativen
03	Bürger
04	Behörden
05	Projektierer
06	Unklar/Vermischt
<b>6. Projektphasen</b>	
<b>6a. Voruntersuchung/Regionalplanung</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>6b. Flächennutzungsplan (FNP)</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>6c. Genehmigungsplanung/Genehmigungsverfahren</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>6d. Bauphase (Montage)</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>6e. Betriebsphase</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7. Akteure</b>	
<b>7a. Projektierer/Planer</b> ( <i>allgemein oder Nennung spezifisches Unternehmen</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>7b. BUND</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7c. NABU</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7d. Lokale Umweltschutzaktive</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7e. Kommune/Gemeinde</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7f. Landratsamt</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7g. Lokale Parteien/Politik</b> ( <i>allgemein oder spezifische Partei</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>7h. (Genehmigungs-) Behörde/Verwaltung</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7i. Kompetenzzentren Energie bei den Regierungspräsidien</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7j. Bürgerinitiativen</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7k. Bürger/Bevölkerung/Anwohner</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7l. Medien/Presse</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>7m. Betreiber/Energiekonzerne</b>	
Anzahl der Nennungen	

<b>8. Themen</b>
<b>8a. Kosten &amp; Rentabilität der Anlage</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8b. Wirtschaftliche Risiken</b> (z. B. <i>Investitionsrisiken</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8c. Konkurrierende Interessen von Einzelnen</b> (z. B. <i>Landwirtschaft, Tourismus, Militär</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8d. Anlage als Wirtschaftsfaktor für die Region/Gemeinde</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8e. Symptome/Krankheit/Gesundheit</b> (z. B. <i>Kopfschmerzen, Schlafprobleme, psychische Krankheiten u. Ä.</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8f. Konkrete Risikoquellen</b> (z. B. <i>(Infra-) Schall, Eiswurf, Lärm</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8g. Unkonkrete Ängste/Befürchtungen</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8h. Bedeutung der Natur als Erholungsort</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8i. Landschaftsbild</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8j. Energiewende/Klimaschutz</b> ( <i>Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und Ausbau regenerativer Energien</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8k. Tier- &amp; Artenschutz</b> ( <i>Schutz bedrohter Tierarten wie Fledermaus oder Rotmilan</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8l. Landschaftsschutz</b> ( <i>Schutz von Naturgebieten wie z. B. alte Wälder o. Ä.</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8m. Sympathie mit Vorhabenträger</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8n. Organisation des Projekts</b> ( <i>Güte der Planung</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8o. Kompetenz der Vorhabenträger</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8p. Glaubwürdigkeit der Vorhabenträger</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8q. Transparenz des Verfahrens</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8r. Erfüllung politischer Vorgaben</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8s. Macht und Ohnmacht gegenüber Politik</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8t. Energieversorgung</b> (z. B. <i>Dezentralität, Versorgungssicherheit, Stromnetz</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8u. Bürgerbeteiligung/Öffentlichkeitsbeteiligung</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8v. Dorf-/Gemeinde-Entwicklung</b>
Anzahl der Nennungen
<b>8w. Soziales Gefüge der Gemeinde</b> ( <i>Akzeptanz vor Ort</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8x. Eigenschaften der Anlage</b> (z. B. <i>Größe, Leistung</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>8z. Eignung des Standortes</b> (z. B. <i>Windhöfigkeit, Bodenbeschaffenheit, Infrastruktur</i> )
Anzahl der Nennungen

<b>9. Ziele des Dialogforums</b>	
01	Ziele des Dialogforums werden thematisiert
02	Ziele des Dialogforums werden <u>nicht</u> thematisiert
<b>9a. Ziele des Dialogforums</b>	
Offene Codierung der genannten Ziele	
<b>10. Akteure des Dialogforums</b>	
01	Akteure des Dialogforums werden thematisiert
02	Akteure des Dialogforums werden <u>nicht</u> thematisiert
<b>11. Finanzierung des Dialogforums</b>	
01	Finanzierung des Dialogforums wird offengelegt
02	Finanzierung des Dialogforums wird <u>nicht</u> offengelegt
<b>12. Leistungen des Dialogforums</b>	
01	Informationsmaterial wird thematisiert
02	Veranstaltungen werden thematisiert
03	(Konflikt-)Beratung wird thematisiert
04	Informationsmaterial und Veranstaltungen werden thematisiert
05	Informationsmaterial und Beratung werden thematisiert
06	Veranstaltungen und Beratung werden thematisiert
07	Alle drei Angebote werden thematisiert
08	Keine Leistung wird thematisiert
<b>13. Kompetenzen des Dialogforums</b>	
<b>13a. Kommunikative Fähigkeiten</b> ( <i>Moderation, Öffentlichkeitsarbeit usw.</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>13b. Persönliche Eigenschaften</b> ( <i>Offenheit, Freundlichkeit, ein motivierendes, empathisches Wesen</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>13c. Inhaltliche Fachkenntnisse</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>13d. Methodische Fachkenntnisse</b> ( <i>Dialogverfahren, Beratung usw.</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>13e. Erfahrung bei Konfliktbearbeitung</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>13f. Vernetzung mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>14. Konfliktlösungsansätze des Dialogforums</b>	
01	Konfliktlösungsansätze werden genannt
02	Konfliktlösungsansätze werden <u>nicht</u> genannt
<b>14a. Instrumente</b>	
Freie Nennung von Instrumenten	
<b>15. Kriterien guter Kommunikation</b> ( <i>Grundregeln werden thematisiert oder gefordert</i> )	
<b>15a. Aufgeschlossene und wertschätzende Grundhaltung</b> ( <i>Kommunikation auf Augenhöhe</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>15b. Klare Rahmenbedingungen</b> ( <i>feste Ziele, Regeln und Vorgaben</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>15c. Frühzeitige Einbeziehung der Bürger</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>15d. Umfassende Faktenklärung</b> ( <i>Information</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>15e. Einbeziehung von unterschiedlichen Interessen</b> ( <i>Einbindung aller relevanten Akteure</i> )	
Anzahl der Nennungen	
<b>15f. Professionelle Prozessgestaltung für Fairness und Transparenz</b>	
Anzahl der Nennungen	
<b>15g. Anschlussfähigkeit der Ergebnisse</b> ( <i>Mitbestimmung</i> )	

Anzahl der Nennungen
<b>15h. Transparenz der Finanzierung</b>
Anzahl der Nennungen
<b>15i. Verständliche Kommunikation</b> ( <i>klare, verständliche Sprache, Visualisierung und Bebilderung</i> )
Anzahl der Nennungen
<b>15j. Vielfalt der genutzten Kommunikationsinstrumente</b> ( <i>unterschiedliche Methoden</i> )
Anzahl der Nennungen

## 6.4 Fragebogen Onlinebefragung

### Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg ist ein komplexes Vorhaben, bei dem viele unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden müssen. Mit dieser Umfrage der Universität Hohenheim soll die aktuelle Situation in Baden-Württemberg untersucht und die Rolle der Naturschutzverbände beleuchtet werden. Die Umfrage richtet sich an alle Projektierer und Naturschutzaktiven, die aktuell oder in den vergangenen Jahren an der Planung eines Windenergieprojekts beteiligt waren.

Die Studie ist Teil einer Masterarbeit zur Windenergie in Baden-Württemberg. Die Güte der Umfrageergebnisse hängt maßgeblich von einer breiten Beteiligung an der Umfrage ab. Ich bin auf Ihre Antwort angewiesen und daher ist Ihre Mitarbeit für mich von großer Bedeutung.

Selbstverständlich behandle ich die Antworten vertraulich. Alle Antworten werden rein statistisch und anonym ausgewertet.

Falls Sie Fragen oder Anmerkungen zur Umfrage haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung: Johannes.bayer@uni-hohenheim.de

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Bayer

[Seite 1]

### 1. Inwiefern sind/waren Sie in die Planung oder den Bau von Windenergieanlagen involviert?

Ich bin...

- Projektierer
- Mitglied des NABU
- Mitglied des BUND
- Sonstiges [offene Antwort]

**2. Mit wie vielen Windenergieprojekten hatten Sie bisher zu tun?**

- Mit einem Projekt
- Mit mehreren Projekten [Filter → Zwischenseite]

[Seite 2]

Sie haben gerade angegeben, dass Sie in der Vergangenheit bereits mehrfach mit Planungsprozessen von Windenergieanlagen zu tun hatten. Bitte beziehen Sie sich bei der Beantwortung der nachfolgenden Fragen lediglich auf das letzte Projekt, bei dem Sie involviert waren.

[Seite 3]

**3. In welchem Regierungsbezirk von Baden-Württemberg befindet/befand sich das Windenergieprojekt?**

- Regierungsbezirk Stuttgart
- Regierungsbezirk Karlsruhe
- Regierungsbezirk Freiburg
- Regierungsbezirk Tübingen

**4. Wie viele Gemeinden sind/waren von dem Windenergieprojekt betroffen?**

- Eine Gemeinde
- 2-3 Gemeinden
- Mehr als drei Gemeinden

**5. Wie viele Windenergieanlagen umfasst/umfasste das Projekt?**

- Eine Windenergieanlage
- 2-3 Windenergieanlagen
- 4-10 Windenergieanlagen
- 11-20 Windenergieanlagen
- Mehr als 20 Windenergieanlagen

[Seite 4]

**6. Wann haben die Planungen des Windenergieprojekts begonnen?**

[offene Antwort]

**7. In welcher Projektphase befindet sich das Windenergieprojekt derzeit?**

- Voruntersuchung
- Flächennutzungsplanung
- Genehmigungsplanung
- Bauphase
- Betriebsphase

**8. Wann wird/wurde die Windenergieanlage (voraussichtlich) in Betrieb genommen?**

[offene Antwort]

[Seite 5]

**9. Welche der im Folgenden genannten Akteure sind/waren an der Planung und der öffentlichen Diskussion über das Windenergieprojekt beteiligt?**

[Mehrfachnennungen sind möglich]

- Nationale Energieversorger
- Lokale oder regionaler Energieversorger
- Bürgerenergieunternehmen
- Planungs- und Projektierungsunternehmen
- NABU Bezirksverbände
- BUND Regionalgesellschaftsstellen
- NABU Kreisverbände und Gruppen
- BUND Kreis- und Ortsverbände
- Kommune
- Landratsamt
- Lokale Parteien
- Genehmigungsbehörde
- Kompetenzzentren Energie bei den Regierungspräsidien
- Bürgerinitiative
- Medien

**10. Gibt es weitere Akteure, die an der Planung und der öffentlichen Diskussion über das Windenergieprojekt beteiligt sind/waren?**

[offene Antwort]

[Seite 6]

Unten sehen Sie eine Liste mit Themen, die im Rahmen von Windenergieprojekten eine Rolle spielen. Bitte bewerten Sie die Themen zunächst nach ihrer Wichtigkeit und auf der nachfolgenden Seite nach ihrer Konflikthaftigkeit.

**11. Wenn Sie an das Windenergieprojekt denken, wie wichtig sind/waren Ihnen folgende Themen?**

[5-Punkte Skala von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“]

- Kosten & Rentabilität der Anlage
- Wirtschaftliche Risiken der Anlage
- Konkurrierende wirtschaftliche Interessen von Einzelnen
- Anlage als Wirtschaftsfaktor
- Symptome (Kopfschmerzen, Schlafprobleme, psychische Krankheiten u. Ä.)
- Konkrete Risikoquellen (Infraschall, Eiswurf, Lärm u. Ä.)
- Unkonkrete Ängste
- Bedeutung der Natur als Erholungsort
- Landschaftsbild
- Energiewende
- Tier- & Artenschutz
- Landschaftsschutz



- Sympathie mit Vorhabenträger
- Organisation des Windenergieprojekts
- Kompetenz des Vorhabenträgers
- Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers
- Transparenz des Verfahrens
- Erfüllung politischer Vorgaben
- Macht und Ohnmacht gegenüber Politik
- Energieversorgung
- Bürgerbeteiligung
- Dorf-/Gemeinde-Entwicklung
- Soziales Gefüge der Gemeinde
- Eigenschaften der Anlage (Größe, Leistung u. Ä.)
- Eignung des Standortes (Windhöfigkeit, Geländebeschaffenheit u. Ä.)

**12. Gibt es weitere Themen, die bei dem Windenergieprojekt eine Rolle spielen/spielten?**

[offene Antwort]

[Seite 7]

**13. Wenn Sie an die öffentliche Diskussion über das Windenergieprojekt denken, wie konflikthaft sind/waren die folgenden Themen.**

[5-Punkte Skala von „überhaupt nicht konfliktthaft“ bis „sehr konfliktthaft“]

- Kosten & Rentabilität der Anlage
- Wirtschaftliche Risiken der Anlage
- Konkurrierende wirtschaftliche Interessen von Einzelnen
- Anlage als Wirtschaftsfaktor
- Symptome (Kopfschmerzen, Schlafprobleme, psychische Krankheiten u. Ä.)
- Konkrete Risikoquellen (Infraschall, Eiswurf, Lärm u. Ä.)
- Unkonkrete Ängste
- Bedeutung der Natur als Erholungsort
- Landschaftsbild
- Energiewende
- Tier- & Artenschutz
- Landschaftsschutz
- Sympathie mit Vorhabenträger
- Organisation des Windenergieprojekts
- Kompetenz des Vorhabenträgers
- Glaubwürdigkeit des Vorhabenträgers
- Transparenz des Verfahrens
- Erfüllung politischer Vorgaben
- Macht und Ohnmacht gegenüber Politik
- Energieversorgung
- Bürgerbeteiligung

- Dorf-/Gemeinde-Entwicklung
- Soziales Gefüge der Gemeinde
- Eigenschaften der Anlage (Größe, Leistung u. Ä.)
- Eignung des Standortes (Windhöffigkeit, Geländebeschaffenheit u. Ä.)

[Seite 8]

**14. Im Folgenden finden Sie einige Aussagen, welche den Eskalationsgrad der öffentlichen Diskussion beschreiben. Diese reichen von einem Zustand geringer öffentlicher Aufmerksamkeit bis zur totalen Blockade. Bitte kreuzen Sie die Aussage an, die auf Ihr Windenergieprojekt zutrifft.**

- Es gibt/gab keine öffentliche Diskussion über das Projekt.
- Das Projekt wird/wurde von einzelnen Betroffenen wahrgenommen.
- Es hat/hatte ein erster Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit bezüglich des Projekts eingesetzt.
- Es hat/hatte eine Polarisierung und Lagerbildung in der öffentlichen Diskussion bezüglich des Projekts stattgefunden.
- Es haben sich feste Koalitionen und Interessengruppen gebildet.
- Die Fronten zwischen den Akteuren sind/waren verhärtet.
- Es besteht/bestand eine totale Blockade zwischen den Akteuren.

[Seite 8]

**15. Ist/war bei dem Windenergieprojekt eine externe Beratungseinrichtung oder -agentur beteiligt?**

- Ja
- Nein

**16. Kennen Sie das „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ von BUND und NABU Baden-Württemberg? (Filter 1)**

- Ja
- Nein [Weiter zu Schlussfolie]

[Seite 9]

**17. Besteht/Bestand bei Ihrem Windenergieprojekt eine Zusammenarbeit mit dem „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“? (Filter 2)**

- Ja
- Nein [Weiter zu Schlussfolie]

[Seite 10]

**18. Wie sieht/sah die Zusammenarbeit mit dem Dialogforum aus? (Filter 3)**

- Vortrag oder Informationsveranstaltung durch Mitarbeiter des Dialogforums (Weiterleitung zu Frage 23)
- Einmalige Anfrage bei einem der Mitarbeiter des Dialogforums (Weiterleitung zu Frage 23)
- (Konflikt-)Beratung durch das Dialogforum

[Seite 11]

**19. In welcher Projektphase befindet/befand sich das Projekt gerade, als die Zusammenarbeit mit dem „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ zustande kam?**

- Voruntersuchung
- Flächennutzungsplanung
- Genehmigungsplanung
- Bauphase
- Betriebsphase

**20. Wie lange besteht/bestand die Zusammenarbeit mit dem „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“? (Angabe in Monaten)**

[offene Antwort]

**21. Welche der folgenden Maßnahmen werden/wurden im Rahmen des Windenergieprojekts durch das „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ initiiert und organisiert?**

[Mehrfachnennung möglich]

- Expertenvortrag
- Bürgerdialog
- Öffentliche Diskussionsrunde
- Ortsbesichtigung
- Runder Tisch
- Mediation
- Beratung bei der Öffentlichkeitsarbeit

**22. Gibt es weitere Maßnahmen, die im Rahmen des Windenergieprojekts durch das „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ initiiert und organisiert werden/wurden?**

[offene Antwort]

[Seite 12]

**23. Im Folgenden finden Sie einige Aussagen bezüglich der Arbeit des „Dialogforums Erneuerbare Energien und Naturschutz“. Bitte bewerten Sie inwieweit die Aussagen zutreffen.**

Das Dialogforum hat...

[5-Punkte Skala von „trifft überhaupt nicht zu“ bis „trifft voll zu“]

- ...zu einer aufgeschlossenen und wertschätzenden Grundhaltung aller Beteiligten beigetragen.
- ...geholfen klare Rahmenbedingungen für den Dialogprozess zu schaffen.
- ...eine frühzeitige Einbeziehung aller relevanten Akteure in den Dialogprozess ermöglicht.
- ...eine umfassende Faktenklärung ermöglicht.
- ...dafür gesorgt, dass alle relevanten Interessen Einzug in den Dialogprozess gefunden haben.
- ...den Dialogprozess für alle Beteiligten fair gestaltet.

- ...hat auf die Transparenz des Dialogprozesses geachtet.
- ...den Dialogprozess professionell gestaltet.
- ...die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse sichergestellt.
- ...die eigene Finanzierung offen kommuniziert.
- ...auf Verständlichkeit während des Dialogprozesses geachtet.
- ...die geeigneten Maßnahmen ausgewählt.
- ...Vertrauen zwischen den Akteuren aufgebaut.
- ...die beteiligten Akteure befähigt zu einer eigenständigen Lösung zu kommen.
- ...die eigene Position offen kommuniziert.

[Seite 13]

**24. Wenn Sie an BeraterInnen für Windenergiekonflikte denken, wie wichtig sind Ihnen die folgenden Qualifikationen für deren Arbeit?**

[5-Punkte Skala von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“]

- Kommunikative Fähigkeiten (Moderation, Öffentlichkeitsarbeit usw.)
- Persönliche Eigenschaften (Offenheit, Freundlichkeit und ein motivierendes, empathisches Wesen)
- Inhaltliche Fachkenntnisse
- Methodische Fachkenntnisse (Dialogverfahren, Beratung usw.)
- Erfahrung bei der Konfliktbearbeitung
- Vernetzung mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik

[Seite 14]

**25. Und nun zum „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“: In wie weit sind/waren Sie mit den folgenden Qualifikationen des Dialogforums zufrieden?**

[5-Punkte Skala von „überhaupt nicht zufrieden“ bis „sehr zufrieden“]

- Kommunikative Fähigkeiten (Moderation, Öffentlichkeitsarbeit usw.)
- Persönliche Eigenschaften (Offenheit, Freundlichkeit und ein motivierendes, empathisches Wesen)
- Inhaltliche Fachkenntnisse
- Methodische Fachkenntnisse (Dialogverfahren, Beratung usw.)
- Erfahrung bei der Konfliktbearbeitung
- Vernetzung mit Experten und anderen Akteuren der Umweltpolitik

**26. Wie zufrieden sind/waren Sie insgesamt mit der Zusammenarbeit mit dem „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“?**

[5-Punkte Skala von „überhaupt nicht zufrieden“ bis „sehr zufrieden“]

**27. Was finde/fanden Sie bei der Zusammenarbeit mit dem „Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz“ besonders gut/schlecht?**

[offene, optionale Frage]

[Seite 15]

**Abschlussseite**

Vielen Dank, dass Sie an der Befragung teilgenommen haben.

Falls Sie Fragen zur Studie haben, können Sie mich gerne unter folgender E-Mail-Adresse kontaktieren: [johannes.bayer@uni-hohenheim.de](mailto:johannes.bayer@uni-hohenheim.de)

Sie interessieren sich für die Ergebnisse der Studie, dann tragen Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse im folgenden Feld ein. Diese wird separat gespeichert und ermöglicht daher keine Rückschlüsse auf Ihre Antworten.

[leeres Feld für E-Mail]

[Seite 16]

Die Umfrage ist nun beendet und Sie können dieses Fenster schließen.